

TÄTIGKEITSBERICHT DES LANDRATES ÜBER DIE ARBEIT DER KREISVERWALTUNG TELTOW-FLÄMING 2000

Drucksachen-Nummer 2-0468/01

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<i>Vorwort des Landrates</i>	3
 <u>Landratsbereich</u>	
Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte	5
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	7
Wirtschaftsförderungsbeauftragter	10
Pressestelle	11
 <u>Dezernat I</u>	
Hauptamt	14
Personalamt	18
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt	20
Kämmerei	22
Rechtsamt	24
 <u>Dezernat II</u>	
Amt zur Regelung offener Vermögensfragen	27
Ordnungsamt	29
Straßenverkehrsamt	34
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	39
Umweltamt	44
 <u>Dezernat III</u>	
Schulverwaltungsamt	47
Kulturamt	51
Sozialamt	52
Jugendamt	55
Gesundheitsamt	59
Staatliches Schulamt	61
 <u>Dezernat IV</u>	
Planungsamt	64
Kataster- und Vermessungsamt	68
Untere Bauaufsichtsbehörde	70
Wohnungsförderungsamt	73
Hoch- und Tiefbauamt	76
Landwirtschaftsamt	78

Landkreis Teltow-Fläming



Luckenwalde, Januar 2001

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

mit dem Jahr 2000 liegt ein ereignisreiches Jahr am Beginn des dritten Jahrtausends mit vielen Höhepunkten hinter uns. Mit zahlreichen Anfragen, mit konstruktiven Hinweisen und Anregungen und nicht zuletzt mit vielen für die weitere Entwicklung des Landkreises wichtigen Beschlussfassungen im Kreistag und den Ausschüssen unterstützten Sie, sehr geehrte Abgeordnete, die Verwirklichung vieler Vorhaben in unserem Landkreis. Ich möchte mich an dieser Stelle dafür herzlich bei Ihnen bedanken.

Die zügige Fortführung der Planungen und des vierspurigen Ausbau der B 101 standen auch im vergangenen Jahr an vorderster Stelle. Derzeit sind die Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der B 101 von der Stadtgrenze Berlin/Brandenburg bis südwestlich von Großbeeren eröffnet und für Teilabschnitte liegen bereits die Planfeststellungsbeschlüsse vor. Die durch den Bund bereitgestellten Mittel für den Bau der Ortsumgehungen Trebbin, Luckenwalde und Jüterbog entlang der B 101 werden in den nächsten Jahren dazu beitragen, eine erhebliche Verbesserung der Infrastruktur des Landkreises Teltow-Fläming zu erreichen. So können wesentliche Voraussetzungen geschaffen werden, Investoren auch im Süden des Landkreises anzusiedeln, die zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitstellen.

Mit der Ansiedlung der Firma Kunz Faserplattenwerk in Baruth ist dies bereits gelungen. In den nächsten Jahren werden ca. 80 Arbeitsplätze entstehen. Der Gewerbestandort Baruth wird als überregional bedeutsamer Standort der Holzindustrie ausgebaut und an Bedeutung gewinnen. Ein weiteres Vorhaben ist das Technologie- und Entwicklungszentrum Horstwalde, ein Projekt der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Teltow-Fläming. Die Gesamtkonzeption und die Wirtschaftlichkeitsstudie für das Zentrum wurde im vergangenen Jahr vorgelegt.

Auf touristischem Gebiet erfolgte der Baubeginn für den 170 km langen touristischen Radweg mit integriertem Inline-Skater-Rundkurs. Die Aktivitäten des Landkreises zur touristischen Entwicklung des Golms wurden durch ein attraktives Wegenetz ergänzt.

Auch in den Bildungseinrichtungen des Landkreises wurden im vergangenen Jahr erhebliche Mittel - zum Beispiel für den Umbau des ehemaligen Wohnhauses in der

Förderschule für geistig Behinderte Groß Schulzendorf - bereitgestellt. Hier sind neue Gruppenräume und eine Lehrküche entstanden, die zur Verbesserung der Lernbedingungen beitragen. Mit dem Bau einer Außensportanlage am Friedrich-Gymnasium Luckenwalde und einer Einfeld-Turnhalle an der Allgemeinen Förderschule Luckenwalde sind optimale Voraussetzungen für den Schulsport in diesen Einrichtungen geschaffen worden.

Der Tätigkeitsbericht ist eine Bilanz der Arbeit der Ämter der Kreisverwaltung Teltow-Fläming. Diese Bilanz weißt positive Arbeitsergebnisse und Erfolge auf, wie jede andere Bilanz enthält sie auch kritischen Anmerkungen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement bei ihrer täglichen Arbeit zu bedanken.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass durch den Umzug in das neue Kreishaus Luckenwalde und der damit verbundenen Zentralisierung der Verwaltung die Motivation der Mitarbeiter deutlich angestiegen ist. Sehr gute Arbeitsbedingungen in hellen, modern eingerichteten Büros, kurze Wege zu fast allen Ämtern – das sind nur einige wenige Gründe dafür. Die im voraus erwarteten Einsparungen (z. B. Telefonkosten, Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten der Gebäude) bestätigten sich im ersten Jahr.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht kann Ihnen nur einen kleinen Einblick gewähren, welche Aufgaben in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming bewältigt werden. Der Umfang, in dem über die einzelnen Ämter und Sachgebiete berichtet wird, stellt keine Spiegelung der Qualität oder die Wichtigkeit der geleisteten Arbeit dar. Hier können nur Arbeitsschwerpunkte skizziert werden. Die im Text angegebenen Fakten und Zahlen beziehen sich auf das gesamte Jahr 2000.

Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen Gesundheit, persönliches Wohlergehen und uns weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Peer Giesecke

Landratsbereich

Frauenpolitik ist in den letzten Jahren auch zu einem Handlungsauftrag der Kommunalpolitik geworden. **Die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte** ist in ihrer Funktion als Beauftragte des Landrates für die Umsetzung des im Grundgesetz Artikel 3 geforderten Gleichheitsgrundsatzes zuständig. Aus den Forderungen der Artikel 1 bis 3 ergeben sich die Aufgabengebiete der Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragten im Landkreis Teltow-Fläming.

Ziel dieses Gesetzes ist es, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in den öffentlichen Verwaltungen zu erreichen und dabei ein gutes Beispiel für die Wirtschaft zu geben, Frauen entsprechend ihren Fähigkeiten zu beschäftigen und zu fördern. Nicht nur die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine der Hauptaufgaben, die sich aus diesem Gesetz ableitet, sondern auch die Akzeptanz von Menschen anderer Nationalität, mit einer anderen Sprache, einer anderen Hautfarbe oder einer anderen Religion.

In der Kreisverwaltung hält die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte ständigen Kontakt zu den Fachämtern, um die Forderungen des Grundgesetzes nach Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen, Männern und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern zu erfüllen und deren gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Frauenförderung ist darauf ausgerichtet, durch Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die vorhandenen Strukturen so zu verändern, dass Frauen in allen Funktionen entsprechend ihren Fähigkeiten vertreten sein können.

Die Möglichkeiten zur Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Wohnorten ist ein Schwerpunkt der Arbeit. Dabei werden die zum Teil bereits vorhandenen Strukturen vor Ort genutzt, bzw. es wird versucht, mit engagierten Bürgern neue aufzubauen.

Ein wichtiger Bereich ist hier die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Landkreis. Dazu wurden im Rahmen von Projektaufgaben in einigen Schulen Gesprächsrunden zu Fluchtgründen, zur Lebenssituation und zu Befindlichkeiten von Ausländern durch die Beauftragte im Rahmen der Interkulturellen Woche organisiert. Einbezogen wurden damit auch die ausländischen Schülerinnen und Schüler, die aus ihrer Sicht berichteten und so einen Beitrag zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit leisten konnten.

Das Trommelprojekt der Förderschule Jüterbog ist ein Ausdruck der guten Zusammenarbeit von Schule, Schulsozialarbeit, der Ausländerbeauftragten und afrikanischen Bürgern, die gemeinsam für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit in diesem Projekt erfolgreich mit den Schülern arbeiten.

Die Aufgaben der Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragten sind Querschnittsaufgaben, die alle Lebensbereiche, wie Beruf, öffentliches Leben, Bildung und Ausbildung, Familie und soziale Sicherheit - verwaltungsintern und extern - erfassen. Die Beauftragte ist gleichzeitig Multiplikatorin bei der Vermittlung von Fachwissen, bedingt durch die enge Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, der Mitarbeit im Flüchtlingsfrauenbeirat und als Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg.

Durch die Vielfalt der Aufgabenbereiche ist es wichtig, ständig Kontakte mit anderen Bundes- und Landesbehörden zu halten, um schnell auf neue Regelungen, die sich auf frauen- und gleichstellungsrelevante Problemstellungen beziehen, reagieren zu können. Gleiches bezieht sich auf neue oder geänderte Bestimmungen des Ausländergesetzes. Neue Regelungen und auch Beratungen zu Möglichkeiten der Umsetzung von diesen sind ein fester Bestandteil der Arbeit.

Wichtige Bündnispartner sind in der Jugend- und Ausländerarbeit der Arbeitskreis "TF gegen Gewalt" und auf der Gleichstellungsebene das "Frauennetzwerk Teltow-Fläming".

Die angestrebte Zusammenarbeit der im Landkreis tätigen Projekte mit den öffentlichen Einrichtungen, wie Beauftragte, Polizei, Jugendamt, Schulamt und Mobiles Beratungsteam des Landes hat sich im Arbeitskreis gegen Gewalt bewährt. So konnten in diesen Beratungen den Kommunen und Freizeiteinrichtungen Themen zur Weiterbildung angeboten oder Konzepte zur Projektarbeit vermittelt werden.

Ein Höhepunkt in der Arbeit des Arbeitskreises war die Organisation und Durchführung des 1. Jugendpolitischen Forums "Der Jugend gerecht werden..." in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des Lernfestes 2000 in Luckenwalde. An diesen guten Erfahrungen in der Diskussion mit Jugendlichen soll angeknüpft und weitere vergleichbare Projekte entwickelt werden.

Das Frauennetzwerk arbeitet intensiv mit den Arbeitsämtern, Bildungsträgern und Beschäftigungsgesellschaften zusammen. Gemeinsam mit der Regionalstelle Frauen und Arbeit und den freien Trägern ist es möglich geworden, Frauen in strukturbestimmenden Maßnahmen der Arbeitsförderung zu integrieren und somit auch für den 1. Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Die Inhalte der Projekte beziehen sich auch auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Sport- und Freizeitbereich, auf Frauenarbeit und auf Angebote für Behinderte und Senioren.

Die Planung, Organisation und Durchführung der 10. Brandenburgischen Frauenwoche erfolgte durch das Frauennetzwerk in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten. Die Veranstaltungen wurden trotz der nicht vorhandenen finanziellen Mittel durch die Frauen in einer sehr guten Qualität und mit hohem Engagement durchgeführt. Wichtige Themen waren das neue KITA-Gesetz, die damit verbundene Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gewalt gegen Frauen und die Lebensperspektiven von Frauen und Mädchen. In alle Veranstaltungen wurden ausländische Frauen und Mädchen einbezogen, in dem sie aus ihren Heimatländern und von der Vielfalt ihrer Kulturen berichteten, aber auch Wissen über die demokratischen Strukturen in Deutschland und Europa vermittelten. Das zeichnet die neue Qualität der Frauenarbeit aus, sich selbst und andere zu aktivieren und zu fördern.

Der bundesweite Aktionstag im November zum Thema "Gewalt gegen Frauen - wir halten dagegen" war im Landkreis Teltow-Fläming Anlass, die kontinuierliche Arbeit aller daran beteiligten Kräfte der Öffentlichkeit vorzustellen. Mit Straßenaktionen und Informationsveranstaltungen in Ludwigsfelde, Jüterbog und Luckenwalde wurde auf die Problematik aufmerksam gemacht. Höhepunkt war eine Ausstellung zu diesem Thema im Kreishaus Luckenwalde, initiiert von den Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser in Ludwigsfelde und Luckenwalde.

Die Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Pressestelle der Kreisverwaltung hatten auch 2000 einen hohen Stellenwert, um Menschen für die besondere Thematik in der Gleichstellungs- und Ausländerarbeit zu sensibilisieren.

Der Landkreis war durch die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte bei Landes- und Bundeskonferenzen vertreten.

Einen umfassenden Aufgabenbereich erfüllt auch die **Behinderten- und Seniorenbeauftragte** des Landkreises Teltow-Fläming.

Es ist ein sozialpolitisches Ziel, dass Staat und Gesellschaft Menschen mit Behinderungen eine Auswahl verschiedener Hilfs-, Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für die Bewältigung ihrer Lebenssituation anbieten, damit sie möglichst selbstständig leben, lernen, wohnen und arbeiten können. Menschen mit schweren körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen haben wie alle Bürgerinnen und Bürger das Recht, ihr Leben selbst zu gestalten und über ihre sozialen Bezüge selbst zu entscheiden.

Dazu muss leider festgestellt werden, dass die Lebenswirklichkeit vieler behinderter Menschen diesem Bild noch nicht immer entspricht. Um Menschen mit Behinderungen, deren Angehörigen und deren Interessenverbänden im Landkreis Teltow-Fläming einen zentralen Ansprechpartner zu bieten, wurde durch den Kreistag eine *Behindertenbeauftragte* bestellt. Mit ihrer Beratungs-, Anregungs- und Anstoßfunktion ist sie ressortübergreifend an der Lösung von Problemen für Menschen mit Behinderungen tätig. Sie unterstützt kreisliche Initiativen mit dem Ziel der weiteren Emanzipation und Integration von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft.

Die Behindertenbeauftragte ist die zentrale Ansprechpartnerin, die schnell und im unmittelbaren Kontakt helfen kann, Verbindungen zu Verbänden, Organisationen, deren Arbeit den Behinderten dient, herzustellen. Sie hat die Möglichkeit, direkt mit anderen Ämtern oder deren nachgeordneten Behörden Kontakt aufzunehmen und durch eine eigenständige Pressearbeit behindertenpolitisch wirksam zu werden.

Die Unterstützung und Beratung der bestehenden Begegnungsstätten für Menschen mit Behinderungen macht einen wesentlichen Teil der Arbeit aus. Begegnungsstätten gibt es in Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Rangsdorf. Die Sozialstationen haben noch eigene Begegnungsstätten, die von Behinderten und auch von Senioren genutzt werden.

Auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage findet gegenwärtig jedoch ein großer Verdrängungswettbewerb statt und wirkt sich zwangsläufig auch negativ auf die Beschäftigung von behinderten Arbeitnehmern aus. Die Beauftragte nutzt jede sich bietende Gelegenheit, an öffentliche und private Arbeitgeber zu appellieren, trotz der angespannten Arbeitsmarktlage ihrer Verantwortung gegenüber behinderten Arbeitssuchenden gerecht zu werden.

Eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der unteren Bauaufsichtsbehörde hat sich als ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der Behindertenbeauftragten etabliert. Hier geht es um die gemeinsame Durchsetzung der brandenburgischen Bauordnung, § 56, barrierefreies Bauen. Die Versorgung mit behindertengerechten, barrierefreien Wohnraum hat sich auch weiterhin verbessert. Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit der Behindertenbeauftragten ist es gelungen, darauf einzuwirken, dass bei baulichen Veränderungen die Belange von behinderten Menschen beachtet werden.

Eine besonders intensive Zusammenarbeit gibt es mit dem Gesundheits- und dem Sozialamt. Dadurch können Probleme, die in Beratungen und an Sprechtagen durch Behinderte oder deren Angehörige an die Beauftragte herangetragen werden, auf dem kürzesten Weg einer Lösung zugeführt werden. Beratungsstellen der freien Träger werden in die Arbeit mit einbezogen, wie z. B. die Frühförder- und Beratungsstelle des Landkreises Teltow-Fläming und die Wohnraumanpassungsberatungsstelle, beide in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes. Vorrangig werden auch Maßnahmen zur zusätzlichen Betreuung für Menschen mit Behinderungen durch die Beauftragte initiiert und koordiniert. Menschen mit Behinderungen sind mehr als andere auf diese Hilfe angewiesen, ihre Lebensqualität steht im direkten Zusammenhang mit der Qualität dieser Dienste. Besonderer Wert wird hier auf ehrenamtliche Betreuung gelegt, aber auch in Zusammenarbeit mit den Arbeitsfördergesellschaften über das Arbeitsförderungsgesetz, z. B. ABM oder SAM (Strukturanpassungsmaßnahmen).

Durch diese zusätzlichen Angebote kann eine häusliche Betreuung von Menschen realisiert werden, denen es sonst nicht möglich ist, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Weiterhin war es dadurch möglich, Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen in einer kontinuierlichen Gruppenarbeit zu betreuen. Leider wird diese Form der Betreuung im nächsten Jahr durch neue Förderregelungen eingeschränkt werden, sehr zum Nachteil der behinderten Menschen.

Die Behindertenbeauftragte unterstützt die Arbeitsfördergesellschaften bei ihrer Arbeit, sie nimmt an den Beratungen teil, die sich auf die Förderung von Projekten mit Behinderten beziehen, vermittelt fachliche Weiterbildungen, die auf Landes- und Bundesebene angeboten werden. Die Beratung zu Fördermöglichkeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die nach Möglichkeit Arbeitsplätze für Behinderte realisieren können, wird in Kooperation mit den integrativen Diensten der Arbeitsämter durch die Behindertenbeauftragte unterstützt.

Durch die Behindertenbeauftragte wurde in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt das jährlich stattfindende Treffen der Behindertenverbände und der Sprecher aller Selbsthilfegruppen des Landkreises am 04.10.2000 im Kreishaus Luckenwalde organisiert.

Die Sprecher der Selbsthilfegruppen treffen sich regelmäßig quartalsweise mit der Behindertenbeauftragten und den Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes zum Erfahrungsaustausch.

Die Vorstände der drei im Landkreis arbeitenden Bezirksgruppen des Blinden- und Sehbehindertenverbandes arbeiten regelmäßig zu Schwerpunktthemen mit der Behindertenbeauftragten zusammen.

Auf Einladung des Behindertenverbandes der Partnerstadt Salzuflen fand im September ein Treffen mit dem Behindertenverband des Landkreises Teltow-Fläming statt. Dieser Erfahrungsaustausch ist auch ein Ausdruck der guten partnerschaftlichen Kontakte, die auch zukünftig gepflegt werden sollen.

Die Behindertenbeauftragte wird auch weiterhin die im Landkreis ansässigen Werkstätten für Behinderte unterstützen und den dort beschäftigten Mitarbeitern mit geistiger Behinderung sowie deren Eltern als Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen. Die Zusammenarbeit mit den Förderschulen für geistig Behinderte in Jüterbog und Groß Schulzendorf wird in bewährter Form weitergeführt.

Eine aktive *Seniorenarbeit* wird im Landkreis Teltow-Fläming durch das Engagement der 13 Seniorenbeiräte betrieben, die mit Unterstützung ihrer Kommunen eine Vielfalt von Veranstaltungen organisieren. Diese Beiräte haben sich zu einer "Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte im Landkreis Teltow-Fläming" zusammengeschlossen, um gemeinsam kreisliche Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Dabei werden sie aktiv von der Seniorenbeauftragten beraten und unterstützt.

Ein Höhepunkt in der Arbeit ist die Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming. Diese fand vom 17. bis 26.06.2000 statt. Durch die Aktiven der Seniorenarbeit wurden etwa 100 Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden organisiert. Zu verzeichnen ist ein höherer Anspruch der Senioren an die Qualität der Veranstaltungen. Das ist zurückzuführen auf die neue Generation der Senioren, die auf Grund von Vorruhestands- oder Altersübergangsregelungen zeitiger in den Rentenstatus kommen, aber andere Ansprüche haben und nach neuen gesellschaftlichen Betätigungsfeldern suchen.

Dazu gehört auch die Weiterbildung, die Horizonte öffnet und auch in der eigenen Arbeit neue Akzente setzen kann. Aus dieser Sicht heraus wurde eine Bildungsreise zum Europa Institut nach Bocholdt organisiert. Ein Schwerpunkt war unter anderem die europäische Seniorenarbeit in partnerschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern.

Die Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte und der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Luckenwalde pflegt intensive Kontakte mit einer Senioreninitiative in Tschechien. Die weitere Zusammenarbeit wird auf der Grundlage eines Partnerschaftsvertrages fortgeführt. Alle Verbindungen werden auch im Jahr 2001 weiter gefestigt und weitere gemeinsame Aktionen von deutschen und tschechischen Senioren sind schon in Vorbereitung.

Der Bereich des **Wirtschaftsförderungsbeauftragten**, der dem Landrat direkt unterstellt ist, befasst sich im Wesentlichen mit drei Aufgabenkomplexen:

- Arbeitsmarktpolitik
- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
- Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Kammern und Verbänden sowie der Beteiligungsverwaltung

Der Arbeitsmarkt war im Landkreis Teltow-Fläming auch im Jahr 2000 zweigeteilt. Im Vergleich zum Vorjahr ist zwar eine leichte Erholung zu verzeichnen, Grund zur Zufriedenheit gibt es aber noch nicht. Bei einem weiterhin bestehenden deutlichen Nord-Süd-Gefälle von durchschnittlich ca. 6 % lagen Spitzenwerte in den beiden Arbeitsamtsbezirken positiv bei 11,3 % im Oktober in Zossen und bei 16,7 % im Oktober in Luckenwalde sowie negativ bei 13,7 % im März in Zossen und bei 20,1 % im Februar in Luckenwalde. Damit waren im statistischen Durchschnitt das ganze Jahr über im Arbeitsamtsbezirk Zossen 5.448 und im Arbeitsamtsbezirk Luckenwalde 6.659 Personen ohne Arbeit. Durch Veränderung politischer Rahmenbedingungen und die angespannte Haushaltslage konnte der 2. Arbeitsmarkt nicht so wie in den vorherigen Jahren ausgleichend wirksam werden. Auch über den Kreishaushalt konnten 2000 keine Kofinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Um so wichtiger war die enge Abstimmung zu Maßnahmeinhalten mit den Arbeitsämtern, den Arbeitsförderungsgesellschaften, dem Sozialamt des Landkreises und der Service-Agentur Teltow-Fläming. Dies wird zukünftig noch stärkere Bedeutung erlangen, um mit weniger Mitteln bestmögliche Ergebnisse zu erreichen.

Mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg gab es laufende Kontakte zu Förderprogrammen und deren Umsetzungsmöglichkeiten. Die Sachbearbeiterin für Arbeitsmarktpolitik vertrat auch im Jahr 2000 den Landkreis im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Potsdam.

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) lag 2000 der Schwerpunkt – neben der Wahrnehmung unserer Verantwortung als Aufgabenträger des übrigen ÖPNV – auf der Erarbeitung eines neuen Nahverkehrsplanes bis 2004.

Nach intensiven Beratungen in den zuständigen Ausschüssen des Kreistages und im Nahverkehrsbeirat wurde der Nahverkehrsplan durch den Kreistag am 06.11.2000 beschlossen und bildet für die nächsten Jahre die Grundlage für die Arbeit auf diesem Gebiet. Ziel ist es, mit den vorhandenen finanziellen Möglichkeiten eine ausreichende ÖPNV-Versorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Diesem Zweck dient auch die enge Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB), die sich u. a. dadurch ausdrückt, dass der Landrat Vorsitzender des Aufsichtsrates ist, der Wirtschaftsförderungsbeauftragte im Beirat der Gesellschafter und der Geschäftsführer der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming (VTF) im Beirat der Verkehrsgesellschaften aktiv mitarbeiten.

Zur Sicherung einer ordnungsgemäßen ÖPNV-Versorgung im Landkreis wurden über den Haushaltsplan 2000 insgesamt ca. acht Millionen DM als nichtinvestive Defizitausgleiche bereitgestellt, von denen rund drei Millionen DM durch das Land getragen wurden. Zur weiteren Qualitätsverbesserung der Personenbeförderung wurden investi-

tionsseitig durch das private Busunternehmen Personenfuhrbetrieb Müller ein neuer Betriebshof errichtet und durch das private Unternehmen Herz Reisen GmbH ein neuer Bus angeschafft.

Eine intensive Zusammenarbeit gibt es mit dem Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen Brandenburg, besonders im Zusammenhang mit Linienkonzessionen und Fahrplangestaltungen, aber auch mit Fördermittelbeantragungen und -abrechnungen.

Auch im Jahr 2000 wurden durch den Wirtschaftsförderungsbeauftragten die „Wirtschaftsrunden“ unter Beteiligung der Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerkerschaft, der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB), der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH und des Fremdenverkehrsverbandes des Landkreises Teltow-Fläming e. V. durchgeführt. Themenbezogene Treffen gab es bei der ILB, auf dem Verkehrslandeplatz Schönhagen, im Biotechnologiepark Luckenwalde und im Wildpark Johannismühle.

Darüber hinaus gab es vielfältige Kontakte zu Kammern, Verbänden und Institutionen sowie zu Betrieben im Landkreis u. a. zu offiziellen Anlässen wie Grundsteinlegungen oder Betriebseröffnungen oder bei konkreten Unterstützungsanforderungen. Auch durch die Begleitung des Ausschusses für Wirtschaft und Landwirtschaft des Kreistages und die Mitarbeit in der Koordinierungsgruppe der Kreisverwaltung konnten Probleme der Wirtschaftsentwicklung aufgegriffen und zu deren Lösung beigetragen werden. Im Rahmen der Beteiligungsverwaltung wurden die Unternehmen, bei denen der Landkreis Gesellschafter ist, betreut und ein Controlling aufgebaut. Nähere Einzelheiten zu diesen Betrieben können dem jährlichen Beteiligungsbericht an den Kreistag entnommen werden.

Neben den Beauftragten ist die **Pressestelle** mit den beiden Aufgabenbereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dem Landratsbereich direkt zugeordnet.

Der Bereich Pressearbeit betrifft die Zusammenarbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming mit den regionalen Medien. Im Landkreis Teltow-Fläming erscheinen drei Lokalausgaben der Märkischen Allgemeinen Zeitung für die Bereiche Jüterbog, Luckenwalde und Zossen, die Lausitzer Rundschau mit der Lokalausgabe Dahme und die Berliner Morgenpost mit dem Lokalanzeiger Teltow-Fläming. Diese Tageszeitungen sowie die Wochenzeitungen Blickpunkt und Wochenspiegel mit den im Landkreis vertretenen Ausgaben, der Rundfunksender Antenne Brandenburg und die lokalen Fernsehsender Luk-TV und TV-Lu erhalten regelmäßig Informationen in Form von Pressediensten. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen der genannten Medien und auch darüber hinaus wird durch die Pressestelle umgehend reagiert.

Die durch die Pressestelle verfassten Pressedienste mit aktuellen Informationen aus der Kreisverwaltung beruhen auf Informationen aus den Ämtern oder auf Eigeninitiative nach entsprechenden Absprachen mit dem jeweils zuständigen Fachamt. Neben den Pressediensten erfolgt die Organisation von thematischen Pressegesprächen und -terminen.

Im Jahr 2000 wurden insgesamt 178 Pressedienste mit Informationen aus allen Dezernaten herausgegeben. Der größte Teil, ca. 80 der verfassten Presseinformationen, behandelte Themen aus dem Dezernat III, wobei über Angebote der Kreisvolkshochschule als einem Sachgebiet des Schulverwaltungsamtes am häufigsten informiert wurde. An zweiter Stelle stehen Informationen aus dem Kulturamt, die an die Medien weitergegeben wurden. Die weiteren Pressedienste behandelten Themen, die sich mit den Dezernaten I, II und IV befassten, wie z.B. die Herausgabe des Statistischen Jahrbuches, die Bekanntgabe von Terminen der Anglerprüfung oder zur Einreichung von Anträgen für Förderungen landwirtschaftlicher Unternehmen. Anhand des täglich erstellten Pressespiegel, in dem die gesamte Regionalpresse ausgewertet wird, kann eingeschätzt werden, dass die verfassten Pressedienste durchschnittlich in zwei bis drei der genannten Tages- und Wochenzeitungen des Landkreises erschienen sind.

2000 fanden zehn Pressegespräche statt. Viermal stand der Landrat den Journalisten direkt für Fragen zur Verfügung und informierte über aktuelle Ereignisse. Weitere Themen der Pressegespräche waren zum Beispiel Informationen zur Aktion „Meile 2000 für Toleranz“ durch das Jugendamt und zu Aktivitäten rund um das Lernfest 2000 durch das Schulverwaltungsamt. Zu Presseterminen wurde durch die Pressestelle vierzehnmal eingeladen. Die Journalisten erhielten Einladungen zu Ereignissen, wie zum Beispiel Kreisstraßen- bzw. Radwegeröffnungen, Übergabe der Schecks in Auswertung der Spendenaktion zur Eröffnung des neuen Kreishauses Luckenwalde an die Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke und an den Solidaritätsdienst International, Übergabe eines Computers an einen behinderten Bürger in Ludwigsfelde sowie zur Bewertung der Gemeinde Lüdersdorf beim 4. Landeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ und zur Überreichung von Medaillen an langjährige, verdiente Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren.

Durch die Pressestelle wurden insgesamt 99 Ausschreibungen an die Märkische Allgemeine Zeitung, Lausitzer Rundschau und in einigen Fällen an die Berliner Morgenpost oder Fachzeitschriften in Auftrag gegeben. Zum größten Teil wurden durch das Hoch- und Tiefbauamt Baumaßnahmen öffentlich ausgeschrieben. Weitere Ausschreibungen beinhalteten z.B. Stellen-, Grundstücksverkaufs- sowie Mietangebote. Erstmals wurden auch Grundstücksverkaufsangebote bei regionalen Immobilienservicen im Internet veröffentlicht.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sind die Mitarbeiterinnen der Pressestelle für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es 55 Ausgaben des Amtsblattes. Das kreisliche Amtsblatt wird derzeit von rund 85 Abonnenten, den Amtsdirektoren und hauptamtlichen Bürgermeistern regelmäßig bezogen und an alle Kreistagsabgeordneten sowie die öffentlichen Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming verschickt. Weiterhin sind die Amtsblätter im Internet unter <http://www.teltow-flaeming.de/kreistag.html> zu finden. Gedruckt wird das Amtsblatt, dessen Erscheinen oft an sehr kurzfristige Terminstellungen gebunden ist, in der zum Hauptamt gehörenden Hausdruckerei.

Zu den Aufgaben der Pressestelle gehört – in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern – die Organisation von größeren Veranstaltungen im Landkreis. Hier seien zum Beispiel die Einweihungsfeier des neuen Kreishauses in Luckenwalde und dazugehörend die Begleitung der Spendenaktion, der Besuch des Wirtschaftsministers des Landes Brandenburg, Dr. Wolfgang Fürniß, einschließlich eines Empfangs für Unternehmer aus dem Landkreis Teltow-Fläming im Kreishaus Luckenwalde, die Feierstunde anlässlich des 10. Jahrestages der deutschen Einheit in

Berlin-Lichtenrade, zu der der Bezirksbürgermeister von Berlin-Tempelhof und der Landrat des Landkreises Teltow-Fläming gemeinsam einluden, und die Tagung der 17. Landkreisversammlung des Landkreistages Brandenburg im Kreishaus in Luckenwalde genannt.

Ein Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war im Jahr 2000 die Vertiefung und Pflege der partnerschaftlichen Beziehungen zu Flandern und zum ungarischen Komitat Szolnok. Die Pressestelle unterstützte das Sekretariat des Landrates bei der Vorbereitung des Besuches des belgischen Ministerpräsidenten Herrn Patrick Dewael, des Belgischen Botschafters Herrn Dominique Struye de Swielande und seiner Delegation im Landkreis Teltow-Fläming. Aus Anlass der Feierlichkeiten zum 1000-jährigen Bestehen des ungarischen Staates fand in der Partnerregion Szolnok ein internationales Partnerschaftstreffen statt. Die Teilnehmer, u. a. auch Landrat Giesecke, unterzeichneten eine „Gemeinsame Erklärung zur gegenseitigen Unterstützung bei der Europäischen Integration“. Der Landrat konnte während der Feierlichkeiten einen Scheck im Wert von 13.651 DM zur Unterstützung der Opfer der Überschwemmungskatastrophe überreichen.

Der Landkreis Teltow-Fläming war am 15.03.2000 im Berliner Roten Rathaus bei einer Veranstaltung des Deutschen Landkreistages anlässlich des Umzuges der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Landkreistages nach Berlin mit einem Informationsstand vertreten.

Vom 06.05. bis 12.05.2000 fand die Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) 2000 in Berlin-Schönefeld und vom 13.09. bis 17.09.2000 die Luftfahrtmesse für Sport und Business „Take off“ in Münster statt. Die Pressestelle unterstützte die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft – bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Präsentation. Im Mittelpunkt stand der Flugplatz Schönhagen. Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit, um sich näher über den Flugplatz Schönhagen und den geplanten Luftfahrttechnologiepark sowie auch über den Landkreis Teltow-Fläming zu informieren.

Durch den Umzug der Kreisverwaltung in das Kreishaus Luckenwalde besteht seitens der Bürger des Landkreises großes Interesse, das neue Kreishaus und die Verwaltung ihres Landkreises näher kennenzulernen. Durch die Mitarbeiterinnen der Pressestelle und Mitarbeitern des Hauptamtes wurden zahlreiche Führungen, hauptsächlich von Schulklassen, Mitgliedern von Vereinen und Organisationen, aber auch Seniorengruppen organisiert und durchgeführt.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war die Pflege und ständige Aktualisierung der Internet-Seiten des Landkreises Teltow-Fläming. Unter <http://www.teltow-flaeming.de> sind zum Beispiel ständig aktuell der Veranstaltungskalender und das Programm der Kreisvolkshochschule abrufbar sowie Informationen zum Kreistag und zur Kreisverwaltung.

Durch die Pressestelle erfolgte die redaktionelle Bearbeitung und grafische Gestaltung von Faltblättern zur Brandenburgischen Frauenwoche und zur Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming. Des Weiteren wurden Grußworte für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen im Landkreis und Zuarbeiten für Verlagspublikationen verfasst sowie zahlreiche Bürgeranfragen an die Pressestelle, zum Beispiel zum Kreiswappen, beantwortet.

Dezernat I

Das **Hauptamt** gliedert sich in die vier Sachgebiete Zentrale Dienste, Organisation, Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) sowie Kreistag, Statistik und Wahlen.

Alle Aufgaben des Sachgebietes Zentrale Dienste werden im Folgenden stichpunktartig aufgelistet:

- Organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Endberäumung der Standorte der Verwaltungssitze Zossen, Kirchstraße, in Luckenwalde Beelitzer Tor, Trebbiner Straße und Puschkinstraße
- Beginn der Räumung des Verwaltungssitzes Grabenstraße in Vorbereitung der weiteren Nutzung des Standortes
- Sichtung und Zusammenfassung des Bestandes an Mobiliar, das für den weiteren Gebrauch nicht geeignet ist und Realisierung der Vergabe dieses Bestandes an nachgeordnete Einrichtungen bzw. dessen Verkauf (bisheriger Erlös rund 8.500 DM)
- kompletter Bezug des Kreishauses unter Hilfestellung der Mitarbeiter der Zentralen Dienste sowie Realisierung spezifischer Ausstattungsanforderungen aus den Fachämtern (diverse technische und handwerkliche Arbeiten)
- Ausrüstung des Planungsamtes mit Hängeregistraturen in Eigenleistung; (Ersparnis für die Kreisverwaltung rund 2.500 DM)
- Mitwirkung an der ILA 2000 Berlin und Take off in Münster (Auf- und Abbau//Logistik)
- Vorbereitung Westflügel Grabenstraße für Umbau DRK-Rettungswache und Gebäude VII für die Erziehungs- und Familienberatungsstelle des DRK
- Übernahme Grundschule III in Ludwigsfelde, Unterstützung bei Organisation des technischen Bereiches (Reinigung/Hausmeister usw.)
- Ausschreibung/Vorbereitung Beschaffung neuer Kopiertechnik nach Ablauf des Mietvertrages zum 01.01.2001 für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming

Das Sachgebiet Organisation befasste sich mit folgenden Aufgabenschwerpunkten:

Stellenplan

Die Umstellung der Software zur Aufstellung des Stellenplanes ist abgeschlossen. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2001 wurde nach den neuen Vorschriften des Rund-erlasses des Ministerium des Innern des Landes Brandenburg Nr. 11/1999 (Inhalt, Form und Gestaltung der Stellenpläne im kommunalen Bereich) erstellt. Ein Schwerpunkt bei der Aufstellung des Stellenplans war die Bereitstellung von Beamtenstellen für die Einweisung von Kreisinspektoren zum März 2001 gemäß des Beschlusses des Kreistages vom 20. Oktober 1997. Nach intensiver Prüfung wurden hierfür Angestelltenstellen in Beamtenstellen umgewandelt.

Aktualisierung der Stellenbeschreibungen

Es wurde begonnen, ämterweise die vorhandenen Stellenbeschreibungen, die teilweise noch mit Stand 1994 vorliegen, auf der Grundlage des im Vorjahr neu überarbeiteten Aufgabengliederungsplanes zu überprüfen. So wurde für das Dezernat I der Änderungsbedarf des Haupt-, Personal- und Rechnungsprüfungsamtes sowie der Kämmerei und für das Dezernat II des Ordnungsamtes und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes ermittelt und mit den Fachamtsleitern abgestimmt. Die notwendigen Änderungen werden in Verantwortung der Fachamtsleiter eingearbeitet.

Erarbeitung von dienstlichen Regelungen

Es erfolgte die Erarbeitung von neuen Dienstvereinbarungen zur Regelung der Arbeitszeit, der Nutzung von Telekommunikationsanlagen und zur Tätigkeit der Stellenbewertungskommission.

Amt 36 - Straßenverkehrsamt

Schwerpunkt der Arbeit der Projektgruppe bildete die Prüfung der Möglichkeiten zur Umsetzung der Empfehlung im Gutachten, das Straßenverkehrsamt zentral am Standort Luckenwalde anzugliedern. Das ist die Bedingung dafür, die im Gutachten berechneten Einsparpotentiale zu erreichen. In den Beratungen der Projektgruppe ging es im Wesentlichen darum, mit dem vorhandenen Stellenpotential die dem Straßenverkehrsamt zugeordneten Aufgaben zu realisieren. Das erfolgte vorrangig durch Umverteilung von Aufgaben. Allerdings mussten auch Standpunkte erarbeitet werden, um durch Zuordnung befristeter Stellen den vorübergehenden Arbeitsmehraufwand, wie z.B. für die Aufgabe Umtausch der Führerscheine, aufzufangen.

Amt 40 - Schulverwaltungsamt

Im Schulverwaltungsamt läuft eine umfangreiche Überprüfung der Aufgabenzuordnung im Sachgebiet Haushalt.

Amt 51 - Jugendamt

Auf der Grundlage einer Überlastungsanzeige der Sachbearbeiter Unterhaltsvorschuss kam es zu einer internen Organisationsuntersuchung mit dem Ergebnis der Zuordnung einer weiteren Sachbearbeiter-Stelle und der Umwandlung einer kombinierten Stelle Sekretärin/Mitarbeiterin in eine Mitarbeiterstelle. Eine weitere Organisationsuntersuchung in diesem Sachgebiet beschäftigt sich mit dem Leistungsverhältnis Beistandschaften - Vormundschaften und einer ausgewogenen Aufteilung der Fälle unter den Sachbearbeitern.

Amt 53 - Gesundheitsamt

In fortführenden Maßnahmen zur Umsetzung des WIBERA-Gutachtens konnten, wie bereits im Tätigkeitsbericht 1999 angekündigt, weitere zwei Sachgebiete durch Neustrukturierung der Aufgaben aufgelöst werden. Damit ist seit Beginn der externen Organisationsuntersuchung 1996 eine Gesamteinsparung von insgesamt 21,2 Stellen (Stand 31. August 2000) zu verzeichnen.

Amt 61 – Planungsamt

Die Übertragung von Aufgaben nach der Baugesetzbuchzuständigkeits-VO erfolgte ab Januar 2000 und wurde dem Planungsamt zugeordnet. Demnach wurde der Landkreis Höhere Verwaltungsbehörde (Genehmigungsbehörde) nach dem BauGB und realisiert die Aufgabe als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung. Dafür wurden zwei Stellen geschaffen (eine Stelle durch Übernahme von Personal durch die Landesdienststelle und eine weitere Stelle wurde aus dem Amt 25 kompensiert).

Amt 65 – Hoch- und Tiefbauamt

Nach Bestätigung des Maßnahmenplans zur Umsetzung des WIBERA-Gutachtens zur Organisationsuntersuchung im Hoch- und Tiefbauamt am 24. Januar 2000 kann inzwischen über die Umsetzung der 1. Maßnahme, nämlich der Bildung von Stabstellen für die Aufgabenbereiche Haushalt, Projektcontrolling, ADV-Koordination und Investitionsförderung sowie der Umstrukturierung des Bauhofes zum eigenständigen Sachgebiet unter Zuordnung der Streckenwärter berichtet werden. Derzeit laufen die Arbeiten zur Produktbeschreibung im Amt und zur Einführung der Kostenrechnung im Bauhof an.

Statistik

Schwerpunkt war die Erarbeitung des Statistischen Jahrbuches 1999. Im Weiteren wurden zahlreiche Anfragen zur Statistik aus der Presse und der Wirtschaft beantwortet. Eine besondere Herausforderung stellte die Erstellung einer kreisübergreifenden umfassenden Statistik als Entscheidungskriterium für die Niederlassung eines Investors im Kreisgebiet Teltow-Fläming dar.

Wahlen und Abstimmungen

Durch das Sachgebiet Organisation wurde für das Volksbegehren "Gesetz zur Förderung von Musikschulen im Land Brandenburg" die Feststellung der Abstimmungsergebnisse in den Stimmkreisen 19, 26, 27 vorbereitet und durchgeführt.

Kreis- und Verwaltungsarchiv

1310 Anfragen von der Bevölkerung und verschiedenen Institutionen wurden bearbeitet. Das Archiv führte fünf Führungen für interessierte Gruppen durch. Die Bestände der Altkreise wurden mit dem Ziel der Zusammenlegung weiter bearbeitet. Es wurde damit begonnen, zur Bestandssicherung Altakten aus den Sitzungen der Räte der Kreise elektronisch zu speichern.

Bürgerinformation

Im Bereich der Bürgerinformation wurden die Arbeitszeiten auf der Grundlage einer Bemessung der Besucherströme erweitert und damit dem im Kreishaus Teltow-Fläming bestehenden Bedarf angepasst.

Sachgebiet Automatisierte Datenverarbeitung (ADV)

Zum Jahreswechsel 1999/2000 mussten durch die Mitarbeiter des Sachgebietes ADV eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, um die Jahr-2000-Fähigkeit der Systeme herbeizuführen. Dazu gehörten Hardwareaufrüstungen, Betriebssystem-Updates, sowie Updates der Anwenderprogramme.

Zur weiteren Verbesserung der ADV-gestützten Arbeit der Mitarbeiter der Kreisverwaltung wurden 120 Arbeitsplätze mit neuen PC's ausgestattet. Besonders zu nennen sind dabei das Wohnungsförderungsamt, das Landwirtschaftsamt, das Gesundheitsamt, die Kreisvolkshochschule und im November 2000 das Straßenverkehrsamt.

Das Intranet wurde weiter ausgebaut und vervollkommnet. Dazu gehört auch die Inbetriebnahme eines Forumsservers, eines Media-Servers und eines Such-Servers.

Die Musikschulen des Landkreises Teltow-Fläming und das Museum des Teltow in Wünsdorf erhielten einen Internetanschluss. Für die Amtsgemeinden wurde die Möglichkeit des Zugriffs auf das Automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB) beim Kataster- und Vermessungsamt realisiert.

Mit Inbetriebnahme der Richtfunkstrecken zwischen dem Kreishaus Luckenwalde und den Außenstellen Jüterbog und Zossen (Stubenrauchstraße) wurde die Bandbreite von 64 kbit/s auf 2 Mbit/s erhöht.

Der bisher über Disketten geführte Datenaustausch zwischen dem Straßenverkehrsamt und dem Kraftfahrtbundesamt Flensburg wird zur Zeit auf Filetransfer umgestellt.

Weiterhin wurden eine Reihe von Anwenderprogrammen eingeführt, wie das Personal- und Stellenplanprogramm "KOMMBOSS", im Gesundheitsamt die Software "Octoware" in den Bereichen Hygiene- und Umweltmedizin, sowie dem Sozialmedizinischen Dienst, diverse Rechercheprogramme für Gesetzessammlungen zur Anwendung im Sozialamt und Jugendamt, Einführung eines neuen Wohngeldprogrammes verbunden mit einer kompletten Neuausrüstung mit leistungsstarken PC's.

Für das Landwirtschaftsamt laufen Vorbereitungen zur Umstellung des vorhandenen Invekos-Programmes auf die für 2001 geplante Programmversion als Teststellung für das Land Brandenburg, verbunden mit einer notwendigen Hardwareumstellung.

Im Bereich der geographischen Informationsverarbeitung wurden einige Neuerungen eingeführt, wie die Verknüpfung der Daten von K3-Umwelt mit Arcview, das Planungsinformationssystem (PLIS) zur Online-Nutzung der Datenbank des Landesumweltamtes über das Landesdatennetz.

Das Gesundheitsamt, das Wohnungsförderungsamt und das Landwirtschaftsamt wurden in die Bürokommunikation mit einbezogen.

Zur Vorbereitung auf die Einführung neuer Hard- und Software wurden 95 Mitarbeiter vorwiegend zur Handhabung der Office 97-Produkte geschult.

Die kreislichen, aber bei bestimmten Fragen auch die nichtkreislichen Schulen, werden bei der Lösung von Aufgaben im Rahmen der Medieninitiative unterstützt. Dazu gehört das Vorbereiten der Beantragung von Fördermitteln, Erarbeitung und Abschluss von Verträgen, Planung von Baumaßnahmen und Technikausrüstungen sowie Koordinierung der Maßnahmen.

Da insgesamt bei der Kreisverwaltung Teltow-Fläming noch immer zu viele Stellen und somit auch Mitarbeiter vorhanden sind, war auch in dem zurückliegenden Jahr 2000 Personalabbau und -entwicklung wesentlicher Inhalt der Tätigkeit des **Personalamtes**.

Insgesamt schieden im Jahr 2000 33 Mitarbeiter aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus.

Im Zeitraum vom 01.01.2000 bis 31.12.2000 wurden insgesamt 21 Auflösungsverträge wirksam, wovon in 20 Fällen eine Abfindung nach dem bestehenden Sozialplan gezahlt wurde. In der Folge konnten wiederum acht Mitarbeiter des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen auf Stellen in anderen Ämtern des Hauses umgesetzt werden.

In acht Fällen waren Inanspruchnahme der Altersrente sowie der Ablauf von Befristungen Gründe für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Zwei Angestellte wurden zu einem anderen Arbeitgeber übergeleitet, eine wirksame Kündigung wurde ausgesprochen und ein Arbeitsverhältnis endete durch gerichtlichen Vergleich.

Im Gegensatz dazu wurden acht befristete und zwei unbefristete Arbeitsverhältnisse geschlossen. Darunter waren auch vier Einjahres-Verträge und ein unbefristeter Vertrag für die insgesamt fünf Auszubildenden, die im Jahr 2000 ihre Ausbildung zu Verwaltungsfachangestellten bzw. Vermessungstechnikern erfolgreich abgeschlossen haben. Damit werden den jungen Leuten zumindest erste Berufserfahrungen ermöglicht.

Ein Mitarbeiter wurde durch die Kreisverwaltung im Zuge der Funktionalreform vom Land übernommen.

Im Jahr 1999 schlossen 14 Beschäftigte ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis ab, wovon die ersten fünf Mitarbeiter bereits im Jahr 2000 in die Ruhephase getreten sind. Diese Stellen wurden befristet mit Arbeitslosen oder im Hause ausgebildeten Verwaltungsfachangestellten besetzt. Sieben Mitarbeiter/-innen beginnen ihre Ruhephase im Jahr 2001.

Auch im Jahr 2000 wurden wieder elf neue Altersteilzeitvereinbarungen abgeschlossen, wovon im Jahr 2001 schon sieben Personen wieder in die Ruhephase gehen werden.

Insgesamt befanden sich am 31.12.2000 25 Mitarbeiter in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis. Für die älteren Arbeitnehmer hat sich die Altersteilzeit größtenteils als eine angenehme und sozial verträgliche Möglichkeit des Übergangs in den Ruhestand erwiesen. An Attraktivität hat die Regelung noch durch eine teilweise Neuregelung von Gesetz und Tarifvertrag im Jahr 2000 gewonnen. Da die Wiederbesetzung der Stellen in den meisten Fällen befristet erfolgt, kann auf längere Sicht auch durch die Altersteilzeit ein Personalabbau erreicht werden.

Die Kreisverwaltung Teltow-Fläming stellte im Jahr 2000 insgesamt sechs Ausbildungsplätze zur Verfügung. So wurden zur jeweils dreijährigen Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte vier und als Vermessungstechniker zwei Jugendliche eingestellt.

In den Jahren 1999 und 2000 wurden durch die Kreisverwaltung in fast allen Ämtern des Hauses geeignete Mitarbeiter zu Ausbildern qualifiziert und berufen, die dann den jeweiligen Ausbildungsabschnitt des Auszubildenden im Amt begleiten und beurteilen. Insgesamt haben bisher 19 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter die Ausbildereignungsprüfung abgelegt.

Im Bereich der Fortbildung wurden im Jahr 2000 die Ausbildungen zum Verwaltungsfachwirt für 27 Mitarbeiter der Kreisverwaltung weitergeführt. Sechs Mitarbeiter nahmen eine AI-Ausbildung auf und neun Mitarbeiter konnten den Lehrgang erfolgreich beenden.

Zu verschiedenen Themenkomplexen, die einen größeren Mitarbeiterkreis betreffen, konnten in diesem Jahr verstärkt In-house-Seminare organisiert und angeboten werden:

Rechtschreibreform	6
Sekretärin	2
Konfliktbewältigung im Straßenverkehrsamt	2
Aktenordnung im Umweltamt	1
Sozialdatenschutz Sozial-/Jugend-/Gesundheitsamt	3

Mit Stand 31.12.2000 waren

106	Beamte
774	Angestellte
39	Arbeiter
25	Auszubildende und
11	Zivildienstleistende

in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming beschäftigt. Das sind 22 Mitarbeiter/-innen weniger als mit Stand 31.12.1999.

Das **Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt** unterstützt den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming und seinen Rechnungsprüfungsausschuss bei der Lösung ihrer Kontrollpflichten. In den Gemeinden, die kein eigenes Rechnungsprüfungsamt gebildet haben, obliegt dem Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt des Landkreises die örtliche Rechnungsprüfung. Über diesen Weg erhalten die Vertretungskörperschaften als Bewertungs- und Entscheidungshilfen fundierte und objektive Prüfungsaussagen über die haushaltmäßige Zielerreichung.

Im Rahmen der durch Gesetz gewährleisteten Weisungsfreiheit und Unabhängigkeit von den allgemeinen Verwaltungsstrukturen konzentrieren sich die zwölf mit den im Landkreis sowie in den kreisangehörigen kommunalen Verwaltungen vorhandenen organisatorischen, personellen und haushaltstechnischen Gegebenheiten vertrauten Dienstkräfte auf die Prüfung der haushaltmäßigen Ordnung und Rechtmäßigkeit. Die derzeitig zu verzeichnende stetige Einengung des finanziellen Spielraumes der Kommunen rückt verstärkt Aspekte der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Mitteleinsatzes in den Vordergrund.

Die Tätigkeit des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes erstreckte sich im Bereich der *örtlichen Aufgabenkomplexe* vor allem auf

- die Prüfung der Jahresrechnungen, als Voraussetzung für die durch die Vertretungskörperschaften zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnung und die Entlastung;
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und zahlungsbegründenden Unterlagen;
- die Prüfung der Einhaltung des formstrengen Ausschreibungsverfahrens.

In die Prüfungen wurden vierzehn Fachämter, drei Einrichtungen und zwei Beteiligungen der Kreisverwaltung, neun Amtsverwaltungen mit 56 amtsangehörigen Gemeinden, fünf amtsfreien Städte und Gemeinden sowie sieben Zweckverbände der Wasserver- und Abwasserentsorgung einbezogen.

In insgesamt 72 Fällen wurden die Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen und in 19 Fällen der vorgesehene Abschluss von Architekten- und Ingenieurverträgen entsprechenden Zustimmungsprüfungen unterworfen. Die durch Gesetz terminbezogen vorgegebenen Pflichtaufgaben konnten vollständig gelöst werden.

Soweit es die Prüfungskapazität zuließ, unterstützte das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt auch gezielt das Sozialamt und Jugendamt bei der Wahrnehmung ihrer eigenen Kontrollaufgaben. So wurden in enger Zusammenarbeit die Spitzabrechnungen aus der delegierten Sozialhilfe und die Angemessenheit der von Kinder- und Jugendeinrichtungen geltend gemachten Kostensätze für "betreutes Wohnen" untersucht. Das Produkt dieser Arbeiten spiegelt sich in einer Minimierung der Ausgabenerwartung von insgesamt 277,2 TDM wider.

Gegenüber dem Vorjahr wurden im spürbar zunehmenden Umfang Aufgaben der *überörtlichen Prüfung* wahrgenommen. Bei den in allen kreisangehörigen Amts- und Gemeindeverwaltungen diesbezüglich als Rechtskontrolle im Auftrage des Landesrechnungshofes themenbezogen durchgeführten Prüfungen lagen die Schwerpunkte der Aktivitäten

- auf der Ermittlung eventuell vorhandener Einsparpotentiale sowie auf der Verhinderung oder Minderung von kostenträchtigen Fehlleistungen, insbesondere hinsichtlich der Investitionsfinanzierung und der Bewirtschaftung gemeindeeigener Liegenschaften;
- auf der richtigen Abrechnung der Schulkostenumlage;
- auf der Durchsetzung von Wirtschaftlichkeitsprinzipien im Kreditwesen.

Die in den verschiedensten Verwaltungsbereichen durchgeführten Untersuchungen endeten nicht nur mit der kritischen Feststellung einzelner Mängel. Besonderen Wert legten die Prüferinnen und Prüfer darauf, informativ Hinweise über die Ursachen für das Entstehen der Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben sowie gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für eine sinnvolle Veränderung zu unterbreiten. Selbstverständlich galt auch der operativen Anleitung großes Augenmerk, um über diesen Weg vorbeugend auf die Vermeidung von Unkorrektheiten einen entsprechenden Einfluss zu nehmen.

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 1999 wurde durch die **Kämmerei** gemäß den gesetzlichen Vorschriften im März 2000 aufgestellt und vom Landrat festgestellt.

Im Rahmen der Abschlussbuchungen für das Haushaltsjahr 1999 wurden dem Verwaltungshaushalt zum Ausgleich 8.011,6 TDM zugeführt. Um dies zu ermöglichen, wurde der allgemeinen Rücklage ein Betrag von 5.680,5 TDM entnommen. Dieser Betrag ist um 3.784,0 TDM höher als ursprünglich veranschlagt. Der Bestand zur Jahresrechnung 1999 der allgemeinen Rücklage beträgt per 01.01.2000 1.075,2 TDM.

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2000 betrug die Höhe der Gesamtverschuldung für den Landkreis 7.273,5 TDM. Mit der Haushaltssatzung 2000 wurde eine zusätzliche Kreditaufnahme über 7,5 Mio. DM als zinsloses Darlehen vom Land für den Bau von Turnhallen beschlossen.

Das zinslose Darlehen wird für folgende Maßnahmen verwendet:

3.500.000 DM	Gymnasium Rangsdorf, Turnhalle
1.000.000 DM	Turnhalle OSZ Ludwigsfelde
1.000.000 DM	Geistigbehinderten Schule Groß Schulzendorf, Turnhalle
2.000.000 DM	Allgemeine Förderschule Luckenwalde, Turnhalle

Der Haushaltsplan 2000 wurde ausgeglichen aufgestellt mit einem Gesamtvolumen von 302.747.700 DM.

Erstmalig wurde für das Haushaltsjahr 2000 die Einnahme für Jagdsteuern gemäß Kreistagsbeschluss vom 20.03.2000 erhoben. Die Jagdsteuer beträgt 10. v. H. des vom Steuerpflichtigen für die Ausübung des Jagdrechtes im Steuerjahr zu entrichtenden Entgeltes (Pachtpreis der Jagd zuzüglich des Wertes der vereinbarten Nebenleistungen, jedoch ohne etwa übernommene Leistungen für Wildschadenersatz). Für das gesamte Haushaltsjahr bedeutet das eine Einnahme von 45.000 DM. Da die Steuer für das Haushaltsjahr 2000 nur anteilig (6,7 v.H.) berechnet wurde, beträgt die Einnahme für 2000 31.440,28 DM.

Im November 2000 wurde die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit einem Gesamtvolumen von 309.797.400 DM beschlossen. Im Haushaltsjahr 2000 wurden folgende Maßnahmen begonnen:

Maßnahme	Wertumfang	
	Haushaltsjahr 2000	Haushaltsjahr 2001
Schule für geistig Behinderte Groß Schulzendorf, Turnhalle	424.802,80 DM	575.197,20 DM
Oberstufenzentrum Ludwigsfelde, Turnhalle	397.471,23 DM	602.528,77 DM
Allgemeine Förderschule Luckenwalde, Turnhalle	1.223.461,12 DM	776.538,88 DM

Zum Abschluss kam das Projekt Außenanlage Gymnasium Luckenwalde. Der für das Haushaltsjahr 2000 veranschlagte Zuschuss für Straßen, Brücken, Radwege und Straßendeckenerneuerung beträgt 3.804.400 DM.

Im Haushaltsjahr erhielt der Landkreis eine Investitionspauschale gemäß § 17 GFG in Höhe von 15.277.710 DM und gemäß § 21 GFG in Höhe von 15.793.722 DM. Der in der Haushaltssatzung beschlossene Kassenkredit wurde mehrmals in Anspruch genommen, da sich die allgemeine Finanzsituation negativ auf die Liquidität der Kreiskasse auswirkt.

Im Jahr 2000 wurden 17 Grundstücke zum Verkauf ausgeschrieben und die entsprechenden Kaufverträge abgeschlossen. Der Erlösansatz war dabei mit 2.113.200,00 DM geplant. Von den im Zeitraum 2000 abgeschlossenen Grundstücksverträgen konnten zehn Verträge kassenwirksam umgesetzt und weitere vier Verträge aus 1999 beendet werden, die einen Verkaufserlös von insgesamt 2.764.638,83 DM erzielten.

Der Landkreis erwarb im Jahr 2000 vierzehn Grundstücke (Scharfenbrück, Nettgendorf, Luckenwalde). Dazu gehören der rückständige Erwerb von Straßengrundstücken, als auch sechs Flächen, die in Verbindung und Umsetzung des Erbbaurechtsvertrages des Kreishausgrundstückes benötigt und von der Stadt Luckenwalde erworben wurden.

Weiterhin wurden Restflächen angekauft, die bei der Erneuerung von Kreisstraßen überbaut, bzw. durch Umwidmung (Nettgendorf) in eine Kreisstraße als rückständiger Erwerb in das Eigentum des Landkreises übernommen wurden.

Bei Mieten und Pachten wurden durch Verkauf, Übertragung an die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming und Rückübertragung von Gebäuden als auch durch Kündigung von Verträgen durch Mieter im Jahr 2000 vierzehn Verträge aufgehoben. Dies entsprach einer Mietminderung der Mieteinnahmen von 176.207,10 DM.

Durch Abschluss neuer Verträge, als auch durch Zuordnung weiterer Grundstücke konnte diese Differenz ausgeglichen werden und sogar ein kalkulierter Überschuss von ca. 43.000 DM erzielt werden.

Drei Erbbaurechtsverträge wurden vorbereitet und abgeschlossen. Mit dem DRK wurde ein Erbbaurecht über die Liegenschaft Quellenhof in Jüterbog und mit der Stadt Ludwigsfelde über die ehemalige Grundschule 3 in der Salvador-Allende-Straße abgeschlossen.

Zum 31.10.2000 wurden im Sachgebiet Vollstreckung 34.080 Fälle insgesamt registriert mit einem Wertumfang von 11.291.249 DM. Davon sind per Stichtag noch 10.009 Fälle mit einem Wertumfang von 3.400.044 DM offen. Zusätzlich wurden 1.563 Amtshilfersuchen bearbeitet.

Die Aufgaben des **Rechtsamtes** im Berichtszeitraum verteilen sich auf sechs Aufgabenschwerpunkte:

- Prozesstätigkeit für den Landkreis

Die im Berichtszeitraum neu anhängig gemachten Verfahren sind gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig.

Bemerkenswert ist jedoch die vermehrte Aktivität des Landkreises selbst Klagen anzustrengen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Forderungen des Landkreises auf Kostenerstattung im Bereich des Jugend- und Sozialamtes gegen andere örtliche und überörtliche Träger bzw. andere Sozialleistungsträger.

In diesem Zusammenhang ist zu beobachten, dass sich an der Dauer der verwaltungsgerichtlichen Verfahren bisher nichts geändert hat. Ein erster Verhandlungstermin wird regelmäßig immer noch erst nach vier Jahren festgesetzt.

- Investitionsvorrangverfahren, Grundbuchbeschleunigung

In diesem Bereich setzt sich der Trend rückläufiger Verfahren auch im Berichtszeitraum fort. Es wurde lediglich ein Antrag auf Durchführung eines Investitionsvorrangverfahrens gestellt. Die Anträge auf Bescheide über eine beschleunigte Grundbucheintragung haben sich um etwa die Hälfte verringert.

Der Gesetzgeber hat die Frist für Anträge auf Einleitung von Investitionsvorrangverfahren letztmalig bis zum 31.12.2000 verlängert. Der Arbeitsanfall im diesem Bereich wird sich auch aus diesem Grunde zusehends verringern und dem zuständigen Mitarbeiter werden andere Aufgaben zu übertragen sein.

- Beratungstätigkeit für Dezernate und Ämter

Das Arbeitsaufkommen hält sich hier im Rahmen der Vorjahre.

- Dienstaufsichtsbeschwerden/Petitionen

Der Arbeitsanfall in diesem Bereich ist gegenüber dem Vorjahr annähernd gleich geblieben.

Eine nicht geringe Anzahl von Beschwerden könnte jedoch vermieden werden, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses auch in schwierigen Gesprächssituationen gegenüber den Bürgern zurückhaltender auftreten würden.

- Versicherungsangelegenheiten

Im Bereich der Schadensentwicklung gibt es keine nennenswerten abweichenden Entwicklungen im Vergleich zum Vorjahresergebnis. Allerdings ist im Bereich der Kaskoschäden und der Schadensersatzklagen ein Anstieg in der Fallbearbeitung zu verzeichnen. Im Kaskobereich sind hierbei zwei Fahrzeugschäden mit einem Schadensumfang von jeweils mehr als 7.000,00 DM auffällig. Im Bereich des Schadensersatzes mussten vier neue Klageverfahren registriert werden.

Durch die Ausstattung mehrerer Schulobjekte mit Einbruchmeldeanlagen ist es gelungen, die Schadenshäufigkeit in der Sparte Einbruch/Diebstahl weiter zu verringern. Auch bei den stationären Messstellen des Straßenverkehrsamtes ist es offenbar durch die Installation von Alarmanlagen zu wesentlich weniger Schadensfällen infolge mutwilliger Beschädigungen gekommen als im Vorjahr. Das Haushaltsvolumen im Bereich Versicherungen konnte im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr von 615.000,00 DM auf 593.000,00 DM gesenkt werden.

- Sachgebiet Kommunalaufsicht

Ein Hauptschwerpunkt war die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Wasser- und Abwasserzweckverbände auf Grund der Vorschriften des Stabilisierungsgesetzes. Für sieben der acht im Landkreis bestehenden Verbände konnte ein entsprechender positiver Feststellungsbescheid erlassen werden. Im Fall des Zweckverbandes KMS Zossen haben vier Gemeinden den Feststellungsbescheid vor dem Verwaltungsgericht Potsdam angefochten. Das Verwaltungsgericht hat bisher noch nicht entschieden.

Der Zweckverband Werbig beabsichtigt zum 1. Januar 2001 seine Eingliederung in den benachbarten leistungsfähigen Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming. Zur Anpassung der kaufmännischen Buchführung und der technischen Gegebenheiten waren umfangreiche Verhandlungen mit den zuständigen Landesbehörden erforderlich. Dieser Prozess wurde gemeinsam mit der unteren Wasserbehörde beratend und unterstützend begleitet.

Im Frühjahr dieses Jahres erörterte der Minister des Inneren auf Regional- und Bürgermeisterkonferenzen mit Kommunalpolitikern die Ziele der bevorstehenden Gemeindegebietsreform. Im Ergebnis dieses Dialogs hat die Landesregierung entsprechende Leitlinien verabschiedet. Mit dem Ziel, die bestmögliche Gemeindestruktur zur Entwicklung der jeweiligen Region und zum Wohle der betreffenden Bürger zu finden, begannen ab November die Beratungen zur Umsetzung der Leitlinien mit den Gemeindevertretungen und Amtsdirektoren vor Ort.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurden durch Zuweisung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts zwei Rechtsreferendare im Ausbildungsabschnitt "Verwaltung" im Rechtsamt ausgebildet. Die Ausbildung erfolgt nach der Brandenburgischen Juristenausbildungsordnung und erfordert eine umfangreiche Betreuung sowie eine abschließende Beurteilung der Referendare.

Statistikübersicht

		1999	2000
1.	Gerichtsverfahren	140	121
	Verwaltungsgericht	129	112
	Arbeitsgericht	3	6
	Zivilgericht	6	0
	Sozialgericht	2	1
	Strafsachen	0	2
2.	Dienstaufsichtsbeschwerden	43	45
3.	Petitionen	5	5
4.	Beratung der Dezernate	169	147
	Dezernat I	69	55
	Dezernat II	25	27
	Dezernat III	65	52
	Dezernat IV	10	13
5.	Investitionsvorrangverfahren	0	1
	Grundbuchvorrang VO-Verfahren	32	15
6.	Versicherungsfälle	161	176
	Schadenersatzklagen	1	4
	versicherungsrechtliche Stellungnahmen	4	12

Dezernat II

Im **Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (AROV)** sind derzeit noch 31 Mitarbeiter im Kernbereich der Regelung offener Vermögensfragen tätig. Daneben bearbeiten fünf Personen die Angelegenheiten des Grundstücksverkehrs; weitere zwei Mitarbeiterinnen waren mit gesetzlichen Vertreterbestellungen für derzeit nicht feststellbare Eigentümer von Grundstücken befasst. Von den derzeit noch 32 AROV-Mitarbeitern sind sechs Personen im Rahmen des Hilfeleistungsprojektes für die Außenstelle des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen (LAROV) in Waldstadt tätig, das im August 2002 ausläuft.

Der Mitarbeiterbestand des AROVs wurde auch in diesem Jahr entsprechend den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen abgebaut. Die Personalabbauquoten sind erfüllt, so dass keine kreislichen Mittel in die Regelung der offenen Vermögensfragen fließen mussten. Im Verlauf des Jahres 2000 sind wieder acht Mitarbeiter in andere Ämter der Kreisverwaltung umgesetzt worden. Rechtsanwälte waren im Jahr 1999 nicht mehr im Amt tätig, nur in wenigen Einzelfällen wurde noch Beratungsleistung zu angearbeiteten Fällen in Anspruch genommen. Ein das Amt früher beratender Rechtsanwalt hat in erster Instanz eine Arbeitnehmerstatusklage gewonnen und ist seit August urteilsgemäß als Arbeitnehmer beschäftigt; das Berufungsverfahren hiergegen läuft noch.

Die Arbeit des *AROV-Kernbereichs* wird durch den kontinuierlichen Personalabfluss deutlich verlangsamt bzw. erschwert. Bestand in vergangenen Jahren noch die Möglichkeit, funktionsfähige Sachgebietseinheiten durch inneramtliche Umsetzungen zu erhalten, so ist dies jetzt nur noch eingeschränkt möglich (Personalstand 1996: 61 Personen, heute noch 24). Das Ministerium hat für Mitte des Jahres 2001 Verhandlungen über die Schließung des Amtes angekündigt; es wird nach vorläufiger Einschätzung von einem Schließungstermin im Jahre 2003 ausgegangen. Im Hinblick auf die lange Verfahrensdauer beim Verwaltungsgericht (ca. vier Jahre zwischen Klageeinreichung und erster mündlicher Verhandlung) ist mit dem endgültigen Abschluss der vermögensrechtlichen Verfahren allerdings dann noch nicht zu rechnen. Die Mitarbeiter waren im übrigen trotz der schwierigen Situation bemüht, das geforderte statistische Soll von sechs erledigten Vermögenswerten pro Kopf pro Monat zu erfüllen, da das Ministerium nur unter dieser Voraussetzung erhöhte Abfindungszahlungen leistet, die wiederum ein Freiwerden von Stellen in anderen Bereichen der Kreisverwaltung ermöglichen. Das Halten der Erledigungsquote wird sich in Zukunft immer schwieriger gestalten.

Der Arbeitsanfall ist im Bereich der *Auskunftserteilungen* nicht geringer geworden, sondern hat deutlich zugenommen. Grund für die verstärkten Aktualisierungsanfragen vor allem der Treuhandnachfolgegesellschaften ist der im Jahr 2000 begonnene Vollzug des Flächenerwerbsprogramms. Ein Sachgebiet bearbeitet jetzt ausschließlich Auskunftsersuchen. Durch Verfahrensvereinfachungen wurde die Bearbeitungsdauer zur Erteilung der Auskünfte abgekürzt.

Die Zuständigkeit für Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsbearbeitung ist ab 01.01.2000 auf das ARoV Potsdam-Mittelmark übergegangen, was zu einer zusätzlichen Arbeitsbelastung führte, weil die Vorstellungen des Landesamtes nach einer zügigen Abgabe aller Vorgänge intensive Sichtungsarbeiten voraussetzt.

Der Bereich der *gesetzlichen Vertreterbestellungen* war im Jahr 2000 durch eine vom Land Brandenburg ausgelöste Antragsflut gekennzeichnet. Die Geltendmachung von Besserberechtigungsansprüchen des Landes an ehemaligen Bodenreformgrundstücken verjährte zum 02.10.2000 und das Land hat über private Dienstleister wenige Wochen vor Ablauf des Termins Hunderte von Anträgen auf gesetzliche Vertreterbestellung eingereicht. Zusammen mit dem noch zu erledigenden Antragsvolumen aus dem Vorjahr, das durch verschärfte EG-Förderungsbestimmungen hervorgerufen war und die Agrarbetriebe des Landkreises betraf, trat hierdurch unerwartet ein Bearbeitungsstau ein. Durch zeitweilige Umsetzung von Mitarbeitern wurde versucht, die Lage zu bewältigen. Der Bereich wird immer bedeutsamer, zumal Aufsichtsaufgaben nach erfolgter Bestellung kontinuierlich anfallen.

Der *Grundstücksverkehr* konnte weiterhin konsolidiert werden durch Verfahrensvereinfachungen innerhalb des Amtes. Verstärkt wurde Gebrauch gemacht vom Instrument der sofortigen Vollziehungsanordnung von Genehmigungen.

Statistikübersicht

Stand: 31. Dezember 2000

1.	Anzahl der vermögensrechtlichen Anträge incl. Anträge auf Einräumung von Vorkaufsrechten	
	Anträge	19.970
	Ansprüche	37.970
	beschiedene und zurückgenommene Ansprüche	35.864
	Erledigung	94,5 %
2.	Anzahl der Vermögenswerte (i.d.R. Flurstücke), zu denen Auskunftersuchen (Anträge auf Negativattest) vorliegen	
	Anfragen insgesamt	102.576
	Auskunftersuchen (im Jahr 2000 gestellt)	3.665
	Erledigung	100.061
	Differenz Anfragen/Erledigung	2.515
3.	Widersprüche	2.513

4.a)	anhängige Verwaltungsgerichtsverfahren	301
4.b)	abgeschlossene Verwaltungsgerichtsverfahren	314

5.	Stelle für Grundstücksverkehr	
	EDV-erfaßte Anträge	25.209
	davon Erledigungen	21.619
	Erledigung	85,8 %

6.	Vertreterbestellungen	
	Anträge insgesamt	3.297
	Anträge im Jahr 2000	920
	Erledigungen	2.130

Die Aufgaben des **Ordnungsamtes** werden im Folgenden anhand der einzelnen Sachgebiete dargestellt.

Sachgebiet 32.1 Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden, Aufgaben als Kreisordnungsbehörde

Schwerpunkt der Arbeit ist hier die Anleitung der örtlichen Ordnungsbehörden in Abstimmung mit anderen Fachämtern des Hauses. Es fanden wie jedes Jahr turnusmäßig Beratungen mit den Ordnungsamtsleitern, mit den Mitarbeitern der örtlichen Ordnungsbehörden für das Meldewesen und den Gewerbebereich statt.

Verstärkt sind Fach- bzw. Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger bzw. das Innenministerium herangezogen worden sind, zu prüfen und auszuwerten. 19 Widersprüche, die gegen Verfügungen von Ämtern, Städten und Gemeinden gerichtet waren, sind bearbeitet worden.

Genehmigungen zur Durchführung von Lotterien nach dem Lotteriegesezt wurden im Jahr 2000 fünf erteilt. Zwangsgeldverfahren zur Durchsetzung der Schulpflicht nach dem Schulgesetz des Landes Brandenburg sind neun durchgeführt worden. Bußgeldverfahren nach dem SGB XI - hier im Bereich der Pflegeversicherung - mussten insgesamt 206 Vorgänge und nach dem VermLiegG zwei Vorgänge bearbeitet werden. Bisher wurden insgesamt 307 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange abgegeben, davon 281 nach dem BauGB, 25 nach dem BlmschG und eine nach dem BBergG.

Untere Jagd- und Fischereibehörde

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 870 Jagdscheininhaber, davon elf Ausländer mit Tagesjagdscheinen. Insgesamt gibt es im Kreisgebiet 227 Jagdbezirke, davon 166 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 18 Eigenjagdbezirke, 43 Verwaltungsjagd- und Bundesforstjagdbezirke. Es gibt vier Hegegemeinschaften für Rotwild, eine Hegegemeinschaft für Damwild und eine weitere gemischte Hegegemeinschaft. Es wurden bisher 20 Hegeschauen als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband wurde intensiviert und die Arbeit mit dem Kreisjagdbeirat erfolgreich weitergeführt. Im Jahr 2000 absolvierten von 20 Teilnehmern der jährlich durchzuführenden Jägerprüfung 13 diese mit Erfolg. Die Arbeit mit den Jagdvorständen der Jagdgenossenschaften wurde kontinuierlich weitergeführt.

Die Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Straßenverkehrsamt und den Jagdausübungsberechtigten zur Vermeidung von Wildunfällen wurde intensiviert. Es erfolgte eine Ermittlung und Bezeichnung der Wildunfallsschwerpunkte vorrangig auf

Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Es wurden 37 Stellungnahmen aus jagd- und fischereilicher Sicht zu Bauvorhaben im Außenbereich und zu beabsichtigten naturschutzrechtlichen Unterschützstellung abgegeben.

2000 gab die untere Fischereibehörde 2.856 Fischereischeine A und 878 Jugendfischereischeine an Angler aus. 17 Fischereischeine B wurden für Berufsfischer ausgestellt. Derzeit gibt es 57 ehrenamtliche Fischereiaufseher. 2000 wurden auch durch die engagierte Mitarbeit dieser Fischereiaufseher 31 Bußgeldverfahren wegen des Verstoßes gegen das Fischereigesetz eingeleitet. Besonders hervorzuheben ist die im vergangenen Jahr zwischen den Fischereiaufsehern und der Naturwacht Stücken im Naturpark "Nuthe-Nieplitz" vereinbarte und zwischenzeitlich erfolgreich praktizierte gemeinsame Informations- und Kontrolltätigkeit. Ein Informationsblatt zur Nutzung der Gewässer im Naturpark wurde gemeinsam von der Naturwacht Stücken, der unteren Naturschutzbehörde, der unteren Fischereibehörde und den Kreisanglerverbänden Luckenwalde und Zossen erstellt.

Es fanden drei Anglerprüfungen mit insgesamt 159 Prüflingen statt, wovon lediglich 27 Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

Versicherungsbehörde

Durch die zwei Mitarbeiterinnen wurden im Jahr 2000 1384 Anträge auf Altersrente, BU/EU-Renten, Hinterbliebenenrenten entgegengenommen sowie andere Anträge, beispielsweise auf Versorgungsausgleich, Neuberechnungen von Renten sowie auf Rehabilitationsmaßnahmen.

Kriegsgräberwesen

2000 konnten den Ämtern, Städten und Gemeinden des Landkreises als Instandsetzungs- und Pflegepauschale für die Kriegsgräber 301.999 DM aus Mitteln des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Weitere Kriegsgräberanlagen in den Kommunen, wie beispielsweise in Ludwigsfelde, Kummersdorf-Gut und weitere kleinere Anlagen in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal und im Amt Niederer Fläming wurden mit Landesmitteln neu gestaltet. Größtes Projekt war die Instandsetzung des Lazarettfriedhofs in Saalow, auf dem insgesamt 1033 Kriegstote bestattet sind. Die feierliche Übergabe erfolgte mit einer Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag am 19. November 2000.

Nachdem die historische Aufarbeitung des Kriegsgefangenenlagers Stalag in Luckenwalde mit der Eröffnung der Ausstellung im Kreisheimatmuseum und der Vorlage des Buches "Kriegsgefangen in Brandenburg, Stalag III/A 1939-1945", im vergangenen Jahr vorerst abgeschlossen werden konnte, soll die Instandsetzung des Stalagfriedhofs im Jahr 2001 erfolgen.

Unabkömmlichstellungs-Angelegenheiten

2000 wurden 43 Gesuche von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft auf Unabkömmlichstellung von Mitarbeitern gemäß § 13 Wehrpflichtgesetz bzw. § 16 Zivildienstgesetz gestellt. Durch die qualifizierte Bearbeitung und ein gutes Zusammenwirken mit den Wehrersatzbehörden in Potsdam und Berlin sowie mit der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer konnte auch in diesem Jahr erreicht werden, dass der überwiegende Teil der vom Ordnungsamt des Landkreises eingebrachten Vorschläge positiv entschieden wurde.

Gewerbeangelegenheiten

Im Bereich Gewerbeangelegenheiten erfolgten in Auswertung von Widerspruchsentscheidungen zu Gewerbeuntersagungsverfahren und daraus resultierenden Vollstreckungsmaßnahmen im Rahmen der Fachaufsicht gegenüber den örtlichen Ordnungsbehörden die erforderlichen Anleitungen zur Anwendung von Rechtsvorschriften.

Mit der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes (SArbSZV) vom 25.09.1999 (GVBl. II S. 539) wurde den Kreisordnungsbehörden die Ermächtigung zu Ausnahmeregelungen im öffentlichen Interesse nach § 23 Ladenschlussgesetz übertragen. Hierzu gingen 27 Anträge zur Erweiterung der Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen ein, die nach Abstimmung mit den örtlichen Ordnungsbehörden überwiegend positiv beschieden wurden.

Der Schwerpunkt im Bereich Gewerbeangelegenheiten lag in der verstärkten Bekämpfung der Schwarzarbeit. Aufgrund der hierfür 1999 zusätzlich geschaffenen Sachbearbeiterstelle konzentrierte man sich zunächst auf die Verbesserung der Zusammenarbeit der dafür zuständigen Behörden. Hierzu wurde eine Koordinierungsgruppe gebildet, die sich aus Vertretern der Handwerkskammern, der Kreishandwerkerschaft, dem Finanzamt, dem Arbeitsamt und seit November 2000 auch dem Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik zusammensetzt. Die Koordinierungsgruppe tagt quartalsweise. Hier erfolgen Abstimmungen über die weitere Zusammenarbeit, über weitere Kontrollen und

über Probleme bei der Bearbeitung der Verfahren. Im Ergebnis sind 40 Verfahren im Jahr 2000 eingeleitet worden. Die Verfahren sind weitestgehend erfolgreich abgeschlossen worden, die Einnahmen durch die Bußgelder belaufen sich auf 115.926 DM.

Im Schornsteinfegerwesen konzentrierte sich die Arbeit auf das Verfahren zur Beitreibung rückständiger Schornsteinfegergebühren und zur Durchsetzung der Kehr- und Überprüfungsspflichten. Eine Zunahme von Vollstreckungen ist aufgrund der verschlechterten Zahlungsmoral der Bürger zu verzeichnen. Beratungen und Abstimmungen mit der Vollstreckungsbehörde sind zunehmend erforderlich, da die bei der Vollstreckungsbehörde vorliegenden Verfahren nicht in angemessener Zeit zu bewältigen sind.

Sachgebiet 32.2 Ausländer- und Personenstandswesen

Per 30.09.2000 waren im Landkreis Teltow-Fläming 2.720 Ausländer gemeldet; davon waren 570 Asylbewerber. Die Zahl der Ausländer ist wiederum leicht gestiegen.

Bis zum genannten Datum wurden 35 Personen ab- bzw. zurückgeschoben. Abschiebungen erfolgten in der Mehrheit wegen illegaler Erwerbstätigkeit im Baugewerbe oder wegen Prostitution. Nach wie vor ist die Mehrzahl der abgeschobenen Personen aus Osteuropa.

Im Bereich Asylwesen scheiterten bis 31.12.2000 nur wenige Abschiebungen, weil die abzuschiebenden Personen sich der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch "Unter-tauchen" entzogen haben. Durch andere Ausländerbehörden wurden von den bisher durch den Landkreis Teltow-Fläming zur Fahndung ausgeschriebenen Personen in diesem Jahr bisher 22 Personen in Amtshilfe abgeschoben.

Botschaftsvorfürungen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern fanden bis zum genannten Zeitpunkt 15 Mal statt. Nur in wenigen Fällen konnte die vom Ausländer angegebene Staatsangehörigkeit durch die Befragung in der Botschaft bestätigt werden.

Seit dem Sommer 1999 gibt es in unserem Landkreis einen Fall von Kirchenasyl. Es handelt sich um eine nigerianische Staatsangehörige mit ihren zwei Kindern. Am 13.10.2000 wurde für diese Personen eine Duldung erteilt.

Schulungen von Mitarbeitern des Bereiches erfolgten u. a. zum Thema "Ausländerrecht und Asylverfahren" an der Europäischen Staatsbürger Akademie sowie an der Fachakademie für Personenstandswesen zu den Themen "Internationales Privatrecht" und „Das neue Staatsangehörigkeitsrecht“.

Zur Problematik der Einbürgerungen nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht gemäß § 40 b (Einbürgerung von Kindern unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit – begrenzt auf das Jahr 2000) kann ausgesagt werden, dass von 20 anspruchsberechtigten Kindern bisher nur vier Kinder eingebürgert wurden.

Sachgebiet 32.3 - Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst

Brandschutz

Mit Stand 31.12.2000 wurden die Feuerwehren des Landkreises zu 497 Bränden und 884 technischen Hilfeleistungen gerufen. Im Vergleich zum gleichen Berichtszeitraum des Vorjahres kam es zu einem weiteren Rückgang an Bränden und technischen Hilfeleistungen. Gleichzeitig nahm aber die Schwere des einzelnen Ereignisses zu.

Unter Leitung des Kreisbrandmeisters fanden in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung fünf Beratungen mit den Stadt-, Gemeinde- und Amtsbrandmeistern statt. Am 31.03.2000 wurde die erste Dienstberatung mit den Ortswehrlführern und den Löschruppenführern des gesamten Landkreises durchgeführt.

Im Rahmen der kreislichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sind im Jahre 2000 371 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinist, Sprechfunker und Atemschutzgeräteträger ausgebildet worden.

Der Kreisfeuerwehrverband des Landkreises Teltow-Fläming wurde 2000 bei der Ausrichtung des 4. Pokallaufs der Feuerwehren in Wünsdorf, an der 99 Männer-, Frauen-, Jugend- und Kindermannschaften teilnahmen, unterstützt. Im September gab der Landkreis dem Landesfeuerwehrverband bei der Ausrichtung der 5. Landesmeisterschaften in Ludwigsfelde tatkräftige Hilfe. Die teilnehmenden Kinder- und Jugendmannschaften aus dem Landkreis holten drei Titel und einen dritten Platz. Im Jahre 2000 wurde wieder das bereits traditionelle Zeltlager der Jugendfeuerwehren, an dem 160 Jugendliche teilnahmen, mit 12.000 DM gefördert.

Im Feuerwehrtechnischen Zentrum des Landkreises konnte im Jahre 2000 eine Atemschutzübungsstrecke für die Ausbildung der Feuerwehren mit einem Wert von 360.000 DM errichtet und in Betrieb genommen werden.

Für die Feuerwehren wurden Wartungs- und Prüfarbeiten durchgeführt an:

Anzahl	Geräte / Ausrüstung
929	Pressluftatmer
1813	Atemschutzmasken
32	Chemikalienschutzanzüge
1398	Pressluftflaschen
1774	Druckschläuche
21	Tragkraftspritzen

Katastrophenschutz

Im Mittelpunkt des Jahres stand für den Landkreis die Vorbereitung und Durchführung der Komplexübung "Herbst 2000" mit der Brandschutzeinheit des Landkreises und Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes und des Technischen Hilfswerks am 07.10.2000 auf dem ehemaligen Flugplatz Sperenberg. Bei dieser Übung stellten ca. 350 Einsatzkräfte ihren Ausbildungsstand und ihr Leistungsvermögen unter Beweis und erprobten das Zusammenwirken untereinander, mit dem Katastrophenschutzstab des Landkreises und anderen Behörden.

Rettungsdienst

Im Jahre 2000 wurde der Rettungsdienst zu 11.088 Notfällen gerufen. In 5.346 Fällen ist ein Notarzt zum Einsatz gekommen. Es wurden 3.694 Krankentransporte durchgeführt.

Leitstelle

Die Leitstelle hat ihre Aufgaben im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes sowie Rettungsdienstes voll erfüllt.

Die im Rahmen der Organisationsuntersuchung empfohlene Schaffung einer ADV-Koordinatoren-Stelle im **Straßenverkehrsamt** konnte im Juli 2000 realisiert werden. Eine mögliche Zentralisierung des Amtes in der Kreisstadt wird derzeit konzeptionell vorbereitet, wobei noch keine Aussage zur finanziellen und räumlichen Umsetzung getroffen werden kann.

Die steigende Tendenz des Fahrzeugbestandes im Landkreis Teltow-Fläming setzt sich auch 2000 unverändert fort. Per 31.12.2000 ist der Fahrzeugbestand auf 120.565 gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme um 3,75 % gegenüber 1999.

Analog nahmen auch die einzuleitenden Maßnahmen auf Grund fehlenden Versicherungsschutzes, Mängel am Fahrzeug, nicht gezahlter Kfz-Steuer und fehlender Umschreibung zu. Verstärkt werden auch Überschreitungen der Hauptuntersuchungsfristen als Ordnungswidrigkeit geahndet.

Im Landkreis Teltow-Fläming sind 2.297 Fahrzeuge mit einem Saisonkennzeichen und 60 als Oldtimer zugelassen. Insgesamt haben ca. 78 % der im Landkreis zugelassenen Fahrzeuge ein TF-Kennzeichen.

Mit der Änderung der StVZO wurde das Eurokennzeichen ab 01.11.2000 obligatorisch eingeführt. Der Umtausch der alten Kennzeichen ist jedoch nicht erforderlich. Ebenso wurden die Buchstaben I, O und Q sowie Kennzeichenkombinationen mit einem Buchstaben und vier Zahlen freigegeben, die auf Wunsch des Antragstellers (zusätzliche Gebühr 20,00 DM) zugeteilt werden.

Im Sachgebiet Fahrerlaubnis-/Fahrschulwesen blieb der erwartete Ansturm auf den Umtausch in den EU-Kartenführerschein aus. Dennoch war ein Arbeitsanstieg zu verzeichnen, da die Übergangsfrist für alle über 50-jährigen Lkw- und Busfahrer, die durch eine ärztliche und augenärztliche Untersuchung ihre Eignung nachweisen müssen, zum 31.12.2000 ausläuft.

Insgesamt wurden im Jahr 2000 10.791 Führerscheine in einen Kartenführerschein umgetauscht.

Probleme traten weiterhin mit dem ADV-Programm auf. Darüber hinaus kam es durch Umstellung der Software im Kraftfahrt-Bundesamt zu langen Wartezeiten bei der Auskunftserteilung aus dem Verkehrszentralregister, die bis zu 10 Wochen betragen. Dieses führte zu verlängerten Bearbeitungszeiten bei der Antragsbearbeitung. Hierzu kam eine hohe Fehlerquote der Mitteilungen an das Zentrale Fahrerlaubnisregister hinzu, die kurzfristig korrigiert werden musste.

Das 1. Halbjahr im Berichtszeitraum 2000 war im Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten geprägt von Personaldefiziten infolge Krankheit. Aufgrund der Langzeiterkrankung einer Sachbearbeiterin wurde das Sachgebiet ab Juli 2000 durch einen Mitarbeiter, der während seiner Ausbildung für ein Jahr dort tätig war, verstärkt. Dieser konnte nach einer fachlichen Weiterbildung im August 2000, neben der eigentlichen Sachbearbeitung, ersatzweise auch für das Messfahrzeug eingesetzt werden. Bis dahin konnte der Messwagen i. d. R. nur an drei Tagen in der Woche zum Einsatz kommen. Ursache hierfür war auch der krankheitsbedingte Ausfall des zweiten Technikers für vier Monate.

Die Personalverstärkung machte sich bemerkbar. Während von Januar bis Juni 2000 lediglich 6.412 Fälle bearbeitet wurden, waren es per 19.10.2000 15.414 und per 31.12.2000 20.661 Verkehrsordnungswidrigkeiten.

Mit der endgültigen Ablösung des alten Computerprogramms konnte eine Ausweitung der mobilen Messstellen erreicht werden. Sie war dringend erforderlich, weil die Standorte bereits in den Vorjahren von der Unfallkommission als wichtig eingestuft wurden. Während 1999 die Geschwindigkeit mit dem Messfahrzeug an 26 Stellen überwacht wurde, konnten im Jahr 2000 61 Unfallschwerpunkte bzw. schützenswerte Bereiche kontrolliert werden. Unverändert wird an 13 stationären Messstellen im Landkreis die Geschwindigkeit der Fahrzeuge gemessen.

Seit dem 01.05.2000 sind u. a. Änderungen in der Bußgeldkatalog-Verordnung und beim Punktesystem in Kraft getreten. Sie brachten z. B. auch eine Anhebung der Sanktionen für erhebliche Geschwindigkeitsüberschreitungen.

Bei der "stationären" Geschwindigkeitsüberwachung ist eine Senkung um 488 der Gesamtzahl der eingeleiteten Verfahren festzustellen. Die Anzahl der Bußgeldverfahren hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,3 % erhöht. Die Verwarnungsgeldfälle wurden um 3 % gesenkt. Insgesamt wurden bei 19 % der Überschreitungen ein Bußgeldverfahren und in 81 % der Fälle ein Verwarnungsgeldverfahren eingeleitet.

Bei der "mobilen" Überwachung liegt der Anteil an Bußgeldverfahren bei 11 %. Wird der Anteil der Fahrzeugführer, die das Verwarnungsgeldangebot nicht annehmen - und damit ein Bußgeldverfahren in Kauf nehmen - hinzugezogen, steigt der Gesamtanteil der Bußgeldverfahren auf 15 %. Aus o. g. Personalgründen konnte das Fahrzeug im

1. Halbjahr nur zu 60 % ausgelastet werden. Der geringere Fahrzeugeinsatz schlägt sich bei den Fallzahlen nieder. Es mussten 255 Fahrverbote ausgesprochen werden.

Von 2.867.703 Fahrzeugen, die die Messstellen insgesamt passierten, überschritten 20.125 Fahrzeuge die zulässige Höchstgeschwindigkeit (0,7 %). Zu 73 % wurden Überschreitungen von Fahrzeugführern mit Kennzeichen außerhalb des Landkreises begangen. Die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden an der Messstelle in Altes Lager (in Richtung Jüterbog) gemessen. Spitzenreiter war ein Fahrzeugführer mit einer Überschreitung von 76 km/h (126 km/h bei zugelassenen 50 km/h) am Standort Dabendorf. Der Hauptanteil an Geschwindigkeitsüberschreitungen erfolgt jedoch im Verwarngeldbereich.

Erhöht hat sich die Bearbeitung der allgemeinen Verkehrsordnungswidrigkeiten. Während 1999 lediglich 56 Verkehrsordnungswidrigkeiten angezeigt und bearbeitet wurden, waren es im Berichtszeitraum 536. Die Erhöhung resultiert aus einer verstärkten Überwachung der Fristen für die Hauptuntersuchung von Fahrzeugen.

Neben den o. g. Personalproblemen bei der mobilen Messung kam es zu 359 Ausfalltagen der stationären Anlage (Verschleißerscheinungen auf der B 96 in Dabendorf, Überspannung infolge starken Blitzes bzw. Bauarbeiten auf dieser Bundesstraße).

Seit Dezember 2000 erfolgt der Datenaustausch mit dem KBA per Filetransfer, wodurch eine schnellere Fallbearbeitung erfolgen kann.

Nach wie vor erhält die Presse monatlich einen Auszug aus dem Einsatzplan des mobilen Messfahrzeuges des Landkreises.

Schwerpunkt der Arbeit im Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung ist die Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit auf den öffentlichen Straßen, wobei ein Großteil der Aufgaben im Zusammenhang mit dem Baustellengeschehen im Straßenraum steht. Ebenso ist die Durchführung von Verkehrsschauen, die im Jahr 2000 auch auf Kommunalstraßen zur Kontrolle ordnungsgemäßer Beschilderung durchgeführt wurden, eine wichtige Aufgabe des Sachgebietes. So wurde im Jahr 2000 insbesondere die Problematik der stillgelegten Bahnstrecken aufgegriffen, um eine Entscheidung von Seiten der Bahn zur weiteren Beschilderung der betroffenen Bahnübergänge zu forcieren. Einige verkehrsrechtliche Maßnahmen wurden zurückgestellt (z. B. zu geschwindigkeitsbeschränkten Zonen), da im Jahr 2001 eine Änderung der StVO zu erwarten ist.

Die kreisliche Unfallkommission tagte im Jahr 2000 sieben Mal. Die Hauptaufgabe besteht darin, Unfallhäufungsstellen (UHS) zu erkennen, zu analysieren und Maßnahmen zu treffen, um diese Gefahrenstellen zu entschärfen. Aus den Vorjahren bestand an 39 UHS zu Beginn 2000 noch immer erhöhte Unfallgefahr. Im Jahr 2000 kamen weitere zehn UHS hinzu. Da oftmals verkehrsregelnde Maßnahmen nicht ausreichen, sondern bauliche Veränderungen erforderlich werden, konnten im Jahr 2000 nur neun UHS geschlossen werden, d. h. durch geeignete Maßnahmen ein Rückgang der Unfälle erreicht werden. Der Arbeit der Unfallkommission wurde im Jahr 2000 erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. So sieht der gemeinsame Runderlass des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg vor, dass die Mitglieder befugt sind, auch über eine finanzielle Sicherstellung der festgelegten Maßnahmen zu entscheiden.

Die im Straßenverkehrsamt tätige ABM "Verkehrssicherheit" lief leider zum 31.10.2000 aus. Es konnte aber mit Unterstützung der beiden Kräfte eine Überprüfung aller Schulbushaltestellen erfolgen sowie generell die Sicherung vor Schulen und Kindereinrichtungen überprüft und verbessert werden.

Auch die Fahrradprüfungen an Schulen und der Einsatz der Verkehrskadetten der Verkehrswacht wurden aktiv unterstützt, was nach Beendigung der ABM durch das Straßenverkehrsamt nicht mehr möglich ist.

Im Folgenden noch einige statistische Angaben aus dem Straßenverkehrsamt für das Jahr 2000:

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.1999	Stand 31.12.2000
Fahrzeugbestand gesamt	116.208	120.565
davon Kräder	4.742	5.450
Pkw	86.355	89.243
Lkw	8.136	8.326
Zugmaschinen	2.278	2.379
sonstige Kfz	979	994
Kfz-Anhänger	13.541	14.002
KOM	177	171

2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.1999	Stand 31.12.2000
Ersterteilung/Erweiterung von Fahrerlaubnissen(FE)	6.558	6.769
Umstellung von FE	2.134	10.791
Verlust von FE	716	683
Neuerteilung nach Entziehung	561	632
Neuerteilung nach Prüfung	83	60
Versagung nach Entzug	148	234
Internationaler Führerschein	339	326
FE zur Fahrgastbeförderung	312	301
vorliegende Anträge zur Bearbeitung (noch nicht abgeschlossen)	1.863	4.316
FE-Entziehungen	371	466
Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	34	62
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	47	49
Anzahl der Fahrlehrer	182	192
Anzahl der überprüften Fahrschulen	19	19

3. Gewerblicher Personen- und Güterverkehr

	Stand 31.12.1999	Stand 31.12.2000
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	58	58
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	118	123

4. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.1999	Stand 31.12.2000
eingeleitete Bußgeldverfahren	2.805	3.068
davon		
- stationär	2.193	2.341
- mobil	570	410
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	42	317
eingeleitete Verwarngeldverfahren	17.049	16.609
davon		
- stationär	13.575	13.160
- mobil	3.460	3.230
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	14	219
Bußgeldverfahren aus Verwarngeldverfügungen	1.309	984
davon		
- stationär	1.066	845
- mobil	243	139
Gesamtanzahl Verfahren	21.163	20.661

5. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.1999	Stand 31.12.2000
Stellungnahmen Planvorhaben	468	424
Ausnahmen, Veranstaltungen § 29 StVO	169	171
Ausnahmegem. und Erlaubnisse § 46 StVO	637	743
Anordnungen verkehrslenkender Maßnahmen und Baustellen	2.030	1.897
Anträge LZA/Fußgängerüberwege	27	11
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrsregelungen gem. § 45 StVO	356	407
Verkehrsschauen	14	28

Die Schwerpunkte der Arbeit des **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes**, auf die hier näher eingegangen wird, sind

1. die Tierseuchenbekämpfung
2. der Verbraucherschutz
3. der Tierschutz und die Arzneimittelüberwachung

1. Tierseuchenbekämpfung

Bekämpfung der enzootischen Rinderleukose und Brucellose der Rinder

Es wurden den gesetzlichen Vorgaben entsprechende serologische Untersuchungen der Jungrinder und Kühe in den Beständen des Landkreises durchgeführt. Die Bestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von enzootischer Rinderleukose und Brucellose der Rinder.

Rindersalmonellose

Im Jahr 2000 wurde in einem Betrieb Salmonellose der Rinder festgestellt. Die Sperrmaßnahmen dauern an. Verdacht auf Salmonellose wurde in einem Betrieb festgestellt, hier wurden alle Sperrmaßnahmen aufgehoben.

Brucellose der Schweine

Am 18.01.2000 wurde in der Freilandsauenhaltung der Jüterboger Agrargenossenschaft Brucellose der Schweine amtlich festgestellt. Im Rahmen der Seuchenbekämpfung mussten sämtliche zur Freilandhaltung gehörende Schweine am 20.01.2000 getötet werden. Nach erfolgten Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen konnte die Seuchensperre am 29.06.2000 aufgehoben werden.

Psittakose

Im Jahre 2000 wurden zwei Papageien- bzw. Sittichhaltungen wegen Psittakose amtlich gesperrt, die Sperrmaßnahmen konnten noch nicht aufgehoben werden.

Tollwut

Im Landkreis Teltow-Fläming ist seit 1994 keine Tollwut bei Füchsen und anderen Tieren festgestellt worden. Ab Frühjahr 1998 ist die Immunisierung der Füchse über Impfköder eingestellt worden. Der Landkreis gilt seit 01.01.2000 als tollwutfreies Gebiet. Aber weiterhin sind flächendeckende Untersuchungen der gestreckten Füchse erforderlich, um den Status zu erhalten. Bis zum 31.12.2000 wurden 113 Füchse zur Untersuchung auf Tollwut an das Staatliche Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamt Potsdam eingesandt. Alle Füchse waren frei von Tollwut-Erregern.

Schweinepest

Im Jahr 2000 wurden 27 Betriebe mit insgesamt 30 Beständen nach der Schweinehaltungshygieneverordnung kontrolliert. Eine große Gefahr hinsichtlich der Einschleppung der Schweinepest stellt das Verfüttern nicht ordnungsgemäß erhitzter Speisereste und Küchenabfälle dar. Speisereste aus Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung und von Speisegaststätten unterliegen der Entsorgungspflicht durch eine Tierkörperbeseitigungsanlage. In Ausnahmefällen können Speisereste nach ordnungsgemäßer Erhitzung auch an Hühner, Hunde und Katzen verfüttert werden. Einen Antrag auf eine derartige Entsorgung haben bisher 13 Einrichtungen gestellt. Ein großer Teil der Gaststätten und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung hat im Landkreis Teltow-Fläming eine Erklärung abgegeben, dass die anfallenden Speisereste unter die Vier-Personen-Haushaltsregelung fallen.

Kontrolle Milchbetriebe

In den 41 milcherzeugenden Betrieben des Landkreises wurden bisher 42 Kontrollen durchgeführt. Ein Betrieb erfüllte nicht die Anforderungen der Milch-Verordnung. Aufgrund von Problemen in der Eutergesundheit wurde in fünf Betrieben eine beratende Tätigkeit durchgeführt.

Tiertransporte

Für Tiertransporte innerhalb der EU wurden 211 Gesundheitsbescheinigungen und EU- Zertifikate nach entsprechenden Kontrollen ausgestellt.

Bovine Herpesvirus-Infektion (BHV-1)

Die Verordnung zur Bekämpfung der BHV-1 Infektion der Rinder auf freiwilliger Basis gilt für das Land Brandenburg ab Januar 1996. Von der Tierseuchenkasse werden die Kosten für die Betriebe, die sich freiwillig diesem Verfahren angeschlossen haben, weitgehend getragen.

Per 31.12.2000 gelang es dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt durch Überzeugung, 108 Betriebe für dieses freiwillige Bekämpfungsverfahren zu gewinnen. Frei von Boviner Herpesvirus-Infektion sind per 31. Dezember 2000 28 Betriebe. 21 Rinderbestände haben den Status eines Sanierungsbestandes. Von diesen Beständen geht keine Gefahr der Weiterverbreitung der BHV-1 aus. Zum Schutz der BHV1-freien Rinderbestände und der anerkannten Sanierungsbestände und um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Rinderzucht zu erhalten, ist es erforderlich, die Sanierungsmaßnahmen zu beschleunigen und flächendeckend in den fortgeschrittenen Gebieten (sechs Landkreise des Landes Brandenburg, darunter Teltow-Fläming) zu sichern.

BSE

Acht Rinderbestände mit insgesamt 58 Tieren stehen im Landkreis Teltow-Fläming unter amtlicher Beobachtung. In diesen Beständen werden erste Nachkommen, sogenannte F1-Tiere, von aus dem Vereinigten Königreich oder Nordirland stammenden Rindern gehalten. Unter bestimmten Bedingungen und Auflagen dürfen die F1-Tiere geschlachtet werden. Diese Bestände werden regelmäßig untersucht und kontrolliert. Um die Sicherheit der Verbraucher hinsichtlich der Herkunft der Rinder von der Geburt bis zum Verkauf des Rindfleisches im Laden zu gewährleisten, hat die EU im Jahr 1997 eine Reihe von Verordnungen erlassen. Die Kontrollen hinsichtlich der Ohrmarkenkennzeichnung, des Vorhandenseins der Rinderpässe und der Vollständigkeit des Tierregisters in 22 Rinderbeständen unseres Landkreises ergaben nur in Einzelfällen geringe Abweichungen.

Bienenkrankheiten

Im Jahr 2000 wurden ab Ende April die ersten Sperrgebietsuntersuchungen bei 41 Imkern durchgeführt, wobei weitere acht Bestände als an Amerikanischer Faulbrut erkrankt erkannt wurden. Nach ca. acht Wochen erfolgte die nächste Sperrgebietsuntersuchung mit weiteren acht positiven Befunden und letztmalig wurden Anfang September Proben entnommen und nochmals zwei Amerikanische Faulbrut Bestände erkannt. Je nach Befallsgrad wurden die Bestände komplett abgeschwefelt oder mittels Kunstschwarmverfahren behandelt. Um die Sperrgebiete herum wurden Umgebungsuntersuchungen mit negativem Ergebnis durchgeführt. Mit Beginn des Bienenjahres 2001 werden die nächsten Sperrgebietsuntersuchungen durchgeführt.

2. Verbraucherschutz

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Verbraucherschutz haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1.742 Objekte der Lebensmittelproduktion, des Groß- und Einzelhandels sowie Küchen, Gaststätten, Imbisseinrichtungen und Märkte zu kontrollieren.

Auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift über die Kontrollhäufigkeit des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft des Landes Brandenburg sowie den Festlegungen der Fleischhygiene-VO wurden bis zum 31.12.2000 4.485 aktenkundige Kontrollen durchgeführt.

Kontrollschwerpunkte im Berichtszeitraum waren Fleischereien, Bäckereien, Märkte, Volksfeste, Küchen und Imbisseinrichtungen. Hier sowie bei den übrigen mit Lebensmitteln befassten Objekten wurden zur Abstellung von Hygienemängeln Auflagen erteilt und gebührenpflichtige Nachkontrollen durchgeführt sowie zu deren Durchsetzung Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von 4.444 DM erhoben.

Bauanträge von 30 Einrichtungen des Lebensmittelverkehrs wurden aus der Zuständigkeit des Sachgebietes beurteilt.

Im Berichtszeitraum wurden nach einem von der Einwohnerzahl abhängigen Schlüssel 860 Planproben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Kosmetika, Reinigungsmittel, Textilien, Verpackung) in verschiedenen Einrichtungen von Handel und Produktion entnommen. Außerdem wurden 74 Verdachts-, Verfolgs- und Monitoringproben gezogen. Von 877 Proben erfolgte eine Beanstandung von insgesamt 64 wegen fehlerhafter Kennzeichnung, mikrobiologischer Mängel u.a. durch das Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamt Potsdam. Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes wurden in Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben 141 Fleischproben entnommen und mit negativem Ergebnis untersucht.

In Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt wurde eine Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen in Vollzug fleischhygienischer Vorschriften erarbeitet, welche am 20.03.2000 durch den Kreistag beschlossen wurde.

Im Zusammenhang mit der ab 01.10.2000 geltenden Entscheidung der Kommission zur „Regelung der Verwendung von bestimmten Tiermaterial angesichts des Risikos der Übertragung von BSE-Erregern“ wurde das dort definierte Risikomaterial bei 63 Rindern und 200 Schafen von Tierärzten des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes in vom Amt betreuten Schlachtbetrieben entnommen bzw. die Entnahme und Zuführung zur unschädlichen Beseitigung überwacht. Die in der Fleischuntersuchung tätigen niedergelassenen Tierärzte wurden in dieser Hinsicht durch das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt angeleitet.

Im Zeitraum vom 01.10. bis 31.12.2000 sind durch die Beseitigung des spezifischen Risikomaterials im Landkreis Teltow-Fläming Mehrkosten in Höhe von 21.334,15 DM entstanden.

Hinsichtlich der Stammhirn-Probenentnahme zur Durchführung des bei über 30 Monate alten Rindern vorgeschriebene BSE-Test haben vier Tierärzte des Amtes an einer Schulung im Schlachtbetrieb Kasel-Golzig teilgenommen.

Da im Berichtszeitraum kein Rind des genannten Alters geschlachtet wurde, war ein Tätigwerden noch nicht erforderlich. Im Sinne einer Minimierung der BSE-Gefährdung erfolgte eine fachliche Unterstützung der Fleischereibetriebe des Landkreises bei der Herstellung von Wurst ohne den üblichen Rindfleischanteil.

Zum Jahresende 2000 wurde wie im gesamten Land Brandenburg eine umfangreiche Kontroll- und Probennahmeaktion zur Überprüfung der Deklaration von Fleisch- und Wurstwaren eingeleitet.

In vier gewerblichen Schlachtbetrieben erfolgte die Schlachtier- und Fleischuntersuchung durch Tierärzte des Amtes (14.027 Untersuchungen). Gleichzeitig wurden 1.043 Stücke Schalenwild in einem Wild-Zerlegebetrieb amtstierärztlich untersucht. Hinzu kommt die Untersuchung von 13.033 Trichinenproben im Labor des Amtes.

Im Rahmen der Handelsklassenkontrolle bei Obst, Gemüse, Speisekartoffeln, Eiern und Geflügel erfolgten im Berichtszeitraum 592 Kontrollen zur Durchsetzung des Handelsklassenrechts. Schwerpunktobjekte sind hierbei Wochenmärkte, Großhändler und Kundenbeschwerden.

Hierbei wurden zehn gebührenpflichtige Verwarnungen mit einer Gesamtsumme von 966 DM wegen Verstoß gegen das Handelsklassengesetz (Beanstandungen der Qualität von Obst, Gemüse und Eiern) ausgesprochen.

Gegenüberstellung Tätigkeit des Sachgebietes Verbraucherschutz 2000 und Vergleich zu 1999

(Stand: 31.12.2000)

	1999	2000
Kontrollobjekte	1.834	1.742
Kontrollen insgesamt	4.648	4.485
Probenahmen insgesamt	969	1.018
davon		
Planproben insgesamt	768	812
Verwarnungsgeld		
gebührenpflichtige Nachkontrollen		
Bußgeld insgesamt in DM	5.592	4.444
Fleisch- und Wilduntersuchungen	19.189	13.033

3. Tierschutz und Arzneimittelüberwachung

Nach den Vorschriften des Tierschutzgesetzes erfolgte im Jahre 2000 die Überprüfung vorhandener Zoohandlungen, Tierheime, Tierparks, Zirkusunternehmen sowie zahlreichen Sittich-, Pferde- (Reit- und Fahrbetriebe) und Schweinehaltungen.

Eine Nerzfarm im Landkreis wurde auf Einhaltung der Mindestanforderungen an die Haltung von Nerzen überprüft. Darüber hinaus fanden zwei Verkehrskontrollen mit der Polizei statt.

Tierschutzanzeigen der Bürger haben sich auch im Jahre 2000 überwiegend auf mangelhafte Hundehaltungen, insbesondere Kettenhaltungen von Hunden, konzentriert. Es ist eine Zunahme der Beschwerden über mangelnde Nutztierhaltungen gegenüber 1999 zu verzeichnen.

Ein schwerwiegender Tierschutzfall aus dem Jahre 1999 wurde beim Amtsgericht Zossen verhandelt, ein Mitarbeiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes erhielt dazu eine Ladung als Zeuge. Der Angeklagte wurde wegen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz verurteilt. An die Staatsanwaltschaft mussten mehrere Anzeigen weitergeleitet werden.

20 Bußgeldverfahren wurden eingeleitet. Zwangsmittel fanden bei Ordnungsverfügungen Anwendung, zahlreiche Zwangsgelder wurden festgesetzt.

Eine zunehmende Sensibilität der Bevölkerung in Sachen Tierschutz war auch im Jahre 2000 zu verzeichnen. Insbesondere zur neuen Hundehalterverordnung, die in der Bevölkerung Unsicherheit auslöste, konnte den Bürgern fachkundige Auskunft erteilt werden.

Mit den Ordnungsämtern fanden gemeinsame Überprüfungen von Hundehaltungen statt, unter anderem zur Feststellung der Bissigkeit von Hunden. Bisher erfolgten 29 Stellungnahmen im Erlaubnisverfahren zur Haltung von gefährlichen Hunden.

In Betrieben der Tierproduktion erfolgten Überprüfungen der Arzneimittelbestände, Fütterungsarzneimittel wurden entsprechend Einsendeplan gezogen und zur Untersuchung weitergeleitet.

Die Amtsleitung führte zwölf Kontrollen von tierärztlichen Hausapotheken durch.

Für den gesamten Tätigkeitsbereich des **Umweltamtes** konnte mit dem erreichten Stand im Aufbau des Geographischen Informationssystems (GIS) eine deutliche Qualitätsverbesserung in der Vorgangsbearbeitung erreicht werden. Insbesondere die Zeitdauer der Bearbeitung kann nun für eine Reihe von Aufgabengruppen verkürzt werden. Der Einsatz eines digitalen Ortungssystems auf DGPS-Basis hat darüber hinaus zu einer spürbaren Effektivitätssteigerung geführt. Altlastverdachtsflächen und Gebäude auf WGT-Liegenschaften wurden kartiert und Wasserwerksbrunnen in ihrer Lage exakt eingemessen. Gleichzeitig konnten die Ausdehnungen von Trinkwasserschutzgebieten und Deponien zur Verbesserung der Rechtssicherheit gegenüber Grundstückseigentümern flächenmäßig ermittelt und kartographisch erfasst werden.

Untere Abfallbehörde

Die Sanierung des Industrieparkes Ludwigsfelde wurde kontinuierlich fortgeführt. Derzeit werden bei drei Projektträgern insgesamt 18 Maßnahmen durchgeführt. Die Kosten hierfür betragen im Jahre 2000 ca. drei Mio DM. Inhaltlich wird damit die Umsetzung des Teilflächensanierungskonzeptes durch Reduzierung des mobilen Schadstoffpotentials des Grundwassers zum Schutz der Wasserwerke erreicht.

Im Rahmen der Schließung gemeindlicher Deponien sind bisher 139 Anordnungen getroffen worden. Insgesamt 84 Projekte sind abgeschlossen. Die Beräumung der Deponie Kummersdorf Gut (ehemals WGT) in der Trinkwasserschutzzone wurde fortgeführt. Dabei wurden ca. 100 t Sonderabfälle und über 1000 t Haus- und Sperrmüll aufgenommen und ordnungsgemäß entsorgt.

In Fortführung der Sicherungsmaßnahme am Tanklager 2 Flugplatz Niedergörsdorf wurden im Berichtszeitraum ca. 32 000 l Kerosin abgepumpt und damit insgesamt bisher etwa 310 000 l reines Kerosin gefördert.

Durch ordnungsrechtliche Maßnahmen wurde u.a. die Beräumung zweier illegaler Abfalldeponien mit einem Gesamtumfang von 80 000m³ und Kosten von etwa einer Mio DM erwirkt.

Untere Naturschutzbehörde

Die im Vorjahr vorbereiteten und begonnen Verfahren zu Schutzgebietsausweisungen durch Befugnisübertragung sind kontinuierlich fortgesetzt worden. Mit dem Naturschutzgebiet (NSG) "Bärluch" konnte das erste Gebiet per Kreistagsbeschluss Nummer 2-0376/00 erfolgreich abgeschlossen werden.

Daneben wurden die im Kreisgebiet vorhandenen Naturdenkmale erfasst und ebenfalls ein Unterschutzstellungsverfahren in die Wege geleitet. Damit wird bis zum Verfahrensende eine Klarstellung der tatsächlich hier einzuordnenden Objekte erreicht. Bei jedem Schutzgebietsverfahren finden vorgezogene Beteiligungen mit den Vertretern der forstwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Bodennutzer statt. Darüber hinaus werden halbjährlich die Behörden der Landnutzer und die Ämter der Kreisverwaltung über den Stand der Schutzgebietsausweisungen informiert.

Auf Anfrage des Kreisbauernverbandes konnte eine grundsätzliche Lösung zur verwaltungsrechtlichen Handhabung des Umganges mit Windschutzstreifen auf landwirtschaftlichen Flächen gefunden werden.

Untere Wasserbehörde

Als Erfolg kann der Beginn der rechtlichen Änderung von Trinkwasserschutzzonen im Landkreis gewertet werden. Bisher konnten insgesamt acht nicht mehr benötigte Schutzzonen durch Verordnung des Landes Brandenburg aufgehoben werden. Weitere 15 Verfahren stehen kurz vor dem Abschluss. Die öffentliche Auslegung der Verfahrensunterlagen für die Neuausweisung (Verkleinerung) der Trinkwasserschutzzonen der Wasserwerke Ludwigsfelde ist noch im Dezember in den Amtsblättern angekündigt worden. Damit ist dieses Schutzgebiet eines der ersten im Lande, für die ein solches Verfahren eröffnet wurde. An der Vorbereitung hat die Trinkwasserschutzzonenkommission Teltow-Fläming unter Koordination der Unteren Wasserbehörde sehr aktiv mitgewirkt.

Die rechtliche Situation zum Verbot der Ausbringung von häuslichen Fäkalien auf landwirtschaftlichen Flächen wurde den zur Abwasserbeseitigung Verpflichteten in einem umfangreichen Rundschreiben des Umweltamtes dargelegt. Darin eingeschlossen ist die Klarstellung der erforderlichen ordnungsgemäßen Leerung abflussloser Gruben. Eine diesbezügliche Anfrage des Kreisbauernverbandes wurde umfassend beantwortet.

Das Grundwassermonitoring und die gutachterliche Bewertung der Vegetation hinsichtlich eventueller Langzeitschäden im Umfeld des Kreishauses (Lückegärten) in Folge der baubedingten Grundwasserabsenkung konnte abgeschlossen werden. Sowohl der pH-Wert als auch die Ionenkonzentration im Grundwassers haben wieder stabile und normale Werte, Folgeschäden an der Vegetation wurden nicht ermittelt.

Wie in den Vorjahren werden abschließend wesentliche Aufgabenkomplexe mit *Statistischen Angaben* ausgewiesen:

	Aufgabenthematik	1999 Anzahl	2000 Anzahl
1.	Ordnungswidrigkeitenverfahren	218	214
2.	Widersprüche	48	52
3.	Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	42	26
4.	Landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammausbringung)	42	30
5.	Baumfällungen (Fallzahl)	710	636
6.	Trassen und Leitungen	274	317
7.	Fachstellungnahmen zu Grünordnungsplänen	164	152
8.	Vertragsnaturschutz für Landwirte	18	19
9.	Wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	371	306
10.	Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	247	199
11.	Störfälle	43	39

Dezernat III

Das **Schulverwaltungsamt** gliedert sich in drei Sachgebiete, über deren Aufgaben im Folgenden zu berichten ist.

Sachgebiet 1 - Haushalt

Investitionen/Ausstattung ohne Baukosten

Die Landesregierung wird im Rahmen einer Medienoffensive ab dem Jahre 2000 in einem Zeitraum von fünf Jahren durch Vergabe von Fördermitteln eine angemessene Mindestausstattung an allen allgemein bildenden Schulen im Land Brandenburg mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik realisieren. Der Landrat hat aufgrund der Förderrichtlinien eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Anträge der Schulträger der allgemein bildenden Schulen entgegennimmt, prüft und an das Ministerium weiterleitet. Dabei hat sie vor allem die Aufgabe, die zu fördernden Projekte auszuwählen und deren schulfachliche und kostenseitige Prüfung vorzunehmen.

Der Landkreis Teltow-Fläming, der als Träger weiterführender allgemein bildender Schulen entsprechend den Förderrichtlinien ebenfalls antragsberechtigt ist, erhielt für die Ausstattung des Gymnasiums Jüterbog mit Informations- und Kommunikationstechnik Fördermittel in Höhe von 67.474,- DM. Mit einem in gleicher Höhe bereitgestellten Eigenanteil wurde der Ausstattungsstandard der Sekundarstufe I durch einen neuen Medienraum und Bereitstellung von je einem Schülerarbeitsplatz in den Fachräumen erhöht. Darüber hinaus konnte ein Multimedia-Arbeitsplatz für die Lehrkräfte sowie ein PC und Drucker für die Schulverwaltung beschafft werden.

Im Gymnasium Jüterbog wurden außerdem die naturwissenschaftlichen Fachräume für Chemie und Biologie für rund 180.000,- DM neu ausgestattet. Die Allgemeinen Förderschulen in Ludwigsfelde und in Zossen erhielten für je 65.000,- DM neue Arbeitslehre-Räume und Mobiliar der Klassenräume. Im Gymnasium Rangsdorf konnte für 35.000,- DM der Bio-Fachunterrichtsraum neu ausgestattet werden. Ferner erfolgte die Fortführung und der Abschluss der Ausstattung des renovierten Altbaus des Gymnasiums Luckenwalde mit rund 100.000,- DM.

Im letzten Quartal des Jahres 2000 begann die Ausstattung des umgebauten ehemaligen Wohnhauses der Förderschule für geistig Behinderte in Groß Schulzendorf mit Mobiliar für Gruppenräume und Lehrküchen sowie der Verwaltungsräume. Damit wurde ein erster Schritt getan, auch die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler des nördlichen Bereiches des Landkreises Teltow-Fläming in der Förderschule für geistig Behinderte in Groß Schulzendorf zu verbessern, nach dem in Jüterbog eine neue moderne Schule für die Schülerinnen und Schüler des südlichen Bereiches des Landkreises entstanden ist.

Laufende Geschäfte aus dem Verwaltungshaushalt

Die jährliche Schulbuchausschreibung für alle Schulen in kreislicher Trägerschaft wurde europaweit mit Gesamtkosten von 593.900 DM durchgeführt.

Die Schülerbeförderung für rund 10.000 Fahrschüler im Landkreis erforderte im Jahr 2000 rund 8 Mio. DM an Beförderungskosten.

Es wurden Schulkostenbeiträge an die Träger der Sekundarstufe I im Landkreis in Höhe von rund 5 Mio. DM gezahlt. Die Schulkostenbeiträge an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte beliefen sich auf ca. 1,2 Mio. DM.

Die Vergabe von 387.000 DM Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die Träger der Erwachsenenbildung erfolgte nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz.

Des Weiteren wurden entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz i. V. m. d. Richtlinien zur Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler Mittel in Höhe von 78.900 DM an die Auszubildenden ausgereicht, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen.

Wie in den vorangegangenen Jahren konnte auch im Jahr 2000 den Trägern der Grundschulen im Landkreis, die den 3. Klassen das Schulschwimmen ermöglichten, eine Bezuschussung zu den anfallenden Kosten für die Nutzung der Schwimmhallen oder Freibäder gewährt werden. Die finanziellen Belastungen der Träger der Grundschulen wurden dadurch verringert und die Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen entsprechend dem schulischen Rahmenplan gefördert.

Aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden in den Wohnheimen des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming wurde die Wirtschaftlichkeit dieser Einrichtungen analysiert mit dem Ergebnis, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 10.07.2000 die Schließung des Wohnheimes in Ludwigsfelde zum 31.12.2000 und die Weiterbetriebsung des Wohnheimes in Luckenwalde mit einer Kapazität von 55 Plätzen beschloss. Die damit eingesparten finanziellen Mittel können dann gezielt zur Erhöhung der Qualität des Wohnens im Wohnheim Luckenwalde verwandt werden.

Durch die am 06.11.2000 im Kreistag beschlossene Satzung zur Benutzung von Sporthallen außerhalb des Schulbetriebes wird der Nutzungszweck der Sporthallen auf Nutzer, wie die Sportvereine, Sportverbände aber auch nicht vereinsgebundene Sportgruppen, ab 01.01.2001 erweitert. Gleichzeitig ist für die Benutzung der Sporthallen einschließlich der Nebenräume eine entsprechende Gebührensatzung erlassen worden.

Sachgebiet 2 - Schulentwicklungsplanung, Unterhaltung der Einrichtungen

Im September 2000 wurde nach einjähriger Bauzeit der I. Bauabschnitt - Umbau des Gebäudes der ehemaligen V. Grundschule zum Hauptsitz des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming und Anbau einer Cafeteria in Luckenwalde, An der Stiege 1 - abgeschlossen. Die Baukosten betragen 4,64 Mio. DM und wurden mit GFG-Mitteln durch den Landkreis finanziert.

Für den II. Bauabschnitt - Umbau des Gebäudes und Erschließung sowie Erneuerung der Außenanlagen - sind 8,42 Mio. DM vorgesehen. Mit der Fertigstellung der Bauarbeiten, vorbehaltlich eines zügigen Bauablaufs im Jahr 2001, wird der Beschluss des Kreistages Nr. 244 vom 15.01.1996 verwirklicht, den Standort des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming in Luckenwalde zukunftsorientiert auszubauen.

Die Turnhalle am Standort des Oberstufenzentrums Ludwigsfelde, Am Birkengrund 1, wird mit einem Kostenaufwand von einer Mio. DM saniert. Die Bauarbeiten einschließlich Anbau eines dringend erforderlichen Geräteraumes sollen im Juni 2001 abgeschlossen werden.

Die Allgemeine Förderschule "J. H. Pestalozzi" in Luckenwalde erhält eine Einfeldschulsporthalle. Mit dem Neubau wurde auf dem Schulgelände im Mai 2000 begonnen. Die Fertigstellung erfolgt bis Juli 2001. Das auf dem Schulgelände vorhandene ehemalige Wohnheim wird zu Unterrichtsräumen umgebaut. Der Kostenrahmen beläuft sich auf zwei Mio. DM. Damit werden die Anforderungen des Raumprogrammes erfüllt. Die Fertigstellung ist für den Monat Februar 2001 vorgesehen.

In der Förderschule für geistig Behinderte in Groß Schulzendorf kann nach dem Umbau des ehemaligen Wohnhauses zu Unterrichtsräumen, der von Mai bis November 2000 erfolgte, die bisher vorhandene Raummenge verringert werden. Des Weiteren entsteht durch Neubau ein Gymnastikraum mit den erforderlichen Nebenflächen. Die Gesamtbaumaßnahme umfasst eine Mio. DM.

In der Allgemeinen Förderschule "J. H. Pestalozzi" in Jüterbog, Schulstraße 1-2, nutzen die Schüler seit September 2000 die im Schulgebäude neu entstandene Toilettenanlage. Das auf dem Schulhof vorhandene desolate Toilettengebäude wurde abgerissen. Die Kosten belaufen sich auf ca. 210 TDM. Als Grenzbebauung wurde zum Nachbargrundstück eine Mauer mit vier Feldern errichtet, die die Lehrer und Schüler selbst farblich mit Motiven der vier Jahreszeiten gestalten werden, um somit dem Schulhof ein freundliches Ansehen zu geben.

Im Goethe-Schiller-Gymnasium in Jüterbog, Haus I, wurden mit Beginn der Sommerferien die naturwissenschaftlichen Räume für Chemie und Biologie mit einem baulichen Aufwand in Höhe von ca. 282 TDM modernisiert.

Die Außenanlagen des Friedrich-Gymnasiums in Luckenwalde, Parkstraße 59, wurden in den Sommerferien neu angelegt. Damit entstanden auch die erforderlichen Außensportanlagen. Die Gesamtmaßnahme beläuft sich auf ca. 500 TDM.

Sachgebiet 3 - Kreisvolkshochschule

Im Jahre 2000 realisierte die Kreisvolkshochschule für den Landkreis Teltow-Fläming den Hauptanteil der Weiterbildungsgrundversorgung. Diese wurde mit Landesmitteln in Höhe von 324.136,00 DM gefördert.

Zusätzlich zum traditionellen Weiterbildungsprogramm für das Frühjahrs- und Herbstsemester wurde in diesem Jahr erstmals ein Programm "Bildungssommer 2000" als Gemeinschaftsprojekt mit den Volkshochschulen benachbarter Landkreise und weiteren anerkannten Bildungseinrichtungen angeboten. In den Monaten Juni bis August 2000 wurde den Einwohnern der Region wie auch den Gästen ein attraktives Bildungsangebot unterbreitet, das aufgrund der Schulferien verstärkt Kompakt-kurse und Tagesmaßnahmen in den kreiseigenen Unterrichtsräumen ermöglichte und mit kulturellen, heimat- und naturkundlichen Angeboten dem besonderen Charakter eines Sommerprogramms Rechnung trug.

Somit konnte das Kurs- und Vortragsangebot der KVHS mit insgesamt 13.662 Unterrichtsstunden und 8.752 Teilnehmern in den einzelnen Fachbereichen wie folgt realisiert werden:

Politik - Gesellschaft - Umwelt	234 Unterrichtsstunden
Kultur - kreatives Gestalten	2.634 Unterrichtsstunden
Gesundheitsbildung	2.219 Unterrichtsstunden
Sprachen	5.368 Unterrichtsstunden
Berufliche Bildung	3.207 Unterrichtsstunden

Außerdem hat im September 2000 ein neues zweijähriges Telekolleg begonnen, welches mit Konsultationsstandort Luckenwalde berufsbegleitend zur Fachhochschulreife führt.

Im Rahmen der Brandenburger Medienoffensive m.a.u.s. übernimmt die Volkshochschule in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg, Außenstelle Kloster Zinna, die technisch orientierte Lehrerfortbildung für rund 700 Lehrer im Landkreis Teltow-Fläming. Die ersten fünf Kurse (mit je 50 Unterrichtsstunden) konnten bereits erfolgreich abgeschlossen werden, weitere sind ange laufen.

Für die Weiterbildungseinrichtungen war das bundesweite "Lernfest 2000" am 08.09.2000, dem Weltalphabetisierungstag, und an den Tagen davor und danach ein besonderer Höhepunkt. Unter dem Motto "Mit Weiterbildung Zukunft gestalten" initiierte der regionale Weiterbildungsbeirat Teltow-Fläming im Kreishaus in Luckenwalde eine Bildungsmesse. 20 Bildungs- und Kultureinrichtungen, Informations- und Beratungsstellen beteiligten sich mit einem vielfältigen Angebot. Im Mittelpunkt des ersten Veranstaltungstages stand ein jugendpolitisches Forum zum Thema "Der Jugend gerecht werden" mit 240 Jugendlichen aus Schulen des Landkreises, Vertretern aus Jugendklubs und Freizeittreffs, aus Ämtern und Behörden, Elternvertretern und Lehrern. Ausgehend von der Magdeburger Initiative gegen Jugendgewalt wurden Konzepte und Erfahrungen der Jugendarbeit diskutiert. Dabei kamen vor allem die Jugendlichen selbst mit ihren Fragen, ihren Vorschlägen und Plänen zu Worte. Sie erfüllten zur Eröffnung des Forums und in den Tagungspausen das Kreishaus mit Leben, ganz im Sinne eines Lernfestes für alle Beteiligten und im Stile eines offenen, bürgernahen Verwaltungshauses.

Auf vielfältige kulturelle Aktivitäten im Landkreis, die durch das **Kulturamt** veranstaltet, initiiert oder gefördert wurden, kann der Landkreis auch im Jahr 2000 zurückblicken. Informations- und Werbeträger dafür ist der monatlich vom Kulturamt herausgegebene Veranstaltungskalender.

Traditionsgemäß fand in den großen Ferien die Sommerwerkstatt für 40 künstlerisch interessierte Kinder unseres Landkreises statt. Diesmal unter dem Thema "Feuer-Erde-Wasser-Luft" im Schullandheim "Märkisches Wanderdorf" am Siethener See.

Durch die finanzielle Förderung des Kulturamtes an Kulturvereine, Gruppen, einzelne Künstler oder an Gemeinden konnten die unterschiedlichsten kulturellen Aktivitäten unterstützt werden. So wurden insgesamt 48 Anträge positiv beschieden und 50 TDM dafür vergeben, so u.a. für den Museumsführer für den Landkreis Teltow-Fläming, das Glashüttefest, die Konzertreihe "Wege zu Bach", das Fest des Liedes, das Blues und Boogie Festival in Jüterbog sowie Jubiläen im Bereich von Brauchtum- und Heimatpflege.

Zur Förderung von Künstlern konnte das Kulturamt neben sieben Ausstellungen in der Kleinen Galerie Zossen und weiteren im Museum des Teltow in Wünsdorf auch mit der Unterstützung verschiedener Ausstellungsprojekte beitragen.

Die Förderung von kulturellen Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung half auch im Jahr 2000 mit, das Museumsdorf Glashütte, das Bauernmuseum Blankensee, das Museum Kloster Zinna, das Stadttheater Luckenwalde, die Theater- und Konzertstätte Jüterbog sowie das Heimatmuseum Luckenwalde als kulturelle Grundsubstanz zu erhalten und zu stabilisieren. Das trifft ebenfalls auf die Kultureinrichtungen, die sich in kreislicher Trägerschaft befinden, zu.

So trug z.B. die kontinuierliche Entwicklung der Ensemblearbeit in der Kreismusikschule dazu bei, dass die Big-Band, das Gitarrenorchester und besonders der Pop-Chor über die Grenzen des Landkreises hinaus bekannt und populär wurden. Höhepunkt für alle waren dabei neben zahlreichen lokalen Veranstaltungen das Kulturprogramm zur Einweihung des neuen Kreishauses, die Teilnahme am Rock-Pop-Festival in Strausberg, die Inszenierung des Kindermusicals "Ritter Rost" im Stadttheater Luckenwalde sowie die Auftritte des Popchores zur Expo in Hannover und zur Präsentation des Landes Brandenburg in Hamburg.

Ein weiterer Höhepunkt war die Einweihung der neuen Außenstelle der Kreismusikschule in Wünsdorf-Waldstadt.

In diesem Jahr konnte der bereits achte Jahrgang des Heimatjahrbuches für den Landkreis Teltow-Fläming durch das Kulturamt herausgegeben werden. Auf 152 Seiten in insgesamt 23 sehr unterschiedlichen Beiträgen wird über Sehens- und Wissenswertes aus Vergangenheit und Gegenwart des Landkreises berichtet.

Die Kreis- und Stadtbibliothek setzte die mit dem Brandenburgischen Literaturbüro gemeinsam initiierte Veranstaltungsreihe "Luckenwalder Literaturgespräche" fort und konnte zu den Lesungen mit Michael Degen, Friedhelm Brebeck, Eva-Maria Hagen in der Luckenwalder Kunsthalle rund 500 Besucher begrüßen.

Das Museum des Teltow in Wünsdorf widmete sich in einer umfangreichen Ausstellung der Geschichte der Ziegelindustrie im Landkreis und ihrer Bedeutung für den Bau der Metropole Berlin. Vorträge und Exkursionen fanden ergänzend dazu statt.

Für die Förderung im Bereich Denkmalschutz und Denkmalpflege stellte der Landkreis im Jahr 2000 165 TDM zur Verfügung. Damit konnten im Vorjahr bereits begonnene Restaurierungsarbeiten fortgesetzt werden. Stellvertretend genannt werden sollen hier die Restaurierung des Schlosses Stülpe und Instandsetzungsmaßnahmen an zahlreichen denkmalgeschützten Siedlungshäusern in Luckenwalde sowie an verschiedenen Dorfkirchen.

Ein Höhepunkt war auch in diesem Jahr der Tag des offenen Denkmals, an dem zahlreiche Denkmale im Landkreis interessierten Bürgern zugänglich gemacht wurden. Besonders zu erwähnen ist hier die Veranstaltung in der ehemaligen Hutfabrik Luckenwalde (Mendelsohnhalle) mit einer Ausstellung zur Geschichte dieses Industriedenkmals, einer Hutmodenschau und verschiedenen musikalischen Beiträgen.

Ein weiteres Amt im Dezernat III, über dessen Arbeit zu berichten ist, ist das **Sozialamt**.

Im Jahr 2000 wurden den Landkreisen und kreisfreien Städten gemäß § 16a i.V.m. § 30 Abs. 3 Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) Mittel zur Stärkung der sozialen Dienste zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Der Landkreis Teltow-Fläming hat in diesem Zusammenhang einen Zuweisungsbetrag in Höhe von 1.654.950 DM erhalten. Zur Mittelverwendung sind nach Vorlage der Zuweisungskriterien des Landes Brandenburg neue Grundsätze zur Förderung von ambulanten sozialen Diensten im Landkreis Teltow-Fläming gemäß der zentralen sozialpolitischen Zielstellung, die da lautet: Alte, hilfs- und pflegebedürftige, behinderte und chronisch kranke Menschen sollen ihrem Wunsch gemäß möglichst lange in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung leben können, erarbeitet worden. Es muss verhindert werden, dass Alter, Behinderung, Pflegebedürftigkeit, chronische Erkrankung sowie besondere soziale Schwierigkeiten, insbesondere im Bereich Wohnen, die Betroffenen an den Rand der Gesellschaft drücken. Daher ist den Betroffenen durch Angebote für ihre Zielgruppe, aber auch durch die Einbeziehung in zielgruppenübergreifende Angebote die Möglichkeit zur Selbsthilfe, zu Kontakten, Aktivitäten und Geselligkeit zu erhalten. Darüber hinaus sollen die Ressourcen der Familien, der Nachbarschaften und der weiteren sozialen Umgebung zur Hilfe und Unterstützung gestärkt werden. All diese Punkte haben in den erarbeiteten Grundsätzen des Landkreises Teltow-Fläming Beachtung gefunden. Leistungserbringende Dienste im Landkreis wurden im Jahr 2000 entsprechend gefördert.

Für den Umbau und die Sanierung des ehemaligen Krankenhauses in Mahlow als Altenpflegeheim stellte der Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 2000 eine Zuwendung in Höhe von 368.960 DM bereit. Auf der Grundlage des Landespflegegesetzes und

der Pflegeinvestitionsverordnung gehört die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Investitionsprogrammes-Pflege des Landes Brandenburg ebenfalls zu den Aufgaben des Landkreises. So ist für die Schaffung des Betreuten Wohnens im Heim gemäß der dazu erlassenen Landesrichtlinie eine Beteiligung der Landkreise an den Baukosten in Höhe von 20 v.H. vorgesehen.

Als ein weiteres Ergebnis der Tätigkeit des Sozialamtes des Landkreises Teltow-Fläming ist die Förderung von 250 Arbeits- bzw. Projektplätzen in 17 Projekten „Arbeit statt Sozialhilfe“ zu benennen. Bei dieser Maßnahme handelt es sich um die Bezuschussung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gemäß der dazu erlassenen Landesrichtlinie „Arbeit statt Sozialhilfe“. Nach der benannten Richtlinie können Arbeitsplätze für arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen gefördert werden, die ihren Lebensunterhalt ganz oder überwiegend aus Sozialhilfemitteln bestreiten, wenn sie darüber hinaus alleinerziehend oder schwerbehindert bzw. 45 Jahre und älter sind oder es sich um Jugendliche bzw. junge Erwachsene im Alter bis zu 25 Jahren handelt.

Nachstehend aufgeführte Träger haben sich der vorbenannten Aufgabe gestellt und daneben die vielschichtigen Probleme, die mit der Integration von besonderen Zielgruppen, wie Spätaussiedler, ehemalige Strafgefangene, Obdachlose, Suchtgefährdete usw. anstehen zur vollsten Zufriedenheit gelöst:

- Bildungswerk FUTURA e.V.
- Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Arbeitnehmer mbH Neuheim (NEUBA)
- Arbeitslosenservice Jüterbog
- gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Waldstadt (GAG)
- Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Ludwigfelde mbH (GAB)

Darüber hinaus wurde ein Projekt der LUBA in Zusammenarbeit mit der Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH (EWZ) für elf Teilnehmer/innen durchgeführt. Im Jahr 2000 konnten erstmals zwei Maßnahmen, insbesondere für benachteiligte Jugendliche mit dem Arbeitsamt gemeinsam begonnen und gefördert werden. In diesen Projekten fanden 35 jugendliche Teilnehmer/innen aus dem Bereich Luckenwalde Aufnahme.

Insgesamt konnten im Jahr 2000 296 Arbeits- bzw. Projektplätze bezuschusst werden. Des Weiteren unterstützte der Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 2000 neun Anleiterstellen für gemeinnützige Arbeiten, in denen Sozialhilfeempfänger vorübergehend beschäftigt wurden. Durch diese Maßnahme war es möglich, durchschnittlich weitere 200 Hilfeempfänger im kommunalen Bereich für eine Entlohnung von 2,00 DM/Stunde, z.B. für Pflege- und Aufräumarbeiten, einzusetzen. Für die Hilfe zur Arbeit sind im Haushaltsjahr 2000 kreisliche Mittel in Höhe von 4.050.000,00 DM bereitgestellt worden.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist oberstes Ziel und gemeinsames Anliegen des Arbeitsamtes und des Sozialhilfeträgers. Die Erfahrungen zeigen, dass die Hilfe zur Arbeitsvermittlung aufgrund des Zuwachses, insbesondere an jugendlichen Sozialhilfeempfängern intensiviert werden muss. In diesem Zusammenhang sind mit den Dienststellenleitern der Arbeitsämter Luckenwalde und Zossen neue Methoden entwickelt worden. Hierbei geht es um die Errichtung von gemeinsamen Vermittlungsbüros in jedem Arbeitsamt. Über Strukturanpassungsmaßnahmen sollen dafür zwei Personalstellen bei der Service-Agentur eingerichtet werden, deren Kofinanzierung durch Landes- und Kreismittel sichergestellt werden. Beabsichtigt ist, dass die entsprechenden Mitarbeiter Hand in Hand mit den Fachkräften der Arbeitsämter, der Sozialämter der Ämter und amtsfreien Städte und Gemeinden sowie des Landkreises sich darum bemühen, geeignete Arbeitsstellen für Hilfeempfänger ausfindig zu machen und diese entsprechend vermitteln. Nach Abschluss der Vorbereitungsmaßnahmen werden die Vermittlungsstellen im Januar 2001 aller Voraussicht nach ihre Arbeit aufnehmen.

Neben den üblichen Tätigkeiten der laufenden Aktenbearbeitung und Sozialhilfegewährung mussten folgende zusätzliche Aufgaben im Jahr 2000 im Sozialamt bewältigt werden:

Aufgrund jüngster Rechtsprechung waren zum § 103 BSHG a.F. (Begründung eines gewöhnlichen Aufenthaltes i.S.d. § 97 Abs. 2 BSHG bei sog. Altfällen) die gewöhnlichen Aufenthalte vor Aufnahme für alle Hilfeempfänger in vollstationären Einrichtungen zu überprüfen. Hierzu mussten bundesweite Recherchen bei Einrichtungen, Einwohnermeldeämtern, Betreuern und teilweise den Hilfeempfängern selbst angestellt werden. Dies war umso schwieriger, da es unter Beachtung der Ausschlussfristen des SGB X erforderlich wurde, in zwölf Fällen zeitnah Erstattungsansprüche gegen andere Bundesländer zu stellen und in diesen Fällen zur Vermeidung der Verjährung fristgerecht Klage vor dem Verwaltungsgericht zu erheben. Ferner galt es, die Übernahme dieser zwölf Sozialhilfefälle in die Zuständigkeit gem. § 97 Abs. 2 BSHG zu bewirken.

Gleichzeitig machten andere Bundesländer 17 Erstattungsansprüche gegen das Sozialamt des Landkreises Teltow-Fläming geltend, die dem Grund und der Höhe nach geprüft werden mussten.

Aufgrund der Änderung des AG-BSHG für das Land Brandenburg erfolgte per 01.07.00 die Übernahme und Bearbeitung der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten gem. § 72 BSHG bezüglich der Hilfe für Nichtsesshafte. Diese Hilfen wurden bisher im Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus bearbeitet.

Die folgenden Ausführungen zum **Jugendamt** geben detailliert Auskunft über die Aktivitäten und Entwicklungen in diesem Amt.

Im Ergebnis zweier interner Organisationsuntersuchungen wurde die Verwaltungsstruktur im Unterhaltsbereich effektiv gestaltet. Jeder Arbeitsplatz erhielt einen eigenen PC. Die Software wurde durch die Bereitstellung eines speziellen Programmes zur Unterhaltsberechnung und um die Rechtsprechung-Datenbank zum Familienrecht erweitert. Durch die Erarbeitung von Vordrucken und die Bereitstellung einer Textdatei konnten die Ausgaben für Vordruckbestellungen reduziert werden.

In Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden wurde den Bürgern das Unterhaltsrecht erläutert und Informationen zum Bundeserziehungsgeldgesetz gegeben.

Nach Statistik des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zum Unterhaltsvorschuss zeigt sich ein im Vergleich der Zahl- und Rückgriffsfälle interessante Entwicklung:

	1995	1997	1999
Zahlfälle	1.110	1.491	1.222
Rückgriffsfälle	543	907	1.441

Im Jahr 2000 wurden 3.141.998 DM an Unterhaltsvorschussleistungen ausgegeben, die zu einem Drittel Bundes- und zu zwei Dritteln Landesmittel sind.

Die Unterhaltsrückforderungen beliefen sich auf 415.341 DM, wobei zu bemerken ist, dass sich die Rückgriffsquote kontinuierlich erhöht hat.

	1995	1997	1999
	8,31 %	9,43 %	11,0 %

Auch im Bereich der erzieherischen Hilfen finden amtsintern Strukturüberprüfungen statt, die mit der 3. Teilplanung Jugendhilfe einhergehen. Stationäre Hilfen sind sehr kostenintensiv. Deshalb wurde im Jahr 2000 der ambulanten Betreuung größere Aufmerksamkeit entgegengebracht. Es gelang, die Tätigkeit bei freien Trägern für Einzelfall- und Familienhilfe um 60 Arbeitsstunden zu erhöhen, so dass vor allem im bevölkerungsstarken Norden kurzfristiger Hilfen angeboten werden konnten. Neben den neun bei freien Trägern angestellten Helfern mussten jedoch vom Jugendamt mehr Einzelverträge als im Vorjahr mit Honorarkräften abgeschlossen werden, insgesamt 16, um den gestiegenen Bedarf decken zu können. Hier wirkte sich das "630 DM-Gesetz" hinderlich aus, weil je Familienhelfer nur jeweils eine Familie zugeordnet werden durfte.

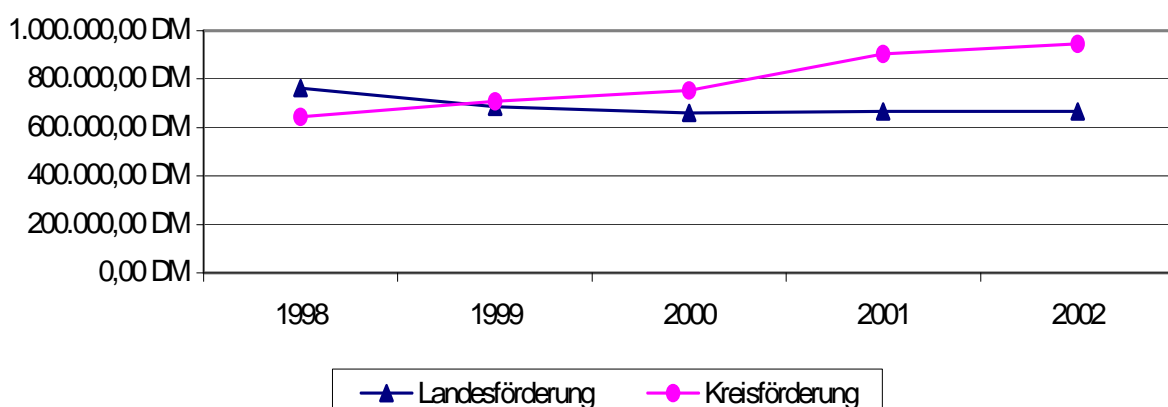
Die Frühförderung von Kindern mit Entwicklungsproblemen und die wirksame Arbeit mit dem Kind in Regelkindertagesstätten waren Themen, die ansatzweise zur Vernetzung der Bereiche Kita-Fachberatung und sozialpädagogische Hilfen führten. Durch die Novelle des Kita-Gesetzes ergeben sich weitere Ansatzpunkte, die es im nächsten Jahr auszugestalten gilt.

Die Kita-Novelle wurde durch die auch bei Trägern und Eltern entstandenen Unsicherheiten zu einem Arbeitsschwerpunkt für das Jahr 2000. Erste Veränderungen traten zum 01.07.2000 in Kraft, weitere zum 01.01.2001. Ab 01.01.2001 sind die Kommunen Leistungsverpflichtete zur Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz. Für zwei Jahre wird für den kreislichen Anteil zur Finanzierung der Haushaltsansatz des Landkreises aus 1999 zu Grunde gelegt. Danach soll eine landesrechtliche Regelung greifen, die bis dahin noch zu erarbeiten ist. Die Beratung von Trägern, Erfahrungsaustausche und die schnelle Weitergabe von Materialien waren äußerst wichtig, um unsachlichen Diskussionen vorbeugen und Trägern Hilfestellung geben zu können. Aufgabe der Kita-Praxisberatung muss es sein, die Träger bei der Suche nach neuen Konzepten und Alternativen zu unterstützen, um den Bedarfen eines jeden Kindes weitgehend gerecht werden zu können, aber auch Tagespflege und andere Formen aufzubauen.

Die diesjährige Fachtagung mit dem Thema: "Wie lernen Kinder heute, was sie morgen brauchen?" und auch die sie begleitende Ausstellung führten bereits zu regem Austausch zu Konzepten, Projekten und Innovationen.

Dem Anspruch gemäß § 11 SGB VIII (Jugendarbeit) wird das Jugendamt durch die fachliche Beratung von öffentlichen und freien Trägern gerecht. Schwerpunkt in diesem Jahr war die Analyse der Bedarfe, Angebote und Veränderungsnotwendigkeiten für die Weiterführung der Förderung gemäß dem 610-Stellen-Programm im Landkreis. Vor allem ging es um Konzeptberatung, die Erarbeitung von Zielen und deren inhaltliche Umsetzung. Dazu waren verstärkt Gespräche mit Trägern erforderlich. In Zusammenarbeit mit ihnen wurden Kriterien zur Bestimmung von Qualität in Freizeiteinrichtungen erarbeitet. Diese dienen nun dem Träger zur Analyse seiner Arbeit, als Instrument zur Entwicklung und Sicherung von Qualität, aber auch als Grundlage für die Vergabe von Fördergeldern und zur weiteren Gestaltung der Jugendhilfeplanung. Der Jugendhilfeausschuss sprach sich dafür aus, auch in den Jahren 2001 und 2002 35 Stellen aus dem 610-Stellen-Programm zu fördern, die in Freizeiteinrichtungen, in Schulsozialarbeit, Streetwork aber auch im Sport angesiedelt sind. Diese Stellen werden von kommunalen und freien Trägern besetzt und durch eine Kofinanzierung von Land, Kreis, Kommune und ggf. freien Trägern kofinanziert. Der Kreistag beschloss, dafür die entsprechenden Gelder bereitzustellen.

Die für die ab 1997 besetzten 35 Stellen ausgegebenen Landes- und Kreismittel veranschaulicht das Diagramm.



In den zwei regionalen Arbeitsgruppen, in denen Vertreter von freien und kommunalen Trägern mitarbeiten, wurden relevante, ausgewählte Themen aus den Arbeitsbereichen der offenen Jugendarbeit diskutiert, wie

- akzeptierende Jugendarbeit oder
- Einsatz von Medien.

Im Vordergrund stand in diesem Jahr die Qualifizierung der Jugendarbeit und die Arbeit an inhaltlichen Schwerpunkten, wie Gestaltung von Sachberichten, Qualitätskriterien für Sachberichte und Freizeiteinrichtungen, Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.

Übersicht über Freizeiteinrichtungen im Landkreis Teltow-Fläming
(Stand: 30.10.2000, die Zahl in der Klammer zeigt den Stand 31.12.1997)

Art der Einrichtung	insgesamt	davon in	
		kommunaler Träger-schaft	freier Trägerschaft
Freizeittreff/Jugendclub	22 (23)	13 (13)	9 (10)
Jugendräume	70 (47)	65 (42)	5 (5)
Gesamt	92 (70)	78 (55)	14 (15)

Sieben Stellen (von 35) aus dem 610-Stellenprogramm werden für Schulsozialarbeit vorgehalten. Die Kriterien für die Vergabe dieser Stellen erarbeitete das Jugendamt in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt, mit Schulleitern und Trägern von Schulsozialarbeit. Es gilt in den nächsten zwei Jahren - gemessen am Bedarf - die Standorte zu überprüfen sowie der Qualitätsentwicklung und -sicherung höhere Aufmerksamkeit zu schenken.

In der Jugendberufshilfe kommt einer verstärkten Kooperation zum Arbeitsamt große Bedeutung zu, um von den Fördermöglichkeiten des Europäischen Sozialfonds partizipieren zu können. Am 01.09.2000 begannen zehn Jugendliche eine außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahme nach § 241 Abs. 2 SGB III, die vertraglich zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und einem freien Träger vereinbart werden konnte. Die Kofinanzierung des zusätzlichen sozialpädagogischen Förderbedarfes übernimmt das Jugendamt.

Streetwork ist gegenwärtig nicht aus der Jugendarbeit wegzudenken. Nicht alle Jugendlichen fühlen sich von Freizeiteinrichtungen und anderen Freizeitangeboten angezogen. Auch Schwellenängste spielen hierbei eine Rolle. Durch Streetwork erfolgt aufsuchende Jugendarbeit. Die Streetworkerin berät, begleitet, vermittelt weitere Ansprechpartner, gibt Unterstützung oder bietet selbst Freizeitprojekte an. Der auch mit Unterstützung der Streetworkerin in Blankenfelde durchgeführte alternative Abend unter dem Motto *"Ohne Rausch geht's auch - drogenfrei und Spaß dabei"* wurde von ca. 70 jungen Menschen angenommen. Durch den Einsatz eines zweiten Streetworkers im Kreisgebiet können weitere Schwerpunkte in der aufsuchenden Jugendarbeit gesetzt werden.

Im Jahr 2000 konnte die Teilplanung für den Bereich Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz beendet und durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen werden. Aus der Jugendhilfeplanung werden die Bedarfe deutlich. Um Jugendarbeit bedarfsgerecht anbieten zu können, ist eine entsprechende Förderung sowohl für kommunale als auch für freie Träger notwendig.

Im Jahr 2000 wurden Landesmittel in Höhe von ca. 762 TDM an die Träger der Jugendhilfe weitergegeben. Der Landkreis beteiligte sich an der Förderung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz mit Zuwendungen in Höhe von 1.228.480 DM. Mitarbeiter des Jugendamtes nahmen am Projekt des Landes "Förderung von Beratungsangeboten" mit den Schwerpunkten: Entwicklung von Qualitätsstandards im Rahmen der Schulsozialarbeit für die Handlungsinhalte Beratung, Freizeitarbeit und Gruppenarbeit, Erhöhung des beruflichen Selbstverständnisses in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und Entwicklung von Qualitätsstandards für die Arbeitsfelder der offenen Jugendarbeit teil. Das Projekt wurde vom Land mit 12.127 DM gefördert, der Landkreis gab ca. 4.000 DM dazu.

Weitere Förderbereiche waren:

Förderprogramm	Anzahl der Anträge	Bewilligungen	Kreisförderung
Freizeit- und Ferienmaßnahmen	37	28	26.400,00 DM
Internationale Begegnungen	0	0	0,00 DM
spezifische Angebote	14	6	2.780,00 DM
Jugendschutzaktionen	2	2	1.200,00 DM
Jugendpflegematerial	14	10	7.227,00 DM
Ehrenamtliche Mitarbeiterschulungen	4	2	171,00 DM
	Anzahl der Projekte	Landesförderung	Kreisförderung
Förderung von außerschulischen Bildungsmaßnahmen	13	13.925,00 DM	1.368,00 DM

Die außerschulischen Bildungsmaßnahmen wurden bisher relativ gut angenommen. Eingeschätzt wird jedoch, dass das Angebot von qualitativ guten Bildungsmaßnahmen unbedingt ausgebaut werden muss. Wie der Tabelle zu entnehmen ist, wird den internationalen Begegnungen nicht die notwendige Aufmerksamkeit zuteil. Kein Träger im Landkreis hat diese Maßnahme bisher im Angebot. Im Jahr 2001 gilt es hier einen Schwerpunkt zu setzen. Durch den Umgang mit fremden Kulturen, den Abbau der Ängste vor Fremdem kann dem Fremdenhass entgegengewirkt werden. Im Rahmen des Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg" konnten elf Projekte mit insgesamt 12.000 DM Landesmitteln gefördert werden.

Im Rahmen der Sportförderung, die dem Jugendamt zugeordnet ist, wurden Vereine finanziell bei der Ausgestaltung von Sportveranstaltungen, der Übungsleiterausbildung sowie beim Kauf von Sportmaterialien unterstützt.

In insgesamt 157 Sportvereinen sind 16.021 Mitglieder organisiert, darunter ca. 43 % Kinder und Jugendliche.

Gemeinsam mit dem Kreissportbund, den Schulsportkoordinatoren, Kommunen und ortsansässigen Sportvereinen beteiligte sich der Landkreis an der Initiative "Meile 2000 für Toleranz", zu der der Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und der Präsident des Landessportbundes Brandenburg aufgerufen hatten. In vier Veranstaltungen mit ca. 2.000 Teilnehmern wurde so ein Zeichen für Menschlichkeit und Toleranz gesetzt.

Auf der Grundlage des Bundesseuchengesetzes erhielt im Jahr 2000 das **Gesundheitsamt** 1.700 Meldungen von übertragbaren und anderen Erkrankungen, davon 683 infektiöse Magen-Darm-Erkrankungen. Entsprechende Ermittlungen, Aufklärungen und Auswertungen sowie Veranlassung von Schutzmaßnahmen wurden durch das Gesundheitsamt eingeleitet. Besonders umfangreich waren wieder die Ermittlungen bei Häufungen von Salmonelleninfektionen, wie z. B. bei 21 Erkrankungen nach dem Essen anlässlich einer gemeinsamen Feier. Zunehmend wird das Auftreten von Keuchhustenerkrankungen bei Jugendlichen und Erwachsenen beobachtet. Im Jahr 2000 wurden 70 Erkrankungen gemeldet. Ursache ist der unzureichende Durchimpfungsgrad. Ein besonderer Schwerpunkt in der Arbeit des Gesundheitsamtes war im 2. Halbjahr die Vorbereitung auf das ab 01.01.2001 gültige neue Infektionsschutzgesetz.

Es wurden 52 zentrale Wasserversorgungsanlagen (Wasserwerke) durch Prüfungen und Kontrollen überwacht. Bakteriologische Grenzwertüberschreitungen, die im Einzelfall festgestellt wurden, waren bei den Nachkontrollen nicht mehr zu beanstanden. Besonderes Augenmerk wurde auf die Problematik der biologischen Belastung der Trinkwasserversorgungssysteme in Rangsdorf und Dahlewitz gelegt. Im Rahmen der Kontrollen und Beprobungen von Eigen- und Einzelwasser-versorgungsanlagen lagen dem Gesundheitsamt 261 Trinkwasseruntersuchungsergebnisse vor. 95 % dieser Anlagen entsprachen nicht den Qualitätsanforderungen der Trinkwasserversorgung. Neben Grenzwertüberschreitungen bei Eisen und Mangan bei einer Vielzahl von Brunnen lagen bei einigen Brunnen erhöhte Werte für die Stickstoffverbindungen Nitrit und Nitrat vor. Es erfolgte eine Bewertung der Grenzwertüberschreitungen und die Nutzer wurden entsprechend beraten. Nach wie vor ist der Anschluss an zentrale Wasserversorgungsanlagen anzustreben.

Während der Badesaison wurden 16 Badestellen an Gewässern entsprechend den Vorgaben des Gesundheitsministeriums vom Gesundheitsamt kontrolliert und überwacht. Wie in den vergangenen Jahren bestand an fast allen Badestellen Verminderung der Sichttiefe und zum Teil massives Algenwachstum. Für den Rangsdorfer See

erteilte das Gesundheitsamt Badeverbot. Für zwei weitere Seen wurden Warnungen ausgesprochen und Warntafeln aufgestellt. Bakteriologische Beanstandungen konnten nicht während der Badesaison festgestellt werden.

Das Gesundheitsamt erstellte zahlreiche umwelthygienische Stellungnahmen zu Planungsvorhaben. Insbesondere für die Beurteilung von gesundheitlichen Gefahren waren zum Teil umfangreiche fachliche Recherchen erforderlich (z. B. Flughafen Schönefeld, Putenmastanlage in Diedersdorf).

Zunehmend wurden Innenraumluftprobleme vom Gesundheitsamt beurteilt. In drei Schulen mussten Fachgutachten in Auftrag gegeben werden. Aus Vorsorgegründen wurden entsprechende Festlegungen für die betroffenen Räume veranlasst. Im häuslichen Bereich kam es vorwiegend zu Beurteilungen von Feuchtschäden und Schimmelpilzbelastungen.

Im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst erfolgte bis zum September 2000 (Schuljahr 1999/2000) die Untersuchung von insgesamt 4.013 Schüler der 6. und 10. Klassen, um gesundheitliche Störungen und Behinderungen zu erkennen und bei kontroll- oder behandlungsbedürftigen Befunden Überweisungen an die entsprechenden Fachärzte zu veranlassen. Es wurden 1.035 Schulanfänger untersucht und beurteilt. Insgesamt 3.151 Kinder und Jugendliche erhielten Impfungen. Die Sozialarbeiterinnen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes führten 741 Hausbesuche durch.

16.592 Kinder und Jugendliche im Alter von 2 bis 16 Jahren konnten im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen im Schuljahr 1999/2000 untersucht werden. Mit Prophylaxe-Maßnahmen wurden 12.700 3 bis 12-jährige Kinder erreicht. 1.128 Kinder erhielten eine zweite Fluorid-Lack-Pinselung, die zur Kariesreduktion von 30 bis 60 % führte.

Die Zahl der betreuten Personen im sozialpsychiatrischen Dienst ist sowohl im Bereich psychisch Kranke als auch Suchtkranke wie in den vergangenen Jahren gleichbleibend. Zunehmend ist der Arbeitsumfang pro betreuter Person, ebenso die Zahl der Hausbesuche des sozialpsychiatrischen Dienstes. Die Mitarbeiter stellten sich fachlich auf die zunehmende Inanspruchnahme von Konsumenten illegaler Drogen sowie die Beratung von betroffenen Eltern ein. Es wurde die Bildung einer ersten Selbsthilfegruppe für Jugendliche mit Drogenerfahrung unterstützt. Für Betreuungs- und Pflegepersonen von psychisch Kranken und Behinderten bot der sozialpsychiatrische Dienst auch im Jahr 2000 eine fachliche Fortbildung an, die insbesondere von den freien Trägern genutzt wurde.

In Zusammenarbeit mit dem Sozialamt erarbeitete das Gesundheitsamt die Psychiatrieplanung, die vom Kreistag im Dezember beschlossen wurde. Schwerpunkte sind die Sicherung bestehender Angebote und die Weiterentwicklung ambulanter und teilstationärer Angebote und Dienste für psychisch kranke Menschen und Suchtkranke im Landkreis Teltow-Fläming.

Auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung wurde durch Koordination des Gesundheitsamtes und in Kooperation mit zahlreichen Partnern, wie Schulamt, Jugendamt, Polizei, Freizeiteinrichtungen und freien Trägern, die Konzeption zur Suchtprävention mit Kindern und Jugendlichen weiter verfolgt. Die Arbeitsgruppe Suchtprävention organisierte im Februar 2000 mit den genannten Partnern eine Fachtagung zum Thema Suchtprävention "Erkennen, Handeln, Vorbeugen". Die Arbeitsgruppe gesundheitsfördernde Ernährung erarbeitete Unterrichtsmaterial zur Unterstützung von Lehrern der Klassen 1 – 6 zur gesundheitsfördernden Ernährung. Die fachliche Beratung erfolgte durch das Ernährungsforschungsinstitut Potsdam-Rehbrücke. Wesentlich beteiligt war auch die Krankenkasse IKK Brandenburg/Berlin. Dieses Material wird im Land Brandenburg und in Berlin den Gesundheitsämtern und Schulen angeboten. Des Weiteren befindet sich eine Wanderausstellung für Schüler der 1. bis 3. Klassen, für Kitas und Horte in Vorbereitung zum Thema "Ohne Frühstück fehlt dir was". Dieses Material soll auch zur Gestaltung des Unterrichts aufbereitet werden. Dazu wurde ein zweiteiliges Seminar "Gesundheitsfördernde Ernährung unserer Kinder" gemeinsam mit dem Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg durchgeführt, an dem Pädagogen aus Grundschulen, Kitas, Horte sowie Eltern teilnahmen.

Aus der Sicht des **Staatlichen Schulamtes** für den Landkreis Teltow-Fläming umfasst das Kalenderjahr 2000 sowohl das zweite Schulhalbjahr 1999/2000 als auch das erste von 2000/2001.

Im Landkreis Teltow-Fläming besuchen zurzeit etwa 22.000 Schülerinnen, Schüler und Auszubildende in etwas mehr als 900 Klassen die insgesamt 67 Schulen. Sie werden von etwa 1.600 Lehrkräften unterrichtet.

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden im Jahr 2000 in 43 Klassen etwa 960 Schüler aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 22,4. Damit wurde die gleiche Anzahl von Klassen wie im Vorjahr gebildet. Die Schülerzahl allerdings sank noch einmal leicht.

Der Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge zeigt – anhand der im Vergleich zum letzten Tätigkeitsbericht leicht veränderten aktuellen Zahlen - den dramatischen Schülerrückgang:

Einschulung	Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
1995/1996	6	2150	89	24,2
1996/1997	5	2009	87	23,1
1997/1998	4	1670	70	23,9
1998/1999	3	1119	53	21,1
1999/2000	2	996	45	22,1
2000/2001	1	961	43	22,4

Damit ist wie im Vorjahr vermutet eine weitgehende Stabilisierung der Einschulungszahlen erreicht.

Der Prozess der Umstrukturierung im Primarbereich ist im Landkreis Teltow-Fläming aus schulfachlicher Sicht weitestgehend abgeschlossen, wenn die bereits eingeleiteten Veränderungen konsequent weiter geführt werden. Falls ökonomische Überlegungen die Schulträger nicht zu weiteren Zusammenlegungen zwingen, werden 30 reine Grundschulstandorte fortbestehen.

Im Landkreis wird es in Zukunft allerdings keine "Kleine Grundschule" (mit jahrgangsübergreifenden Unterricht) mehr geben. Großbeeren wird die einzige Gesamtschule mit angeschlossenem Grundschulteil betreiben.

Die Aufnahme in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Sekundarstufe I) erfolgte auch im Jahr 2000 mit Hilfe des vorgeschriebenen Übergangsverfahrens. Dabei stand das Staatliche Schulamt vor der Aufgabe, deutlich mehr als 2.200 Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung den tatsächlich vorhandenen Kapazitäten unserer Schulen entsprechend unterzubringen.

Schließlich ergab sich zum Schuljahresbeginn die folgende Ausstattung des siebenten Jahrgangs in unseren Schulen mit Sekundarstufe I (in Klammern sind zum Vergleich die Vorjahreszahlen eingefügt):

Schulform	Anzahl	Klassen 7	Schüler	Prozent
Realschulen	5 (5)	16 (13)	438 (362)	19,7 (16,9)
Gesamtschulen	13 (14)	42 (45)	1076 (1176)	48,5 (53,0)
Gymnasien	6 (6)	25 (23)	704 (641)	31,7 (30,1)
gesamt	24 (25)	83 (81)	2218 (2132)	

Damit werden im Vergleich zum Vorjahr bei einem geringen Aufwuchs von knapp 100 Schülern zwei Klassen mehr gebildet.

Als deutlicher Trend zeichnet sich die Abwendung von der Gesamtschule und die vermehrte Nachfrage der Realschulen sowie der Gymnasien ab. Dazu passt auch die Meldung, dass die Gesamtschule II in Luckenwalde wegen fehlender Nachfrage in diesem Jahr keine Klassen im Eingangsbereich bilden konnte und so spätestens nach dem Schuljahr 2002/03 aufgelöst werden muss.

Im Bereich der Abiturausbildung konnten auch in diesem Jahr durch unsere acht gymnasialen Oberstufen (fünf an Gymnasien und drei an Gesamtschulen) viele junge Menschen die Reifeprüfung ablegen. Von den 585 zum Abitur zugelassenen Schülern wurden die Prüfungen von 550 mit teilweise herausragenden Ergebnissen erfolgreich abgeschlossen.

Ein besonderes Augenmerk legte das Staatliche Schulamt auch im Jahr 2000 auf die Reduzierung des Unterrichtsausfalls. Obwohl der anfallende Stundenausfall (8,2 %) knapp über dem Landesdurchschnitt (8 %) liegt, konnte durch gezielte Vertretung erreicht werden, dass der Landkreis Teltow-Fläming im Landesvergleich mit 2,1 % absolutem Ausfall Drittbester ist. Der Landesdurchschnitt beträgt 2,8 %, der höchste Ausfall entsteht in den kreisfreien Städten mit weit über 3 %.

Bei gezieltem Einsatz von Vertretungsmitteln nimmt der Landkreis Teltow-Fläming im Land mit 6,1 % deutlich die Spitzenposition ein. Der Durchschnitt beträgt hier 5,2 %; der Letzte kann lediglich 4,1 % des anfallenden Stundenausfalls vertreten.

Mit dem 31.12.1999 wurde die Verbeamtung im Lehrerbereich auf Teilzeitbasis abgeschlossen. Für die Schulräte und die verwaltungsfachlichen Mitarbeiterinnen erfordert jedoch auch die in der nächsten Zeit vermehrt anstehende Beendigung der Probezeit und Beförderung vieler Beamter einen enormen Arbeitsaufwand.

Als besonders erfolgreich kann im Personalbereich die Fortführung der Altersteilzeit eingeschätzt werden. Dies wird neben der damit eintretenden Entlastung für ältere Lehrerinnen und Lehrer durch gleitenden Übergang in den Ruhestand vor allem als einen guten Ansatz für die gezielte Verjüngung der Lehrerkollegien im Interesse der Schüler betrachtet. Seitdem es diese Möglichkeit gibt, d. h. ab Schuljahr 1997/98 konnten im Landkreis Teltow-Fläming 184 Lehrerinnen und Lehrer in die Altersteilzeit gehen, 97 allein ab 01.08.1999 und 43 ab 01.08.2000. Für die nächsten Jahre liegen bereits jetzt mehr als 70 Anträge vor. Gegenwärtig sind damit etwa 13 % der unbefristet beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer in Altersteilzeit tätig, zumeist in der "Teilzeitvariante", d. h. mit der Hälfte der Pflichtstunden pro Woche.

Mehr als 150 Neueinstellungen, darunter 20 unbefristet im sogenannten Einstellungskorridor betrafen vor allem Absolventen der Lehrerausbildung nach dem zweiten Staatsexamen.

Breiten Raum in der Diskussion der Schulen und Mitbestimmungsgremien nahm im Jahr 2000 die Novellierung des Schulgesetzes zum 01.08.2001 ein. Bei einem vom Staatlichen Schulamt vorbereiteten "Pädagogischen Ratschlag" stellte der Minister im Oktober die Richtlinien dafür in unserem Landkreis vor.

Besonderes Interesse bei vielen Eltern finden die sogenannten Leistungsprofilklassen (im Volksmund Schnellläuferklassen), und damit die Möglichkeit, nach der Klasse 4 bereits zum Gymnasium zu wechseln und dann nach insgesamt zwölf Jahren Schulbesuch das Abitur abzulegen. Im Landkreis werden nach Beschluss des Kreistages die Gymnasien in Blankenfelde, Ludwigsfelde und Luckenwalde solche Klassen einrichten. Damit werden ab 01.08.2001 erstmals 84 Schüler diesen Weg einschlagen. Auf alle Grundschulen und auf die ausgewählten Gymnasien kommen in den Folgejahren erhebliche Belastungen durch Gutachten, Aufnahmetests, Veränderung der Rahmenpläne usw. zu.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Medienoffensive. Das Ziel, alle Schulen des Landkreises Teltow-Fläming mit einem Internet-Anschluss auszustatten ist bereits erreicht. In der Folge wird es vor allem um die verbesserte Ausstattung der Schulen gehen – das erfordert enorme materielle Aufwendungen durch die Schulträger – und um die Fortbildung der Lehrer zur effektiven und sachkundigen Nutzung der neuen Möglichkeiten.

Insgesamt konnten auch im Kalenderjahr 2000 wieder Fortschritte bei der weiteren Umstrukturierung unserer Schullandschaft erreicht werden. Auch das Niveau der Bildung und Erziehung an unseren Schulen ist mit Sicherheit besser als ihr Ruf. Die materiellen Bedingungen für die Bildung und Erziehung unserer Mädchen und Jungen konnten durch das große Engagement aller Schulträger auch im zurückliegenden Jahr weiter deutlich verbessert werden.

Dezernat IV

Nach ausführlicher Berichterstattung über die Schwerpunkte der Arbeit im Dezernat III folgen nun Informationen zu den Ämtern des Dezernates IV, als erstes zum **Planungsamt**.

Die Siedlungsentwicklung im Landkreis wurde auch im Jahr 2000 durch die Gemeinden zügig fortgeführt. Neben der Weiterführung der Bauleitplanungen wurde zur Erhöhung der wirtschaftlichen Potenziale den Ansiedlungswünschen von Investoren vorrangiges Augenmerk gewidmet.

So wird die Ansiedlung des Betriebes Kunz Faserplattenwerk Baruth im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach Bundes-Immissionsschutzgesetz auf der Grundlage des Bebauungsplanes Berhardsmüh IV vorbereitet.

Der Gewerbestandort Baruth soll als überregional bedeutsamer Standort der Holzindustrie ausgebaut werden. Aus diesem Grund wurde von Seiten des Landkreises dem Ansiedlungsbegehren der Classen-Gruppe zur Errichtung eines Werkes für die Herstellung von Elementen für den Innenausbau aus Holzwerkstoffen am Standort Baruth zugestimmt. Die von einem integrierten Holzzentrum ausgehenden Synergieeffekte will die Classen-Gruppe für ihre Entwicklungsziele nutzen. Auf 50 ha sollen in den nächsten Jahren etappenweise Produktionsstätten errichtet werden. Ohne großen Transportaufwand werden die in der Firma Kunz hergestellten Faserplatten im Werk der Classen-Gruppe verarbeitet. Mit einem Investitionsvolumen von ca. 80 Mio. DM soll der erste Produktionsbereich, die Herstellung von Laminatfußbodenelementen, zum Tragen kommen. Damit werden voraussichtlich ca. 80 unmittelbare Arbeitsplätze geschaffen. Gegenwärtig laufen Abstimmungen mit der Forstbehörde, um die Erfordernisse für die Erteilung der Waldumwandlungsgenehmigung abzuklären.

Den Erwerb von Flächen der Brandenburgischen Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH betreibt ein Investor, der in der Gemeinde Saalow die Errichtung eines Pferdesportzentrums mit Tierklinik beabsichtigt. Das Bebauungsplan-Verfahren ist eingeleitet worden. Die grundsätzlichen Zustimmungen der Behörden wurden bereits erteilt. Die Baumaßnahmen sollen im Jahr 2001 beginnen.

Eine Standortnachfrage wurde von der Firma Visy-Papier gestellt. Das australische Familienunternehmen betreibt Altpapieraufbereitungsanlagen in Australien und den USA. Für die Standortsuche in Deutschland konnte ihnen ein Standort in Schöneiche an den beiden vorhandenen Deponien angeboten werden. Die Standortentscheidung des Interessenten steht noch aus.

Die Senatsverwaltung für Justiz Berlin plant die Errichtung einer geschlossenen Justizvollzugsanstalt auf einer ca. 10 ha großen Fläche der Gemarkung Großbeeren im östlichen Bereich des Genshagener Eisenbahnringes. An diesem Vorhaben, das in der Errichtungsphase mit 150 Mio. DM veranschlagt wurde, wird sich für ansässige Firmen, zumindest als Subunternehmer größerer Firmen, die Möglichkeit ergeben, sich wirtschaftlich zu partizipieren. Ebenso werden in dieser Anstalt 390 Bedienstete aller Fachrichtungen tätig sein, die zu einem großen Teil auch aus Berufstätigen des Landkreises Teltow-Fläming abgedeckt werden müssen. Nach erfolgtem Verfahren zur Abweichung von Zielen der Landesplanung wurde durch die Gemeinde Großbeeren mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „JVA Heidering“ die Schaffung von Baurecht eingeleitet.

Ein weiteres Standortangebot im Landkreis konnte einem Vorhabenträger unterbreitet werden, der für die Errichtung einer Kinderkrebsklinik geeignete Flächen sucht. Eine Konversionsfläche in Wünsdorf, unmittelbar am See gelegen, erfüllt die Anforderungen des Vorhabenträgers. Die Entscheidung durch den Vorhabenträger steht noch aus.

Zielgerichtet wurde an der weiteren Vorbereitung des Technologie- und Entwicklungszentrums Horstwalde gearbeitet. Die Gesamtkonzeption für das Zentrum liegt inzwischen vor. Sie bestätigt zum einen die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsstudie und weist zum anderen ein Betreibermodell aus. Seitens des Ministeriums für Wirtschaft Mittelstand und Technologie wurde der Inhalt der Konzeption bereits zustimmend zur Kenntnis genommen.

Gemäß der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem BauGB vom 15.10.1997 wurden durch die Landesregierung mit Wirkung vom 01.01.2000 die Aufgaben des Landesamtes für Bauen, Bautechnik und Wohnen (LBBW) Cottbus an die Landkreise übertragen. Zu den damit verbundenen wesentlichen Aufgaben zählen die Antragsbearbeitung von genehmigungs- bzw. anzeigepflichtigen Bauleitplänen (z. B. Flächennutzungsplan, Bebauungsplan) und weiteren Satzungen.

Rückblickend auf das Jahr 2000 wurden bereits 40 Anträge auf Genehmigung bzw. Anzeige registriert. Zu den erteilten Genehmigungen gehören u. a. die Flächennutzungspläne der Stadt Dahme und der Stadt Luckenwalde. Damit verfügen im Landkreis Teltow-Fläming insgesamt acht Gemeinden über genehmigte Flächennutzungspläne. Die eingehenden Vorgänge sind einer Prüfung auf Einhaltung der formellen und materiell-rechtlichen Anforderungen an den Planinhalt sowie des Abwägungsprozesses unterzogen worden.

Im Hinblick auf die Prüfungsfeststellungen führte die Genehmigungsbehörde mehrere Beratungen mit den Amts-/Gemeindeverwaltungen, Planungsbüros und Investoren durch, die einer Klarstellung und Erläuterung der materiellen und formellen Probleme dienten. Die daraus resultierenden Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise konnten die Planverfahren teilweise beschleunigen. Die durchschnittliche Fallbearbeitung liegt nunmehr bei ca. 1 1/2 Monaten.

Widerspruchsverfahren führt die Genehmigungsbehörde selbstständig durch. In Klageverfahren ist das Rechtsamt fachlich zu unterstützen. Derzeit ist kein Widerspruchsverfahren, jedoch ein Klageverfahren einer Gemeinde noch aus der Zeit der Zuständigkeit des LBBW anhängig.

Zur Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises Teltow-Fläming hatten folgende Vorhaben oberste Priorität:

Die B 101 ist neben der B 96 die wichtigste Straßenverbindung im Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming. Unterstützt durch die intensiven Bemühungen des Landkreises konnte die Planung für den vierstreifigen Ausbau der B 101n bis Luckenwalde zügig vorangetrieben werden, so dass gegenwärtig von der Stadtgrenze Berlin/Brandenburg bis südlich von Kerzendorf die Planfeststellungsverfahren eröffnet worden sind und für die meisten Abschnitte bereits die Planfeststellungsbeschlüsse vorliegen. Damit steht bei Mittelbereitstellung seitens des Bundes einem zügigen Baufortschritt nichts mehr im Wege.

Der Landkreis Teltow-Fläming setzte sich konsequent für den durchgehenden Erhalt der bestehenden B 101 mit einer separaten Radwegeverbindung zwischen Berlin und dem Süden des Landkreises ein. So wurde vom Landkreis eine Variantenuntersuchung für die Errichtung eines zusätzlichen Kreuzungsbauwerkes zwischen der bestehenden B 101 und der Eisenbahnstrecke Berlin - Halle/Leipzig im Gemeindegebiet Kerzendorf in Auftrag gegeben, um die günstigste Möglichkeit für eine niveaufreie Querung der Bahn zu finden.

Des Weiteren wurden zur Verbesserung der Verkehrssituation im nördlichen Teil des Landkreises die Planfeststellungsverfahren für den vierstreifigen Ausbau der B 96 von der südlichen Stadtgrenze Berlins bis zur Autobahnanschlussstelle der A 10 bei Rangsdorf durch den Straßenbaulastträger eingeleitet. In Groß Machnow und Zossen konnte mit dem Ausbau bzw. der Teilverlegung der Ortsdurchfahrten der B 96 begonnen werden.

Für die Straßenneuplanung Umverlegung der Kreisstraße K 7225 in Baruth wurde durch das Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen im Juli 2000 der Antrag auf Genehmigung an das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr weitergeleitet. Der Planfeststellungsbeschluss liegt derzeit noch nicht vor.

Das Planfeststellungsverfahren zur Ortsumgehung Dabendorf K 7234 wurde im Juni 2000 eröffnet. Erfahrungsgemäß kann davon ausgegangen werden, dass die Pläne für beide Kreisstraßen im Jahr 2001 festgestellt werden.

Die Straßenplanung des Bauvorhabens "Anschluss Schönhagen", das die Ortsverbindung Hennickendorf-Ahrendorf komplettiert, wurde im Herbst 2000 abgeschlossen. Der landschaftspflegerische Begleitplan wird derzeit erarbeitet.

Zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur erfolgte im Jahr 2000 die planerische Vorbereitung und Umsetzung mehrerer Projekte.

Baubeginn des 170 km touristischen Radweges mit integriertem Inline-Skater-Rundkurs erfolgte im Februar 2000. Die Abschnitte Seehausen - Naundorf (Landesgrenze) sowie Kolzenburg - Neuhoof wurden bereits fertiggestellt. Für die Teilstrecken Seehausen - Dennewitz, Kreisstraße K 7224 - Friedrichshof und Stülpe -Forsthaus Holbeck - Jänickendorf wurde die Ausschreibung durchgeführt, so dass die Vergabe der Bauleistungen im Oktober 2000 erfolgte und die Bauausführung begonnen werden konnte.

Die weiteren Abschnitte befinden sich in der Planungsphase. Das Ziel besteht darin, die Planungen im Jahr 2001 zu realisieren.

Für den im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" eingereichten Fördermittelantrag für die Planung und den Bau des roll-o-drom's in Jüterbog wurden von der ILB noch Nachforderungen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens abgefordert. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wird derzeit durch die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Teltow-Fläming erarbeitet. Mit der Bewilligung der Mittel wird im Jahr 2001 gerechnet.

Im Jahr 2000 wurden die Aktivitäten des Landkreises zur touristischen Entwicklung des Golms und seiner reizvollen Umgebung durch ein attraktives Wegenetz weitergeführt. Die Unterlagen für den Fördermittelantrag werden zurzeit erarbeitet.

Nach etwa eineinhalbjähriger Erarbeitungszeit wurde den Abgeordneten des Kreistages im Juli 2000 der Entwurf der Kreisentwicklungskonzeption Teltow-Fläming vorgelegt. Zugleich erfolgte die Beteiligung der Ämter und amtsfreien Städte und Gemeinden des Kreisgebiets sowie der benachbarten Gebietskörperschaften (Landkreise und Bezirke von Berlin).

Der Entwurf der Kreisentwicklungskonzeption stellt die zukünftigen Aufgaben des Landkreises im Rahmen seiner Aufgabenkompetenz einschließlich ihrer finanziellen Auswirkungen als übergreifendes und abgestimmtes Gesamtkonzept dar und gibt Empfehlungen zu weitergehenden Maßnahmen im Interesse einer ausgewogenen ökonomischen, demographischen und ökologischen Entwicklung des Kreisgebiets. Der Entwurf liefert erstmals eine umfassende Bestandserhebung und Analyse aller entwicklungsrelevanten Daten sowie eine zusammenfassende und konzentrierte Darstellung der Inhalte der Raumordnungs- und Fachpläne für den Geltungsbereich des Landkreises Teltow-Fläming.

Die Beratung des Entwurfs in den Ausschüssen des Kreistages hat im Jahr 2000 begonnen, die Endfassung und ihre Feststellung durch Beschluss des Kreistages ist für die erste Jahreshälfte 2001 vorgesehen. Die Aktualisierung und Fortschreibung der Kreisentwicklungskonzeption ist danach ständige Aufgabe der Verwaltung.

Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming signalisierte die Bereitschaft, den im Februar 1998 genehmigten Regionalplan Havelland-Fläming in Teilbereichen fortzuschreiben. Derzeit wird durch die Regionale Planungsstelle die Abstimmung zum erforderlichen Fortschreibungsbedarf mit den Amtsverwaltungen und Gemeinden durchgeführt bzw. vorbereitet. Eine Abstimmung mit den Landkreisen ist für das Jahr 2001 vorgesehen. Die Änderungsvorstellungen zu den Zielaussagen des Regionalplanes seitens der Fachämter der Kreisverwaltung

wurden bereits erfasst und werden zur Vorbereitung des Abstimmungstermins der Regionalen Planungsstelle übergeben.

Der Fortschreibungsbedarf umfasst neben zu aktualisierenden Aussagen auch solche Problemkreise wie. z. B.:

- Lockerung von Restriktionen zu Gunsten einer sinnvollen Siedlungsentwicklung. Der genehmigte Regionalplan geht davon aus, dass die absehbaren Flächenansprüche der Gemeinden in der Regel in der Laufzeit des Regionalplanes bis 2010 befriedigt werden. Die bisher erfolgte und beabsichtigte Inanspruchnahme der Flächen auf der Grundlage genehmigter wie in Planung befindlicher Bauleitplanungen der Gemeinden, erfordert insbesondere im Kapitel 2, Siedlung, auf Grund der Entwicklungsdynamik im Landkreis Teltow-Fläming eine Anpassung der Orientierungswerte der Bauleitplanungen an die Realnutzung der Siedlungsflächen einschließlich der Sicherung weiterer Siedlungsentwicklungen in den Gemeinden.
- Weichere Grenzziehung des Flächenumgriffes für Natur- und Landschaftsschutz sowie Grünzüge im Umfeld von Ortslagen.
- Konkretisierung der Eignungsgebiete für Windenergieanlagen u. a.
- Ausweisung von Entwicklungsflächen für ökologischen Waldumbau anstelle von undifferenzierten Vorbehaltsgebieten Wald.

Weiterhin berichtet werden soll über die Aufgabenschwerpunkte des **Kataster- und Vermessungsamtes**.

Antragsstatistik

Im Jahre 2000 wurden 3.287 Anträge (1999: 3.363 Anträge) verschiedener Art auf Auskunftserteilung gestellt und bearbeitet. Wartezeiten entstehen normalerweise nicht. Bei der Voreigentümerrecherche ist die Anzahl der Anträge von 644 auf derzeit 525 zurückgegangen.

Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 1.604 Anträge (1999: 1.694 Anträge) auf Unterlagenerteilung gestellt. Eilanträge z. B. für die Erstellung von Lageplänen zum Bauantrag oder für Grundstücksteilungen werden umgehend erledigt; ansonsten können bei weniger dringenden Aufträgen Wartezeiten bis zu 12 Wochen entstehen. Bei der Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften in das Liegenschaftskataster wurden 1.371 Anträge (1999: 1.426 Anträge) gestellt.

In der ersten Jahreshälfte war in fast allen Bereichen ein leicht steigender Auftrags-eingang im Vergleich zum Vorjahr festzustellen. Seit dem Ende der Sommerferien ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen

Kassenwirksame Gebühreneinnahmen des Kataster- und Vermessungsamtes monatlich im Jahre 2000:

Auskunftstätigkeit	ca. 23.800 DM
Messungsvorbereitung	ca. 26.400 DM
Katasterübernahme	ca. 88.200 DM

Überwachung der Gebäudeeinmessungspflicht

Im Jahre 2000 wurden noch 3.544 Vorgänge in der Datenbank geführt und ausgewertet. Endgültig abgeschlossen sind 1.319 Vorgänge.

Automatisierte Liegenschaftskarte

Der Aufbau des EDV-geführten geographischen Basisinformationssystem "Automatisierten Liegenschaftskarte" (ALK) wird weiterhin verstärkt betrieben. Der zügige Aufbau der "Integrierten Datenbank" (IDB) ist Voraussetzung um die Automatisierte Liegenschaftskarte als Basisinformationssystem einführen zu können. Seitens des Landes Brandenburg werden nur die Systeme ALK und ARC-INFO als Basisinformationssystem - auf das andere Nutzer aufsetzen können - gefördert.

Die Umstellung des Koordinatensystems des Landes auf das einheitliche europäische Grundlagensystem (ETRS 89) ist für das Gebiet des Landkreises abgeschlossen. Diese Umstellung ist die Voraussetzung für die landesweite Einführung der ALK. Derzeit sind in der Datenbank 151.000 Koordinatenpaare und für 7.164 ha Grundrißdaten offengelegt.

Seit dem Sommer ist die Erstellung des Basisinformationssystems ALK als förderwürdig im Rahmen des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) in das Förderprogramm aufgenommen. Die Ersterstellung der ALK im Land Brandenburg wird mit ca. 60 Mio. DM im zur Zeit laufenden Förderzeitraum (bis 2005) aus Brüssel gefördert. Das Land Brandenburg stellt im Rahmen der Co-Finanzierung 10 Mio. DM (=12,5%) zur Verfügung. Die kommunalen Einrichtungen (Kataster- und Vermessungsämter der Landkreise und kreisfreien Städte) müssen ebenfalls im Rahmen der Co-Finanzierung 10 Mio. DM (12,5%) erbringen. Die Vorbereitungen für diese Arbeiten und die Übernahmearbeiten (einschließlich Prüfungsarbeiten) obliegen den jeweiligen Kataster- und Vermessungsämtern. Der größte Teil der Arbeiten soll an freie Büro's vergeben werden. Im Augenblick wird mit Hochdruck an der Vorbereitung gearbeitet. Die Ausreichung der ersten Finanzmittel wird voraussichtlich Anfang des kommenden Jahres erfolgen. Das Projekt zur Erstellung des Basisinformationssystems läuft im Lande Brandenburg auch unter der Bezeichnung "Forcierte ALK Einrichtung" (FALKE).

Automatisiertes Liegenschaftsbuch

Das Automatisierte Liegenschaftsbuch ALB (EDV-geführter Buchnachweis der Flurstücke) wurde in Zusammenarbeit zwischen Hauptamt/Sachgebiet ADV und dem Kataster- und Vermessungsamt um den Zugriff der Ämter und Gemeinden des Landkreises sowie verschiedener Mitarbeiter der Kreisverwaltung erweitert. Außer den

Mitarbeitern des Kataster- und Vermessungsamtes haben nun 83 Nutzer einen Online-Zugriff auf das ALB. Im Jahr 2000 wurden 11.315 Änderungen in das ALB eingearbeitet. Diese Änderungen betrafen 74.730 von 184.362 Flurstücken des Kreisgebietes.

Satellitengestützte Vermessungen

Die im Herbst 1999 installierte GPS-Referenzstation in Wünsdorf arbeitet stabil. Im September dieses Jahres wurde die neue Referenzstation Luckenwalde erstellt. Voraussichtlich wird diese Station Anfang des kommenden Jahres in Betrieb gehen, wenn die neue Software eingespielt und getestet ist, sowie die neue Station im System "Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung" (SAPOS) eingegliedert ist. Damit ist dann die letzte Lücke im Landkreis Teltow-Fläming geschlossen. Die dem Landkreis vom Land Brandenburg überreichte mobile GPS-Station ist dann voraussichtlich im gesamten Kreisgebiet einsetzbar, so dass bei Bedarf direkt vor Ort Landeskoordinaten bestimmt werden können.

Diese mobilen Stationen sind aus fehlertheoretischen Überlegungen und entsprechenden Genauigkeitsanforderungen für das Liegenschaftskataster nur im Umkreis bis zu 25 km um die Referenzstationen einsetzbar. Die Ergebnisse der Messungen, Passpunkte für die Verknüpfung der digitalisierten Flurkarten, werden dringend für die Vorbereitung des o. a. Projektes FALKE benötigt.

Ausbildungssituation

Insgesamt betreut das Kataster- und Vermessungsamt zur Zeit zehn Auszubildende. Die beiden Auszubildenden des letzten Lehrjahres haben im Sommer die Abschlussprüfung abgelegt. Beide wurden vom Landkreis als Vermessungstechniker im Kataster- und Vermessungsamt eingestellt (ein Dauerarbeitsplatz und ein Arbeitsplatz auf ein Jahr befristet).

Nachdem im Jahre 1999 wieder etwas mehr gebaut worden war als im Vorjahr kann in der **Unteren Bauaufsichtsbehörde** festgestellt werden, dass im Laufe des Jahres 2000 die Zahl der Antragsverfahren wieder auf das Niveau des historischen Tiefstands von 1998 gesunken ist. Das ging bedauerlicherweise auch mit einem Rückgang der Baugenehmigungsgebühren einher. Allerdings konnte letztendlich eine größere Summe an Baugenehmigungsgebühren erwirtschaftet werden als es im Nachtragshaushalt prognostiziert worden war. Die dort ausgewiesene Summe (4,3 Mill. DM) konnte um mehr als 300 TDM überschritten werden.

Im Bereich der Buß- und Zwangsgelder konnte die im Nachtragshaushalt eingestellte, prognostizierte Einnahme deutlich überboten werden.

Das Schwergewicht der Bautätigkeit lag in diesem Geschäftsjahr wiederum eindeutig im Norden des Landkreises. Das größte Bauvorhaben stammt auch in diesem Jahr aus dem Bereich des Güterverkehrszentrums Großbeeren. Es handelt sich um die Halle eines Logistikzentrums mit einem Bruttorauminhalt von 520 000 m³.

Im sogenannten engeren Verflechtungsraum zur Bundeshauptstadt Berlin findet nach wie vor rund zwei Drittel der gesamten Bautätigkeit unseres Landkreises statt, obwohl dessen Gebietsumfang lediglich 27 % der Fläche des Landkreises ausmacht. Allerdings sind dort die Antragszahlen leicht gesunken, so dass insgesamt der Anteil der Anträge im engeren Verflechtungsraum in diesem Jahr 65 % ausmacht, wogegen es im Vorjahr noch 67 % waren. In diesem Bereich sind auch die größten Einbrüche in den Antragszahlen zu verzeichnen. Im Bereich des Amtes Ludwigsfelde/Land sind beispielsweise die Antragszahlen für das Jahr 2000 um 35 % hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben, im Bereich des Amtes Zossen immerhin noch um knapp 20 %. Demgegenüber gibt es in weiten Bereichen des südlichen Landkreises leichte Steigerungen, die größte mit 22,6 % im Bereich des Amtes Dahme. Von dieser positiven Entwicklung abgekoppelt sind allerdings insbesondere die beiden Städte des Regionalen Entwicklungszentrums Jüterbog (-19 %) und Luckenwalde (-11,8 %).

Innerhalb der Bauaufsichtsbehörde lag ein Schwerpunkt des abgelaufenen Geschäftsjahres im Bemühen, Verfahrensrückstände insbesondere in der Widerspruchsabteilung abzubauen. Durch das Bündeln aller verfügbaren Kräfte ist es hier gelungen, die Bearbeitungszeit für Widersprüche um die Hälfte zu reduzieren. Ziel ist allerdings eine weitere Verkürzung auf eine Zeit von etwa drei Monaten. Nur so ist für den Bürger ein effektiver Rechtsschutz gewährleistet.

Als Belastung hat sich die zunehmende Zahl der Klageverfahren herausgestellt. Am Ende des Geschäftsjahres waren allein in der unteren Bauaufsichtsbehörde 149 Klageverfahren bei den Verwaltungsgerichten anhängig.

Vorbereitet worden ist bereits in diesem Jahr eine Strukturänderung in der unteren Bauaufsichtsbehörde, die das Ziel hat, Verfahrensoptimierungen durchzuführen, dadurch eine höhere Effizienz zu erzielen und gleichzeitig Stellen einzusparen.

Die Beratungstätigkeit gegenüber den Ämtern und Gemeinden ist im abgelaufenen Jahr intensiviert worden. Das betrifft unterschiedliche Bereiche der bauaufsichtlichen Tätigkeit, unter anderem auch den Bereich der kommunalen bauordnungsrechtlichen Satzungen, die seit Anfang des Jahres 2000 den unteren Bauaufsichtsbehörden anzuzeigen sind.

Statistik

Relatives Antragsaufkommen	gesamt		engerer Verflechtungsraum				äußerer Entwicklungsraum			
	1999	2000	1999	%	2000	%	1999	%	2000	%
Bauanträge	2.633	2.442	1.755	67 %	1.591	65 %	878	33 %	851	35 %
Einwohner	155.895	158.482	800.025	51 %	83.052	52 %	75.870	49 %	75.430	48 %
Fläche km ²	2092	2092	555	27 %	555	27 %	1.537	73 %	1.537	73 %
Anträge/100 Einwohner	1,6	1,5	2,2		1,9		1,1		1,1	
Anträge/km ²	1,3	1,2	3,2		2,8		0,5		0,5	

Engerer Verflechtungsraum:

Ämter Blankenfelde-Mahlow, Ludwigsfelde/Land, Rangsdorf, Zossen, Trebbin, Stadt Ludwigsfelde

Äußerer Entwicklungsraum:

Ämter Baruth/Mark, Dahme/Mark, Am Mellensee, Niederer Fläming, Gemeinden Niedergörsdorf, Nuthe-Urstromtal, Städte Luckenwalde und Jüterbog

Bauanträge	1999	2000	Entwicklung
Amt Blankenfelde-Mahlow	516	492	- 4,7 %
Amt Ludwigsfelde/Land	180	117	- 35,0 %
Amt Rangsdorf	286	247	- 13,6 %
Amt Trebbin	155	166	+ 7,1 %
Amt Zossen	343	275	- 19,8 %
Stadt Ludwigsfelde	275	294	+ 6,9 %
Amt Baruth/Mark	66	70	+ 6,1 %
Amt Dahme/Mark	62	76	+ 22,6 %
Amt Am Mellensee	122	133	+ 9,0 %
Amt Niederer Fläming	39	42	+ 7,7 %
Gemeinde Niedergörsdorf	69	74	+ 7,2 %
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	112	107	- 4,5 %
Stadt Jüterbog	153	124	- 19,0 %
Stadt Luckenwalde	255	225	- 11,8 %
gesamt	2.633	2.442	- 7,3 %

Antragsaufkommen 1994 bis 2000

Jahr	Antragsaufkommen
1994	4.528
1995	4.422
1996	4.328
1997	3.870
1998	3.141
1999	3.255
2000	3.135

Im Folgenden *nun Informationen* zum **Wohnungsförderungsamt**.

Was im Jahr 1999 noch nicht mehr als eine Zielsetzung war, wurde im Jahr 2000 im Land Brandenburg und auch im Landkreis Teltow-Fläming erfolgreich verwirklicht: Neue Wege zur schrittweisen Stabilisierung und Stärkung innerstädtischen Wohnens – Wohnungsbauförderung für Bestandsgebäude in Verbindung mit Städtebauförderung als sogenannte "Spitzenfinanzierung".

Für die Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse hat die städtebauliche Erneuerung der Innenstädte eine herausragende Bedeutung. Das Land Brandenburg stellt sich dieser Zukunftsaufgabe insbesondere durch die Bereitstellung von Fördermitteln für die Stadterneuerung und der Wohnungsbauförderung im Bestand.

Im Programm der Modernisierung/Instandsetzung von Mietwohngebäuden befanden sich im Jahr 2000 Anträge für 556 Wohnungseinheiten (WE) in Bearbeitung. Ziel ist es, die durch den baulichen Verfall, Abwanderung und Leerstand geschwächten Stadtkerne wieder attraktiv zu machen und die schlechten Wohnverhältnisse in einer zeitgemäßen Weise aufzuwerten.

Dabei sind in den Städten des Landkreises Teltow-Fläming große Unterschiede im Sanierungsfortschritt für jeden erkennbar.

In Jüterbog wird mit der Förderung von acht Objekten die Altstadtsanierung nur noch abgerundet, während z. B. für Dahme das umfangreichere Sanierungskonzept am 07.09.2000 in Luckau auf einer Fachtagung vorgestellt werden konnte und hier die Bewilligung der Spitzenfinanzierung durch das Land angekündigt ist.

Auch der Stadtkern von Luckenwalde wird sich positiv verändern, denn für die Förderung im Bestand wurden von der LUGEW0 im Jahr 2000 insgesamt 16 Objekte mit 215 WE angemeldet, die sich ausschließlich im Stadtkern befinden.

Leider kann nicht jedes in Frage kommende Wohngebäude auf diese Weise saniert werden, wenn es im Sinne einer positiven Stadtgestaltung auch wünschenswert wäre.

Die Wohnungsbauförderung im Bestand kann nicht für jedes sanierungsbedürftige Gebäude greifen, weil die Förderobergrenzen der Baukosten von bis zu 1.800 DM/qm Wohnfläche deutlich überschritten werden und die bestehende Finanzierungslücke durch Eigenmittel bzw. Kapitalmarktdarlehen nicht geschlossen werden kann und die wirtschaftliche Tragbarkeit durch die Kappung der Modernisierungsumlage bei 3 DM/qm Wohnfläche nicht gegeben ist.

Zum einen diese Finanzierungsprobleme der Hauseigentümer, auf der anderen Seite fehlender Bedarf und Wohnungsleerstand bei bereits modernisierten Objekten, da erscheint es zunächst unrealistisch, dass auch im Jahr 2000 noch einige, wenn auch wenige neu geförderte Mietwohnungen entstehen.

In Ludwigsfelde wird mit der Förderung von 92 WE die Realisierung des innerstädtischen Wohnungsbaus "Dachsweg" abgeschlossen.

In der Stadt Luckenwalde war es nicht möglich, den speziellen Mietwohnungsbedarf älterer Luckenwalder zu decken. Auch hier spielen Finanzierungslücken beim Umbau vorhandener Wohnungen eine große Rolle. Ein nachträglicher Einbau eines Fahrstuhls zum Beispiel ist nicht nur kostspielig, sondern in vielen vorhandenen Objekten nicht realisierbar.

Somit ist es im Sinne dieser besonderen Personengruppe, dass eine aus dem Jahr 1997 stammende Bewilligung für den Neubau von 40 altersgerechten Wohnungen im Stadtzentrum am Markt in Luckenwalde umgesetzt wird.

Der überdurchschnittliche Leerstand von Mietwohnungen ist leider nicht nur ein Problem der Stadt Luckenwalde, sondern vieler Städte und Gemeinden der neuen Bundesländer. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Die Steuervergünstigungen führten zu einem enormen Wohnungsneubau, der 1997 mit 30.000 Neubau-WE seinen Höhepunkt erreicht hatte. Heute weiß man auch, dass die dieser Förderung zu Grunde liegenden Wohnungsbedarfsprognosen für die neuen Länder falsch waren und parallel hierzu ein wesentlich höherer Anteil an Abriss vorgesehen war.

Auch diesem Problem versucht man durch neue Wege der Wohnungsbauförderung zu begegnen. Der Bundestag hat am 09.06.2000 das Zweite Altschuldenhilfe-Änderungsgesetz verabschiedet. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, Wohnungsunternehmen von alten Verbindlichkeiten zu entlasten, die in Folge erheblichen und dauerhaften Wohnungsleerstandes in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet sind.

Die zunehmende Zahl der Negativrestitutionsfälle stellt bilanziell zunächst einen Vermögenszuwachs dar. Häufig stehen aber bis zu 100 % der Wohnungen in diesen Gebäuden leer, so dass diese Gebäude eher zur Last werden, als dass sie für das Unternehmen zusätzliche Deckungsbeiträge erwirtschaften. So belasten leer stehende Altbauten die Unternehmen mit ca. 2 DM/qm Wohnfläche und Monat durch Betriebskosten (Grundsteuer/Versicherung/Straßenreinigung u.ä.), Verwaltung, Instandhaltung und Kapitaldienst für die Altschulden, denen keine Mieteinnahmen gegenüberstehen. Diesem Problem zu begegnen ist auch Anliegen des Wohnungsförderungsamtes.

Eine folgerichtige Entscheidung der Bundes- und Landesregierung wird zu einem neuen Förderprogramm "Stadtumbau" führen, auf dessen Grundlage auch der Abriss von Wohngebäuden gefördert werden wird. Nach jetzigem Stand ist vorgesehen, je Quadratmeter abgerissener Wohnfläche durch Bundesmittel 150 DM der Altschulden zu tilgen und weitere 150 DM/qm aus dem Landeshaushalt für investive Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Auch das Förderverfahren im Eigenheimprogramm wurde durch das Land Brandenburg modifiziert. Erstmals bestand im Jahr 2000 die Möglichkeit, die Schaffung von Wohneigentum in einem vorhandenen Objekt zu fördern. Insgesamt erhielten im letzten Jahr 52 Familien ein zinsgünstiges Landesdarlehen zum Bau eines Einfamilienhauses oder zum Erwerb einer bisherigen Mietwohnung, wobei letzteres noch die Ausnahme ist.

Der Schwerpunkt der Prüfaufgaben im Rahmen der Sonderaufsicht über das Wohnungswesen konzentrierte sich auch 2000 auf die Erhebung bzw. Kontrolle der Daten zur Sicherung der Zweckbestimmung von Wohnraum entsprechend § 2 Wohnungsbindungsgesetz, die Einhaltung von Bedingungen und Auflagen aus Bewilligungsbescheiden sowie die Widerspruchsentscheidung zu Fragen der Wohnberechtigung und Zweckbestimmung.

Kontrollschwerpunkte waren die Städte Luckenwalde und Trebbin sowie die Ämter Rangsdorf und Zossen.

Im Sachgebiet Wohngeld stand neben den "normalen Tagesaufgaben" die Vorbereitung auf die Umsetzung der Wohngeldrechtsänderung zum 01.01.2001 im Mittelpunkt der Bemühungen.

Während sich die Antragszahl im Vergleich zum Jahr 1999 nur unwesentlich erhöht hat (8.000 Anträge insgesamt) wird für das Jahr 2001 ein Antragsanstieg um ca. 30 % erwartet.

Die Einkommensgrenzen in den neuen Wohngeldtabellen wurden den seit 1990 um 35 % gestiegenen Mieten und den höheren Lebenshaltungskosten angepasst.

Dabei werden für die kommenden zwei Jahre für die neuen Bundesländer noch Sonderregelungen gelten: In Ausnahmefällen ist es möglich, dass ein Wohngeldempfänger nach neuen Rechten weniger Miet- oder Lastenzuschuss erhalten würde.

Diese "Schlechterstellung" lässt der Gesetzgeber bis auf einen Betrag von 10 DM je Monat nicht zu (Härteausgleich) und zahlt die Differenz drauf. Beispielrechnungen lassen in den meisten Fällen aber auf ein höheres Wohngeld hoffen, besonders Familien mit Kindern werden künftig besser unterstützt.

Im Jahr 2000 bewilligte das Wohnungsförderungsamt insgesamt 7,8 Mio. DM an Wohngeld, das sind im Durchschnitt 204 DM je Monat und Haushalt.

Um den zu erwartenden Mehraufwand durch steigende Antragszahlen und Härteausgleichsregelung zu bewältigen, ohne die Zahl der Mitarbeiter verdoppeln zu müssen, wurden in die materielle Ausstattung der Wohngeldstelle mehr als 72.000 DM investiert. Neue leistungsfähige Computer und Software wurden bereitgestellt und umfangreiche Schulungen der Mitarbeiter durchgeführt. Investitionen, die Möglichkeiten schaffen, auch im Jahr 2001 eingehende Anträge im Interesse der Bürger kurzfristig zu bewilligen, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen.

Das **Hoch- und Tiefbauamt** mit seinen drei Sachgebieten Hochbau, Tiefbau und Bauhof konnte auch im Jahr 2000 als technisches Fachamt die Umsetzung der vom Kreistag beschlossenen Bauinvestitionen, Bauunterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen koordinieren und realisieren.

Das *Sachgebiet Hochbau* hat mit den im Jahr 2000 durchgeführten Baumaßnahmen wiederum dazu beigetragen, die kreiseigenen Objekte und Liegenschaften weiter zu modernisieren und so die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter und Schüler wesentlich verbessert.

Arbeitsschwerpunkte waren:

- der Abschluss des 1. Bauabschnitts am Oberstufenzentrum Luckenwalde (Sanierung des Fachraumtraktgebäudeteils, Anbau Cafeteria)
- die Fertigstellung der Außensportanlage am Friedrich-Gymnasium Luckenwalde
- der Bau von Fachkabinetten im Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog
- der Neubau einer Ein-Feld-Turnhalle an der Allgemeinen Förderschule Luckenwalde
- der Umbau des ehemaligen Hausmeisterhauses an der Schule für geistig Behinderte in Groß Schulzendorf zu Klassenräumen.

Aber auch kleinere dringend notwendige Baumaßnahmen wie z. B. der Einbau der Toilettenanlage an der Allgemeinen Förderschule Jüterbog oder die Instandsetzung des Arbeitslehrerraumes an der Allgemeinen Förderschule Zossen waren Bausteine, die notwendig waren und gleichzeitig die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lehrer und Schüler verbessert haben.

Für die Bauunterhaltung kreiseigener Gebäude und Objekte wurden im laufenden Haushaltsjahr 760 TDM eingesetzt, das sind 60 TDM weniger als im Vorjahr. Die in den Vorjahren realisierten Investitionen in Millionenhöhe erfordern in den Folgejahren zur Sicherung des erreichten Niveaus der kreislichen Objekte wesentlich höhere Haushaltsansätze in diesem Bereich.

Alle genannten Baumaßnahmen sind Teil der Komplettierung und Ergänzung von Einrichtungen und tragen dazu bei, die Bausubstanz der Gebäude zu erhalten und den technischen Standard sowie die Sicherheit den Erfordernissen anzupassen.

Die Bauinvestitionen Gymnastikraum GB-Schule Groß Schulzendorf und Zweifeld-Turnhalle für das Gymnasium Rangsdorf wurden planungsseitig abgeschlossen, konnten aber wegen fehlender Waldumwandlungsgenehmigungen bzw. Grundstücksproblemen bisher nicht in die Ausführung gehen.

Die Vergabe von Bauaufträgen erfolgte zu 81,9 % an Firmen unseres Landkreises. Somit wird sichtbar, dass Handwerk und Gewerbe in Teltow-Fläming einen hohen Anteil bei der Umsetzung der vom Landkreis vergebenen Bauleistungen haben.

Das *Sachgebiet Tiefbau* betreut gegenwärtig ca. 240 km Kreisstraßen und Radwege. Schwerpunkte der Arbeit sind weiterhin der Neubau, die Sanierung und Unterhaltung der Straßen, Brücken und Radwege. Weitere Aufgabeninhalte sind die Straßenverwaltung sowie die Straßenaufsicht.

Arbeitsschwerpunkte waren:

- Ersatzneubau der Brücke Klasdorf (Fertigstellung voraussichtlich März 2001)
- Erneuerung der Ortsdurchfahrt Woltersdorf
- Neubau der Ortsdurchfahrt Klein Kienitz
- Erneuerung der Ortsverbindung Märtensmühle - Ahrensdorf und Neubau eines Straßen begleitenden Radweges
- Erneuerung der Ortsverbindung Glienick - Werben einschließlich Neubau eines Straßen begleitenden Radweges
- Sanierung der Ortsdurchfahrt Glau
- Erneuerung der Ortsverbindung Jüterbog - Neuheim
- Erneuerung der Ortsverbindung Jüterbog - Bochow

Für die Umsetzung der Bauvorhaben 2000 wurden Fördermittel in Höhe von 4,5 Mio DM aus dem Programm des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) eingesetzt.

Im Bereich der Straßenunterhaltung wurden 186 Aufträge mit einem Wertumfang von 900 TDM für die Reparatur von Straßendecken, Erneuerung von Leitpfosten, Fahrbahnmarkierungen, Baumschnitt, Verkehrsbeschilderung und Bankettpflege realisiert.

Im Rahmen der Straßenaufsicht wurden Stellungnahmen zu gemeindlichen Straßenbaumaßnahmen abgegeben, sowie Prüfungen der Rechtmäßigkeit von Verwaltungshandlungen der Gemeinden durchgeführt.

Die Straßenverwaltung bewältigte 250 Vorgänge im Zuge von Sondernutzungen an Kreisstraßen, Genehmigungen von Anbindungen an Kreisstraßen, Stellungnahmen zu verkehrsrechtlichen Anordnungen sowie Schadensmeldungen im Kreisstraßenbereich.

Mit autorisierten Firmen bestehen Winterdienstverträge für definierte Kreisstraßenabschnitte. Im südlichen Teil unseres Landkreises sind hierfür auch Landwirtschaftsbetriebe vertraglich gebunden. Im Sachgebiet besteht ein Kontrollsystem zu den für den Winterdienst verantwortlichen Firmen, um im Bedarfsfall schnell auf Witterungsunbilden reagieren zu können.

Der *Bauhof* mit seinem Sitz in Baruth ergänzt sinnvoll alle Maßnahmen der Straßenunterhaltung auf dem kreiseigenen Straßen- und Radwegenetz. Neben den Standardarbeiten wie Bankettpflege, Randstreifenmähd, Wild- und Baumwuchsbeseitigung, Waschen von Leitpfosten, Schadensbeseitigung nach Unfällen und witterungsbedingten Havarien, der Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen führt der Bauhof auch die Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen des Straßenverkehrsamtes durch. Im begrenzten Umfang ist der Bauhof auch für Pflegearbeiten auf kreiseigenen Liegenschaften sowie bei der Beseitigung nicht genehmigter Werbeanlagen tätig. Als neue Herausforderung ab 2001 ist die Pflege des am Jahresende fertigzustellenden touristischen Radwegenetzes im Landkreis Teltow-Fläming.

Über das **Landwirtschaftsamt**, ein weiteres dem Dezernat IV zugeordnetes Amt, soll zum Abschluss berichtet werden.

Die Entwicklung der Landwirtschaftsbetriebe des Landkreises Teltow-Fläming wird besonders von der Ertragslage des jeweiligen Jahres geprägt. Die extrem ungünstigen Witterungsbedingungen, insbesondere in unserem Landkreis Teltow-Fläming haben sich im Erntejahr 2000 sehr nachteilig für die landwirtschaftliche Produktion ausgewirkt. So führten die fehlenden Niederschläge und hohen Temperaturen im Zeitraum April bis Juni zu erheblichen Ertragsausfällen in der Landwirtschaft. Niederschlagsmengen von nur 41,2 % zum langjährigen Mittel sowie Extremtemperaturen von 30 – teilweise 35°C haben das Wachstum der landwirtschaftlichen Kulturen stark beeinträchtigt.

Im Erntejahr 2000 waren somit fast alle landwirtschaftlichen Kulturarten aufgrund der extrem ungünstigen Witterungsbedingungen mehr oder weniger von Ertragsausfällen betroffen. Die Erträge des Vorjahres konnten nicht erreicht werden. Der ha-Ertrag bei Getreide insgesamt betrug 36,2 dt. Im Vergleich zu 1999 wurden damit 14,5 dt/ha (minus 28,6 %) weniger geerntet. Die Getreideanbaufläche hat sich zum Vorjahr um 2.548 ha (+ 7,38 %) auf 37.088 ha erhöht. Trotzdem blieb der Gesamtertrag von 134.186 t um 40.857 t unter dem Vorjahresertrag von 175.043 t. Dieser Gesamtertrag entspricht einem Erlösausfall bei Getreide in Höhe von 10 Mio. DM. Besonders stark waren der Hafer und Sommerweizen mit über 50 % Ertragsausfall betroffen. Durch die Dürreperiode sind nicht nur bei den Getreidekulturen, sondern auch bei den übrigen Ackerfrüchten Ertragsausfälle zu verzeichnen. Bei Winterraps wurde ein Hektarertrag von 23,8 dt erreicht. Dieser Ertrag liegt um 4,8 dt niedriger als 1999. Bei den Kartoffel- und Zuckerrüben erträgen hat sich die Ertragslage aufgrund der Niederschläge in den Monaten August und September weiter entspannt. Somit konnten Erträge von 293,6 dt bei Kartoffeln und 425,4 dt bei Zuckerrüben realisiert werden. Die Futtersituation für die Tierbestände ist trotzdem sehr angespannt und kann auf Grund der schlechten Erträge bei Mais und Grünland teilweise nur durch Zukauf abgesichert werden.

Im Vergleich der Landkreise untereinander wird deutlich, dass der Landkreis Teltow-Fläming zu den am härtesten betroffenen Kreisen des Landes Brandenburg gehört und nur 75 % des Ertragsniveaus der Jahre 1994 bis 1998 erreicht wurden. Im Jahr 2000 waren 369 landwirtschaftliche Unternehmen im Landwirtschaftsamt des Landkreises registriert. Davon erhielten 238 Unternehmen eine flächenbezogene Förderung durch die Europäische Union. Innerhalb des Jahres wurden vierzehn An- und acht Abmeldungen von landwirtschaftlichen Unternehmen registriert. Im Zuge der weiteren Anpassung der Landwirtschaft an die Gegebenheiten der Marktwirtschaft ist eine kontinuierliche Modernisierung der Tierhaltung und Feldwirtschaft notwendig. Dies führte unter anderem dazu, dass im Vergleich zum Vorjahr rund 60 Arbeitskräfte in der unmittelbaren Landwirtschaft weniger beschäftigt waren. Im Jahr 2000 waren insgesamt 1.800 Arbeitskräfte in der unmittelbaren Landwirtschaft beschäftigt.

Tierbestände im Landkreis

Der vorhandene Bestand an Rindern und Schweinen war im vergangenen Jahr rückläufig. So konnten insgesamt nur 44.540 Rinder und 84.700 Schweine im Landkreis gezählt werden. Die Verringerung des Rinderbestandes im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 % resultiert insbesondere aus dem Abbau des Milchkuhbestandes. Wurden 1999 noch 16.352 Milchkühe gezählt, waren es im Berichtsjahr nur noch 15.450. Die Verminderung des Milchviehbestandes um 5,5 % resultiert aus der Milchleistungssteigerung/Kuh und der nur verfügbaren Milchreferenzmenge des jeweiligen landwirtschaftlichen Unternehmens. Im Gegensatz dazu stieg der Bestand an Ammen- und Mutterkühen im Landkreis auf 4.220 Tiere. Die Entwicklung zum Vorjahr auf 102,75 % bzw. gegenüber 1996 sogar auf 123,39 % ist hier positiv zu bewerten. Der Rückgang der Schweinebestände um 7 % bzw. um 12.600 Tiere hat vielfältige Ursachen. Diese liegen hier insbesondere im Preisverfall, im Seuchengeschehen sowie der vorübergehenden Bestandsreduzierung durch Investitionsmaßnahmen in der Schweineproduktion. Mit einem Preis von über 3,-- DM/kg im Monat November 2000 lag der Erzeugerpreis weit über dem Niveau der beiden Vorjahre, so dass mit einer Bestandsstabilisierung bzw. einer Erhöhung zu rechnen ist. Der Mutterschafbestand mit 10.600 Tieren hat das Vorjahresniveau gehalten.

AGENDA 2000

Durch die neuen Rahmenbedingungen der Agenda 2000 und deren Auswirkungen auf die Landwirtschaft des Landkreises Teltow-Fläming wird es in den nächsten Jahren zu Einkommensverlusten bei den Landwirten kommen. Eine genaue Beurteilung dieser Ergebnisse ist zurzeit nur eingeschränkt möglich, da die Veränderung der Flächen- und Tierprämien in drei Schritten bis zum Jahre 2003 erfolgt. Die Verringerung der Flächenprämien für Ölsaaten und Stilllegung auf das Niveau der Flächenprämie für Getreide hat im Jahr 2000 noch keinen wesentlichen Einfluss auf die Höhe der Gesamtzahlung der Kulturpflanzenbeihilfe. So kommen im Jahr 2000 auf Grund der Anbaustruktur rund 180 TDM mehr zur Auszahlung als im Jahr 1999. Insgesamt wird den landwirtschaftlichen Unternehmen im Landkreis eine Kulturpflanzenbeihilfe von 37,105 Mio. DM gewährt. Die höheren Prämien für männliche Rinder, Mutterkühe und die zusätzlichen Schlachtprämien für Rinder sollen sich positiv auf die Entwicklung der Tierbestände auswirken. Mit der im Jahr 2000 eingeführten Schlachtprämie für Rinder soll der Preisverfall im Sektor der Rindfleischproduktion und Milcherzeugung ausgeglichen werden. Trotz der höheren Tierprämien bei männlichen Rindern und Mutterkühen können die Einkommensverluste nur bedingt ausgeglichen werden. Den landwirtschaftlichen Betrieben, die auf leichten Ackerstandorten wirtschaften, wird eine Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiet gewährt. Die veränderten Zuwendungsvoraussetzungen der Richtlinie des Jahres 2000 haben jedoch zur Folge, dass bei einer Vielzahl der landwirtschaftlichen Unternehmen starke finanzielle Verluste zu verzeichnen waren. Die Reduzierung der Ausgleichszulage um 600 TDM auf 3.465 Mio. DM trifft insbesondere die Unternehmen, die bereits schon durch die Dürre des Jahres 2000 stark in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Das Kulturlandschaftsprogramm des Landes Brandenburg hat breite Zustimmung auch bei den landwirtschaftlichen Unternehmen unseres Landkreises gefunden. Entsprechend den betrieblichen natürlichen Standortbedingungen können die einzelnen Förderprogramme in Anspruch genommen werden. Die Ausrichtung der Produktion nach den Richtlinien des Kulturlandschaftsprogrammes ist für viele landwirtschaftliche Unternehmen ein wesentlicher betriebswirtschaftlicher Faktor. Die bisherige positive Entwicklung dieser 5-jährigen Programme wird durch fehlende Haushaltsmittel des Landes Brandenburg gehemmt, so dass Neuantragstellungen für die kommenden Jahre abgelehnt werden mussten. Die Aussetzung einzelner Förderprogramme wird sich ab dem Jahr 2001 somit negativ auf die Flächenentwicklung auswirken. Auf mehr als ein Fünftel der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises konnte im Jahre 2000 das Kulturlandschaftsprogramm Anwendung finden. Für die extensive und bodenschonende Bewirtschaftung von 19.410 ha konnten insgesamt Ausgleichszahlungen von 4.116 Mio. DM gewährt werden. Die schwierige finanzielle Lage der landwirtschaftlichen Unternehmen wird auch durch die Vielzahl von Abtretungen und Pfändungen, die im Landwirtschaftsamt vorliegen, verdeutlicht.

Im Rahmen der Agrarverwaltung, insbesondere der Umsetzung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems in der Landwirtschaft arbeitet das Landwirtschaftsamt in enger Kooperation mit dem Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft Frankfurt/Oder an neuen Programmversionen zur rechnergestützten Verwaltung von Agrarförderanträgen, insbesondere für das Jahr 2001.

Investitive Maßnahmen in der Landwirtschaft

Die Förderung investiver Maßnahmen in der Tierhaltung hat in den Jahren 1996 bis 2000 stetig zugenommen. Eine Vielzahl von Maßnahmen dient der Komplettierung bzw. Abrundung an den jeweiligen Tierproduktionsstandorten. Insbesondere die veränderten Förderbedingungen ab 2001 haben dazu geführt, dass die verfügbaren Haushaltsmittel im Jahre 2000 sowie deren Verpflichtungsermächtigungen voll ausgeschöpft wurden. Insbesondere kamen hier Investitionsmaßnahmen in der Rinderhaltung zur Anwendung. Weitere Investitionen im Schweinebereich sind für das Jahr 2001 vorgesehen. Während in den Jahren 1996 bis 1999 21,8 Mio. DM förderfähiges Investitionsvolumen mit einem Zuschuss von 7,8 Mio. DM bewilligt wurde, betrug dieser Anteil im Jahr 2000 3,1 Mio. förderfähiges Investitionsvolumen mit einem Zuschuss von 1,3 Mio. DM. Mit der Investition im Jahr 2000 wurden somit 221 Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. gesichert. Weitere Anträge im Umfang von 3,7 Mio. DM liegen im Landwirtschaftsamt zur Bearbeitung vor.

Das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) 2000 wurde von vier landwirtschaftlichen Unternehmen in Anspruch genommen mit förderfähigen Kosten von 1,2 Mio. DM. Hier wirken sich insbesondere die Mindereinnahmen aus der Ernte des vergangenen Jahres aus, da größere Investitionsmaßnahmen nur in leistungsstarken landwirtschaftlichen Unternehmen kompensiert werden können. Die schlechte Ertragslage im Jahr 2000 hat auch dazu geführt, dass vier landwirtschaftliche Unternehmen das Programm zur Existenzsicherung (Kalamitäten-Richtlinie) in Anspruch nehmen mussten. Sie beantragten bei einem Erlösausfall von 550 TDM einen Zuschuss von 130 TDM. Weitere sieben landwirtschaftliche Unternehmen haben Anträge auf zinsverbilligte Betriebsmitteldarlehen gestellt. Diesen Betrieben, die besonders hohe Erlösausfälle aus der vergangenen Ernte hatten, sollen zur Sicherung der Liquidität

tätslage zinsverbilligte Betriebsmitteldarlehen in Höhe von 2,3 Mio. DM für den Zeitraum von neun Monaten gewährt und dafür ein Zinszuschuss von 90 TDM bereitgestellt werden.

Da der Landkreis Teltow-Fläming in den letzten drei Jahren jeweils von Trockenperioden im Sommer bzw. Frühsommer betroffen war, wurden in den landwirtschaftlichen Unternehmen Maßnahmen zur Qualitäts- und Ertragsicherheit eingeleitet. Hierbei zählt unter anderem die Modernisierung der vorhandenen Beregnungstechnik. Dreizehn landwirtschaftliche Unternehmen haben die Beregnungsrichtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung in Anspruch genommen und werden bei einem Investitionsvolumen von 2,8 Mio. DM 996 TDM Fördermittel erhalten. Auf Grund der späten Bereitstellung von Haushaltsmitteln werden eine Vielzahl von Investitionsmaßnahmen im Jahre 2001 fortgeführt. Mit dieser Investitionsmaßnahme ist eine zielgerichtete ressourcenschonende Bewässerung auf 3.679 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche möglich. Eine große Unterstützung bietet hierbei die AEP "Wasserdefizit (Winderosion) in der Region des Niederen Fläming im Landkreis Teltow-Fläming". Die seit November 1999 in Auftrag gegebene AEP untersucht grundsätzlich klimatische Bedingungen zum Niederschlagsdefizit in der Flämingregion und gibt Hinweise zum Beregnungsaufwand und zur Kompensation regional klimatischer Nachteile. Weitere Untersuchungsschwerpunkte sind aber auch der mögliche Zusammenhang zwischen den großen Konversionsflächen und dem Niederschlagsdefizit sowie der Einfluss der Großraumwirtschaft auf den Wasserhaushalt sowie Vorschläge zu Schlaggrößen, grünordnerischen Maßnahmen und Möglichkeiten der Bodenordnung. Dafür werden vom Amt für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung 160 TDM zur Verfügung gestellt. In Weiterführung dieser Agrarentwicklungsplanung wird die Ermittlung der Bilanzierungsgrundlagen des Wasserhaushaltes im definierten Wirtschaftsraum untersucht.

Zur Stabilisierung und Erweiterung der Einkommens- und Arbeitsplatzkapazitäten wird beginnend ab dem Jahr 2000 die Sicherung und mögliche Reaktivierung des Obst- und Gemüseanbaus innerhalb des Landkreises untersucht. Hierbei geht es schwerpunktmäßig um die Schaffung zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten sowie die bessere Belieferung der Obst- und Gemüseverarbeitungsunternehmen des Landkreises.

Kreiserntefest

Am 27. August 2000 fand im Landkreis Teltow-Fläming das 1. Kreiserntefest in Baruth/Mark mit einem großen Festumzug, traditioneller und neuer Landtechnik sowie einem Festprogramm im Schlosspark statt.

Zahlreiche Stände demonstrierten ländliches Handwerk oder Köstlichkeiten der Region. Die Prämierung der Erntewagen und Erntekronen soll als Tradition auch auf dem 2. Kreiserntefest in der Gemeinde Niedergörsdorf 2001 fortgeführt werden.

Grüne Woche

Der Landkreis Teltow-Fläming hat durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Raumordnung des Landes Brandenburg die Aufgabe erhalten, auf der „Grünen Woche 2001“ auf dem Messegelände Berlin am Funkturm die Ausgestaltung des Standes des Landes Brandenburg in der Bund-Länder-Gemeinschaftsschau „Leben auf dem Lande“ in Halle 21b vorzubereiten. Vorgesehen ist die Präsentation einer Schutzhütte der 170 km Rad- und Skaterbahn im Süden des Landkreises sowie traditionelles Handwerk. Der Ländertag Brandenburg bildet mit einem bunten Bühnenprogramm mit künstlerischen Gruppen des Landkreises sowie einem Podiumsgespräch den Höhepunkt der Präsentation des Landkreises Teltow-Fläming.

Kreislandwirtschaftsschule

Die Landwirtschaftsschule des Landkreises Teltow-Fläming hatte im Jahr 2000 ein umfangreiches Schulungsprogramm zu absolvieren. So wurden in zwei Jahren 16 Teilnehmer als "Landwirt" und 19 "Landwirtschaftsmeister" ausgebildet. 24 Teilnehmer erzielten Qualifikationsnachweise im Umgang mit der Motorsäge. Gleichzeitig beginnen zwei neue Lehrgänge zum Abschluss des Landwirtschaftsmeisters mit insgesamt 25 Teilnehmern. Der Abschluss wird im Jahr 2002 sein.

Zusätzlich hat die Weiterbildung der "Fachberater im Kleingartenwesen" für 25 Teilnehmer begonnen. Hinsichtlich der Fördermittelbereitstellung für diese Lehrgänge gibt es noch Unstimmigkeiten mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung, die insbesondere im nicht bestätigten Operationellen Programm der Europäischen Union für die Jahre 2000 bis 2006 begründet sind.

Die Lehrlingsausbildung im Landkreis zeigt eine positive Bilanz. Haben 1998 noch 44 Azubis eine Ausbildung begonnen, so waren es 1999 nur 37 Azubis. Im Gegensatz dazu waren es im Jahr 2000 54 Azubis.

Das Landwirtschaftsamt unterstützt aktiv durch den Verein für Arbeitsförderung und berufliche Bildung konzipierte Vorhaben "Umweltprojekt Landwirtschaft, Erhaltung und Verbesserung der Umwelt". Der darin vorgesehene Abbruch und die Beraumungsmaßnahmen von Altlasten sowie Entkernung von sanierungsbedürftigen Gebäuden für Umnutzungen sind mit einer fachgerechten Entsorgung und einer umweltverträglichen Flächensanierung verbunden. Die Eingrünung solcher Flächen bzw. Produktionsanlagen wird mit dazu beitragen, dass einerseits zeitweilige Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden und sich andererseits der Tourismus auf dem Lande positiv entwickeln kann.